Polit-Forum Bern

Dokumentation und
Veranstaltungsreihe
2. Auflage

AUSNAHME-ZUSTAND

Eine Momentaufnahme vom 24.2.2020 bis 23.3.2021

AUSNAHME-ZUSTAND

Eine Momentaufnahme
vom 24.2.2020 bis 23.3.2021

Inhalt

Plakate und Veranstaltungen der ersten Welle **6**
- Demokratie 7
- Wirtschaft 13
- Gesundheit 19
- Gesellschaft 25
- Kantonsgeschichten 33

Veranstaltungsreihe «Ausnahme-Zustand» **37**
- Ein erster Einordnungsversuch 38
- Notstand nach Gebrauch zurück 40
- Corona Global 42
- Niemand wird allein gelassen 44
- Die Folgen für das Gesundheitswesen 46
- Stellenwert der Kultur 48

Zeitstrahl **51**

Plakate der zweiten Welle **56**
- Demokratie 57
- Wirtschaft 65
- Gesundheit 73
- Gesellschaft 81
- Globales 89

Veranstaltungsreihe «Ausnahme-Zustand: Ein Update» **93**
- Von Medien und Zahlen 94
- Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik 95
- Wirtschaften in der zweiten Welle 96
- Schulerfahrungen 97
- Tod und Trauer 98
- Wo ist die Solidarität geblieben? 99
- Arm und Reich im Ausnahme-Zustand 100
- No sports 101
- Direkte Demokratie auf Distanz 102
- Globale Krise 103
- Belastung für Seele und Psyche 104
- Nur eine Krise? 105

Dokumentation und Diskussion des Ausnahme-Zustandes

Der «Ausnahme-Zustand» war bei uns im Polit-Forum Bern bereits am 15. Januar 2020 Gegenstand einer Diskussion. Es ging um die historisch einmalige Situation der negativen Zinsen. Ein möglicher Wirtschaftscrash stand schon vage im Raum und hätte Thema einer nächsten Diskussionen im März sein sollen. Dann überstürzten sich die Ereignisse: Börsensturz, Corona, Milliardenkredite und der Lockdown.

So war für uns vom ersten Tag an klar, dass wir das Thema Corona aufnehmen. Wenn das Polit-Forum Bern den Anspruch hat, «am Puls der Zeit» zu sein, dann wie, wenn nicht jetzt zu diesem Thema. Wir entschlossen uns, weiter mit dem Titel und der Perspektive «Ausnahme-Zustand» zu arbeiten. Denn die Auswirkungen, welche diese geballte Krise hat, betreffen über die Gesundheit (COVID-19) und Demokratie (Notstand) hinaus auch Wirtschaft, Kultur und alle Bereiche der Gesellschaft.

Mit dem Lockdown am 15. März 2020 teilte sich das Team des Polit-Forum Bern die Themen auf und dokumentierte laufend zentrale Ereignisse bis zum Ende der ausserordentlichen Lage am 19. Juni. Für die Dokumentation haben wir uns ausschliesslich auf Medienberichte und öffentlich zugängliche Informationen gestützt. Eine eigene Analyse war ausserhalb unserer Möglichkeiten und nie das Ziel. Diese Dokumentation bildete auch die Grundlage der ersten sechs Diskussionen, welche wir ab Mai 2020 durchführten. Sie geben einen unmittelbaren und deshalb eindrücklichen Einblick in die Einschätzungen des Sommers unmittelbar nach dem ersten Lockdown.

Dokumentation und Diskussion haben uns zwei Dinge vor Augen geführt: Wie umfassend und weltweit dieser Ausnahme-Zustand alle Aspekte des Alltags durchdringt. Aber auch, wie rasch man vieles vergisst angesichts der verwirrenden Fülle von Informationen und Ereignissen, wie sie sich im Moment selbst präsentieren.

Im Herbst 2020 haben wir uns erneut hinter das Thema gemacht und wollten die Ereignisse seit dem Frühjahr einordnen – dazu waren in der Zwischenzeit zahlreiche Studien und Analysen erschienen. Erneut wurden wir von der Entwicklung überrollt. Im Rahmen der laufend schärferen Anordnungen bis zum zweiten Lockdown im Januar 2021 beschränkten wir uns weitgehend auf die Dokumentation. Wir führten die gleichen Themen wie im Frühjahr weiter, ergänzt mit der globalen Sicht.

Dabei zeigte sich vor allem, dass die Menge der Ereignisse wie auch der verfügbaren Informationen massiv zunahm: Einerseits dauerte der Zeitraum der zweiten Welle von Juni 2020 bis Januar 2021 länger, es vermischten sich in den Medien aktuelle Berichterstattung und rückblickende Analyse. Die Anordnungen von Behörden und Parlamenten von Bund und Kantonen waren vielfältiger, oft widersprüchlicher und wurden teilweise wieder rückgängig gemacht. Relevante Aspekte herauszufiltern wurde noch anspruchsvoller.

Ab Februar 2021, als wieder Veranstaltungen möglich waren, haben wir eine zweite Diskussionsreihe zum Ausnahme-Zustand gestartet: Es waren mehr, nämlich 15 Gespräche, dafür kürzer und nur mit zwei Gästen, um möglichst viele Themen vertiefter zu diskutieren. Hier wird deutlich wie weitreichend und einschneidend die Folgen des Ausnahme-Zustandes in vielen gesellschaftlichen Bereichen tatsächlich sind. Besonders eindrücklich die Folgen für die psychische Gesundheit der Jugendlichen oder die Konsequenzen für Migrant:innen auf der ganzen Welt.

Hier sind beide Dokumentationen und der Zeitstrahl mit den wichtigsten behördlichen Massnahmen und der Entwicklung der Zahlen abgedruckt, wie wir sie im Polit-Forum Bern verwendet haben. Fehler und falsche Gewichtung sind fast unvermeidlich – Hinweise darauf erwünscht und Teil einer öffentlichen Diskussion. Denn niemand ist Experte für alles und Erfahrungsaustausch hilft bei der Einordnung.
Die Perspektive unserer Auswahl liegt naturgemäss auf kritischen Punkten als Basis für die Diskussion: Was wollen wir weiter so machen, was wollen wir besser machen, was wollen wir sicher nicht mehr und was ist ungerecht, als mögliche Leitfragen für die Zukunft.

Die Dokumentation wird ergänzt durch eine Timeline von März 2020 bis zum Februar 2021 sowie durch Auszüge aus den Diskussionen, denn diese haben aus unserer Sicht wesentliche Ergänzungen und Einsichten gebracht. Gerade die Diskussion über Alternativen ist Basis für die Lernfähigkeit, was ein zentraler Vorteil der Demokratie gegenüber anderen, autoritären Strukturen ist. In der ersten Auflage, die wir als Grundlage für die zweite Diskussionsreihe im Februar 2021 druckten und die mittlerweile vergriffen ist, waren erst Auszüge aus den Diskussionen 2020 enthalten. Für die zweite Auflage haben wir die Auszüge aus der zweiten Diskussionsreihe von 2021 nachgeführt. Alle Diskussionen sind auf der Webseite des Polit-Forums Bern oder unserem YouTube-Kanal zugänglich.

Es bleibt der Dank an alle, die mit gearbeitet haben: Thomas Göttin (Konzept und Texte), Stefanie Schüpbach (Zeitreihen, Koordination und Texte), Yumi Speich, Luc Oggier, Febe Tognina und Rebekka Flotron (Texte), Manuela Aeschlimann (Schnitt), FRESCH Identity (Layout).

Thomas Göttin und Stefanie Schüpbach
Leitung Polit-Forum Bern

Plakate und Veranstaltungen der ersten Welle

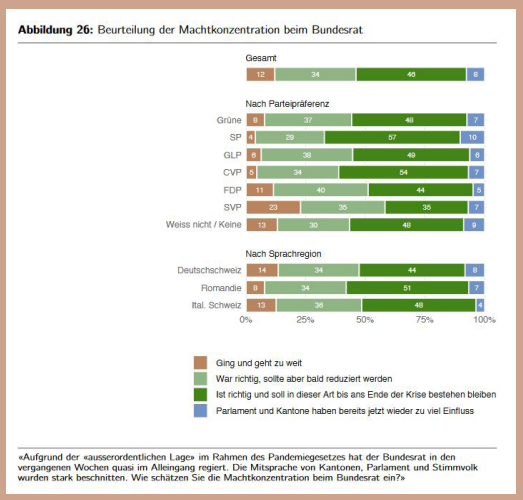
Demokratie

Was macht die Demokratie im Ausnahme-Zustand?
Der Bundesrat ruft den Notstand aus, die Parlamente tagen nicht mehr und Demonstrationen sind verboten.
Wir erleben die grösste Mobilmachung der Armee seit dem 2. Weltkrieg.

«Der Bundesrat kann seit Freitag jede Massnahme beschliessen, die er für notwendig hält.»

(NZZ vom 15.3.)

Die «Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus» vom Freitag 13.3. stützt sich erstmals auf Artikel 185, Absatz 3 der Bundesverfassung. Der Bundesrat kann ohne Zustimmung von Parlament und Kantonen Notrecht erlassen, «um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit zu begegnen».



Bevölkerungsmonitoring sotomo im Auftrag der SRG, 7.5.

«Die Krisenzeit ist primär die Zeit der Exekutive»

Hans Stöckli (Der Bund, 28.3.)

«Das darf aber nicht in eine allzu gläubige Exekutiv-Verehrung kippen»

Andrea Caroni, Ständerat FDP AR (Tagblatt, 31.3.)

Top Medienkonferenz des Bundesrates

Die Medienkonferenz des Bundesrat vom 16.3. wurde mindestens von 1'100'000 Zuschauer:innen geschaut (Youtube, SRF 1 und 3+). Zum Vergleich: die meistgesehene Sendung im Jahr 2019 war die Weltcup Abfahrt in Wengen mit 888'000 Zuschauer:innen (SRF2 und Youtube).

Kleine Geschichte des Notrechts

Wie schon im ersten Weltkrieg erhielt der Bundesrat zu Beginn des zweiten Weltkriegs 1939 weitgehende Vollmachten. 1949 stimmten knappe 50.7% der Schweizer Bevölkerung einer Initiative zur Aufhebung des Notrechts zu. Die Aufhebung des Notrechtsregimes erfolgte erst 1952. Das letzte Mal Notrecht wendete der Bundesrat in der Finanzkrise 2008 an zur Rettung der UBS mit 60 Milliarden Franken.

Die Demokratie macht Pause

«Die Sitzungen der Kantonsparlamente sind keine politischen Versammlungen, vielmehr sind die Parlamente das Herzstück der Demokratie.»

(Andreas Kley, NZZ, 7.4.)

Am 15.3. wird die Session des eidg. Parlaments auf Antrag der Verwaltungsdelegation durch die Ratsbüros abgebrochen. Das am 20. März erlassene Verbot von Veranstaltungen soll nach einer Auslegung des Bundesamts für Justiz auch für kantonale Parlamente gelten.

(SDA, 15.3.)

(Bild: Keystone-sda, Ennio Leanza)

Zürcher Kantonsparlament an seiner Sitzung vom 30.3. in der Halle Oerlikon: «Der Kantonsrat lässt sich nicht lahmlegen.»

(NZZ, 24.3.)

Blick über die Grenze: Die Parlamente der Nachbarländer und der EU arbeiteten weiter. In Deutschland wird nach dem «Pairing-Verfahren» abgestimmt: Zur Wahrung der Machtverhältnisse bleibt für jedes abwesende Mitglied der Regierungsfraktion eines der Opposition den Sitzungen fern. Und im EU-Parlament werden die Voten per E-Mail abgegeben

(WoZ, 30.4.)

«Wenn keine Hilfe kommt, werden diverse Volksinitiativen den Coronatod erleiden.»

(Nicolas Rimoldi, Kampagnenleiter E-Voting Moratorium, SRF, 6.5.).

Vom 21.3. bis 31.5. besteht Fristenstillstand für Unterschriftensammlungen, das betrifft auf eidgenössischer Ebene 15 Initiativen und 2 fakultative Referenden.

«Die demokratische Auseinandersetzung wird ganz oder teilweise verunmöglicht, die Gewaltenteilung teilweise ausser Kraft gesetzt. Das beschneidet die Autonomie der Kantone und Gemeinden und tangiert zentrale Bereiche des schweizerischen Föderalismus.»

(Peter Hänni, emeritierter Freiburger Professor, Republik, 22.5)

10 Initiativkomittees fordern, die Sammelfrist um 6 Monate zu verlängern und Anzahl nötige Unterschriften zu halbieren. «Wegen der geltenden Verhaltens- und Hygieneregeln bleibt das Sammeln von Unterschriften im öffentlichen Raum weiterhin schwierig. Ein weiterer Aufschub des Initiativ- und Referendumsrechts ist deswegen aber nicht gerechtfertigt»

(Bundesrat 29.4.)

«Eine Mobilmachung der Armee in diesem Ausmass hat es seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr gegeben.»

Bundesrätin Viola Amherd, 16.3.

(Bild: Schutz und Rettung, Stadt Bern)

«Ich konnte etwas Sinnvolles tun und die Sanitäter entlasten – das war Grund genug.»

(Aleksandar Mikovcic, Zivilschützer, BZ 16.4.)

«Wir erledigen wegen fehlender Ausbildung nur kleinste Hilfsarbeiten, die das Spital nicht ernsthaft entlasten, und sitzen oft stundenlang herum.»

(Soldat, WOZ 16.4.)

«Es war ein prägendes Gefühl, die Armee dort einsetzen zu können, wo es sie braucht.»

(Armeechef Thomas Süssli, NZZ 17.4.)

5000 Armeeangehörige sind aufgeboten worden. Brigadier Raynald Droz kontert den Vorwurf, dass die Armee mit dem Aufgebot übertrieben hat. «Wir hatten keine Zeit und keine Wahl», sagt Droz. «All in plus» heisst die von der Armee gewählte Variante.

(telebasel, 11.4.)

Einsatzzahlen (Stand 30.5.)

- Qualifizierte Pflegeleistungen, allgemeine Grund- und Betreuungspflege, sanitätsdienstliche Leistungen: 100 Armeeangehörige
- Schutz- und Sicherungsleistungen: 650 Armeeangehörige
- Führungsunterstützung, Basisleistungen: 250 Armeeangehörige

Von französischem Gebiet aus in gebührend respektvoller Distanz fotografiert: Schweizer Militärpolizei, die die grüne Landesgrenze zwischen Rodersdorf/Flüh gegen das Elsässische Dörfchen Leymen abschirmt. „Wir Bewohner von Leymen, die fast gezwungen sind, hier zu spazieren (1 Stunde täglich, 1 km ums Haus), sind von diesem bedrohlichen Aufgebot erheblich irritiert."

(OnlineReports.ch, 14.4.)

«Man hat erkannt, dass Demonstrationen ein Grundrecht sind.»

(Daniel Koch, 18.5.)

«Kundgebungen dürfen auch nicht durch die Kantone bewilligt werden. Hierbei gibt es keine Ausnahme, denn Kundgebungen verstossen gegen das Versammlungsverbot.»

(Daniel Koch, Bluewin.ch, 15.5.)

Warum hat man eine Neuauslegung bei den Demonstrationen gemacht? Koch: «Man hat erkannt, dass Demonstrationen ein Grundrecht sind. Es werden sicher weitere Schritte in diesem Bereich folgen.»

(Daniel Koch, Berner Zeitung, 18.5.)

Moritz Rapp (97) und Walter Hubschmid (83) werden am 1. Mai in Bern von der Polizei gestoppt.

(Quelle: Screenshot TeleBärn, 1.5.)

Die Massnahmen des Bundesrates führten zu einem Verlust des öffentlichen Raums, der zentral ist für Demokratien.

Austausch, Debatten und Versammlungen sind digital nie so offen und inklusiv wie im analogen Raum.

(NZZ, 20.4.)

«Zweiergruppen – welche sich an die Distanzregeln halten – aufzulösen, ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die Versammlungsfreiheit». Dass nicht einmal eine Einzelperson demonstrieren dürfe, sei «definitiv unzulässig».

(Markus Schefer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Uni Basel, Berner Zeitung, 5.5.)

«Das Verhalten der Demonstranten regt mich auf»

(Reto Nause, Sicherheitsdirektor Stadt Bern, Berner Zeitung, 9.5.)

(Bild: Berner Zeitung/Jürg Spori)

Demonstration gegen Corona-Verbote von mehreren hundert Personen Mitte Mai in Bern und Zürich.

(Berner Zeitung, 14.5.)

Demonstration von über zehntausend Menschen am 8. Juni in Genf gegen Gewalt und Rassismus gegenüber Schwarzen. Meist mit Mundschutz und in 300er-Gruppen

(Tagesanzeiger, 9.6.)

Die Massnahmen des Bundesrats betreffen zahlreiche Grundrechte der Bundesverfassung, z.B.:

- «Recht auf Leben und persönliche Freiheit», worunter die Bewegungsfreiheit fällt.
- «Anspruch auf Grundschulunterricht», welcher durch Homeschooling ersetzt wurde.
- «Versammlungsfreiheit». Demonstrationen, Umzüge und fast alle Veranstaltungen waren vorübergehend verboten.

Die «Republik» kommt auf 20 Grundrechte, die betroffen sind.

Wirtschaft

Schon vor dem Lockdown bricht die Börse ein. Die Ausgaben des Bundes für Krisen- und Unterstützungsmassnahmen sind im zweistelligen Milliardenbereich. Der Arbeitsmarkt wird stark getroffen und die Unterstützungsleistungen sind sehr unterschiedlich.

Eine Börsenwoche für die Geschichtsbücher

Mittwoch 19. Februar

Allzeithoch der Börsen, Sinkflug ab dem 20. Februar

«Noch nie eine so verrückte Marktsituation gesehen wie jetzt»

(Scott Minerd Chefanleger, NZZ 16.2.)

Montag 9. März

Ölpreise fallen 30%, Dow Jones fällt 8%, SMI fällt 5.5%

«Die Menschen handeln jetzt aus purer Angst»

(Matthew Cheslock, Börsenhändler)

Donnerstag 12.März

Dow Jones und SMI fallen je um 10%, Trump schliesst Grenze zu Europa

«Das war die teuerste Rede der Geschichte»

(Luca Paolini, Chefstratege bei Pictet Asset Management)

Freitag 13. März

Der Bundesrat schürt ein Paket von 10 Milliarden. Donald Trump verkündet den nationalen Notstand.

«Die Regierungen haben es kapiert»

(Niklaus Vontobel, Tamedia).

Montag 20. April

Ein Fass Öl der Sorte WTI, lieferbar im Mai, kostet minus 40 Dollar.

«Dies ist das Pearl Harbor der amerikanischen Energieproduzenten»

(Kirk Edwards, Erdölproduzent)

Donnerstag 28. Mai

«Mittlerweile tendiert der SPI keine 5% mehr vom Stand der ersten Januartage. Die Stimmung unter den Aktienmarktakteuren ist so ausgelassen wie selten zuvor.»

(Cash Insider)

Wetten auf den Untergang?

«Die Wetten auf die Insolvenz von Unternehmen und sogar von Ländern nehmen international zu. Enorme Summen werden eingesetzt und gigantische und schamlose Gewinne erzielt.»

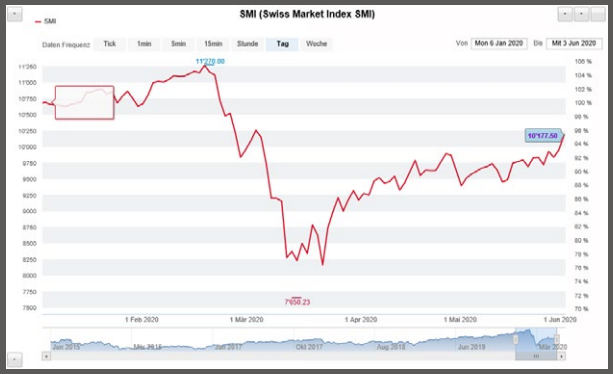
(Marc Chesney Zürcher Finanzprofessor).

Spanien hat Untergangswetten für die Dauer von einem Monat verboten, Italien sperrte die Transaktionen für 90 Tage.

«Je länger die Coronakrise andauert, desto schlechter für das Klima»

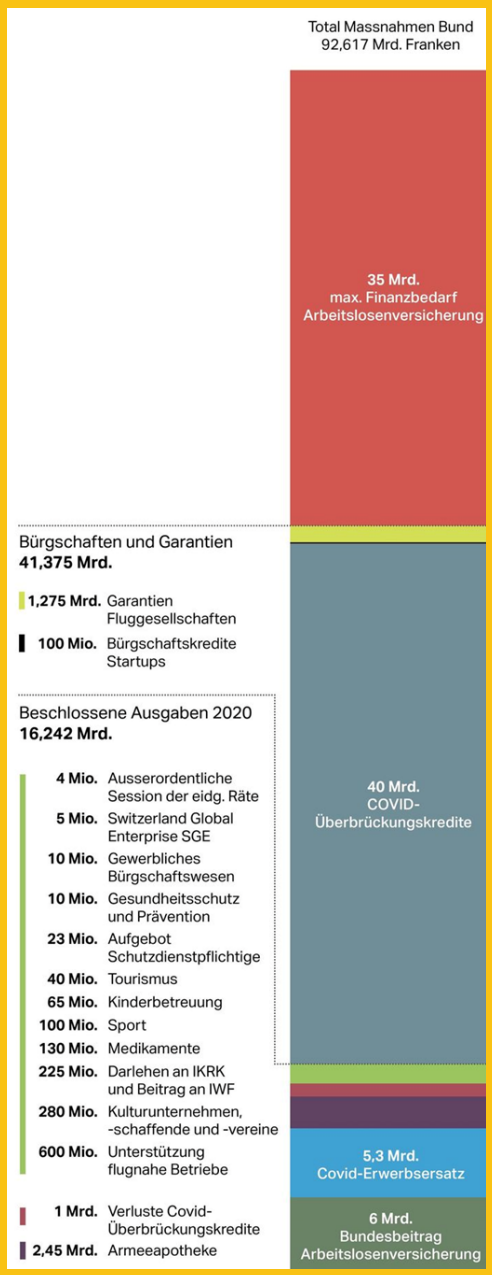
«Die schnellere und einfachere Rettung wäre, alles wieder aufzubauen wie zuvor. Oder wir nutzen die Chance des Wiederaufbaus zu mehr Nachhaltigkeit. Langfristig wäre dies die bessere Lösung. Aber je grösser die Wirtschafts- und Sozialkrise wird, desto mehr wird die Frage kommen: Hat man überhaupt noch freie Valenzen, um die Wirtschaft und Gesellschaft umzubauen?»

(Martin Grosjean Klimaforscher am Oeschger Zentrum)



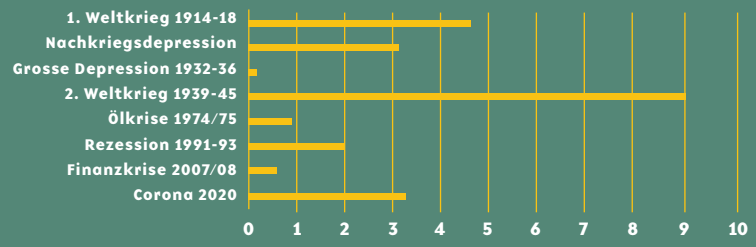
Das grösste Rettungspaket in der Schweizer Geschichte

Finanzbedarf Bund bis 10.5.



(Der Bund 10.5.)

Historische Perspektive

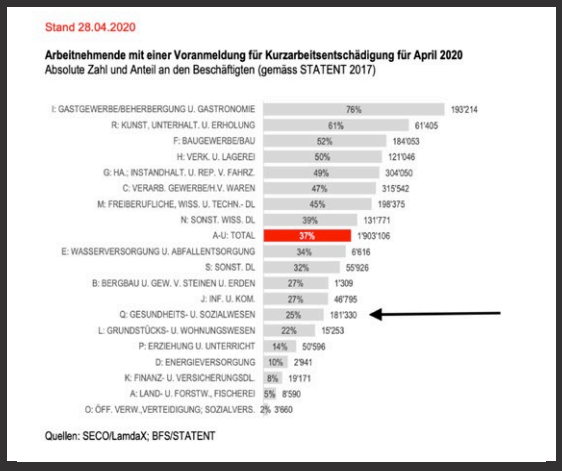


Defizitquote (Bundeshaushaltsdefizit in % des BIP)
(Der Bund 10.5., Grafik Thomas Studer/Christoph Schaltegger)

«Die Corona-Krise trifft den Arbeitsmarkt mit voller Wucht»

(NZZ, 7.5.)

- 1000 Personen verlieren in der Schweiz pro Tag ihren Job.
- Kurzarbeit für 1.9 Millionen Arbeitnehmende
- Die Arbeitslosenquote Ende Mai beträgt 3,4 Prozent
- 156'000 Personen sind Ende Mai als arbeitslos eingeschrieben



Homeoffice haben bei einem Einkommen über 130'000 Franken 76% der Beschäftigten; bei einem Einkommen unter 52'000 Franken sind es weniger als 30%.

«Wer in der Reinigung arbeitet, im Transportwesen oder im Gesundheitswesen, kann kein Homeoffice machen wie wir Privilegierten. Die Auswirkungen sind härter für jene Gruppen, die sowieso schon benachteiligt sind.»

(Staatsrechtler Daniel Moeckli, Republik, 24.3.)

«Die Situation am Schweizer Arbeitsmarkt kann am ehesten mit der der Depression der 1930er Jahren verglichen werden.»

(NZZ, 7.5.)

«Eine solche Armutswelle haben wir noch nie erlebt»

(Alessandro Menna vom Verein Siidefade, 20min, 5.5.)

Seit Ende April chlagen Lohnausfälle infolge der Kurzarbeit, reduzierter Arbeit auf Abruf oder Umsatzeinbussen in aller Härte durch. Der Verkauf in den 21 Caritas-Märkten von haltbaren Grundnahrungsmitteln ist im März um mehr als die Hälfte gestiegen. In der Schweiz waren bereits 2018 rund 660'000 Menschen von Einkommensarmut betroffen.

Etwa 2500 Menschen standen während einer von der Caravane de la Solidarité Genève am 2.5 organisierten Verteilung 3 bis 4 Stunden an, um einen Lebensmittelbeutel zu erhalten. (Keystone / Martial Trezzini)

«Ab 2022 könnte ein grösseres Sparpaket zum Thema werden»

(Bundesrat Ueli Maurer, NZZ, 24.4.)

Arbeitsrecht wird eingeschränkt am 20.3.

- Pflegeberufe: Arbeits- und Ruhezeiten sind sistiert (aufgehoben 20.5.)
- Strassentransport: Arbeitszeit bis 56 Stunden ohne Kompensation bis 30.4.
- Risikogruppen ohne Homeoffice-Möglichkeit: 16.3. Urlaub bei Lohnfortzahlung; 20.3. Arbeitspflicht; 17.4.: Vetorecht des Arbeitnehmenden.

Mietrecht: Bundesrat will weder einen Mieterlass noch Notrecht anwenden. Das Parlament stimmt in der Sommersession für einen 60 % Erlass von gewerblichen Mieten während der Zwangsschliessung.

«Kulanz hat in einer Sozialversicherung keinen Platz»

(Bundesamt für Sozialversicherungen, WoZ 30.4.)

Am 20.3. gibt es Unterstützung für Selbständigerwerbende, die direkt von den Notstandsmassnahmen betroffen sind. Für indirekt Betroffene ab 16.4. zum Maximalsatz von 196.- pro Tag gemäss Erwerbsersatzordnung. Im Unterschied zur EO gibt es keinen Minimalsatz von 62.- pro Tag – Entschädigungen von 1.60 pro Tag (Buchhändlerin in Chur) oder Fr. 8.- pro Tag (Kosmetikerin in Basel) sind möglich.

Garantien Fluggesellschaften: 1,275 Mia. und flugnahe Betriebe: 600 Mio.

«Mich stört jetzt zum Beispiel, wenn die Swiss, die zweimal hintereinander weit mehr als 500 Millionen Franken Gewinn gemacht hat, zehn Tage nach den Einschränkungen im Flugverkehr bei Staat auf der Matte steht und sagt, sie habe kein Geld mehr». Ernst Stocker, Finanzdirektor Kanton Zürich, SVP

(Tagesanzeiger 29.4.)

«Der Verband Kinderbetreuung Schweiz ist fassungslos»

(Medienmitteilung kibesuisse vom 3.4.)

Der Bundesrat will Kitas nicht schliessen und keine Unterstützung für Kitas sprechen.

Das Parlament beschliesst Unterstützung von 65 Mio. in der Sondersession.

Dividenden: Es besteht ein Dividendenverbot wenn Firmen Bundes-Kredite beanspruchen, kein Dividendenverbot wenn Firmen Kurzarbeit verordnen.

«Ab 2022 könnte ein grösseres Sparpaket zum Thema werden»

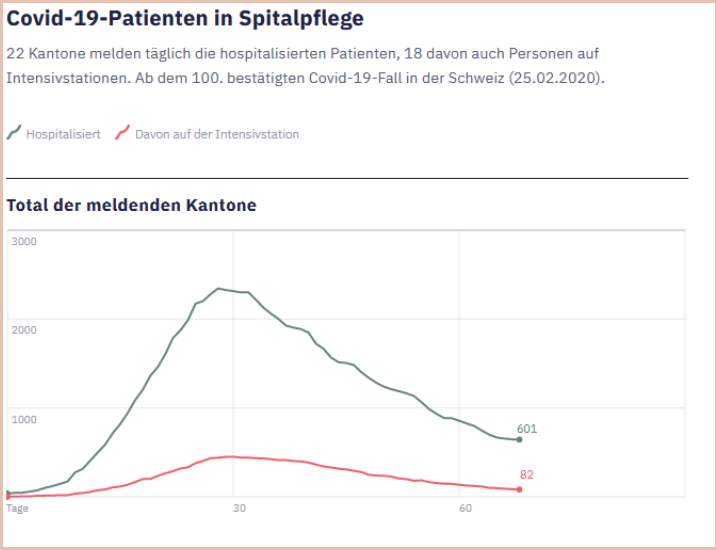
Die Kosten des Bundes dürften zum Schluss geschätzte 40 Milliarden Franken betragen: Defizit der Arbeitslosenversicherung von rund 20 Milliarden, Defizit Erwerbsersatzordnung 5.3 Milliarden, Steuerausfälle des Bundes 7 Milliarden, dazu kommen Sanitätsmaterial für 2.5 Milliarden und Hilfen für Sport und Kultur von 1 Milliarde. Auf 4 Milliarden (10%) werden die Kreditausfälle geschätzt. Aber ob das reicht?

Die Rolle der Schuldenbremse: Derzeit kann der Bund seine Ausgaben um rund sechs Milliarden überziehen. Was darüber geht, muss er innert sechs Jahren abbauen. Bei einem Defizit von knapp vierzig Milliarden Franken müsste der Bund jedes Jahr 5,5 Milliarden Franken Gewinn erzielen – durch Mehreinnahmen oder Einsparungen.

Gesundheit

Die Ansteckungs- und Sterbezahlen steigen in kurzer Zeit stark an. Aus Angst vor Überlastung der Spitalbetten werden Behandlungen verschoben und weniger Menschen gehen bei Beschwerden in Spital. Das Pflegepersonal ist trotzdem stark belastet und fordert nicht nur Applaus als Wertschätzung. Das Besuchsverbot in Pflegeheimen soll ältere Menschen schützen, aber isoliert sie auch.

Covid-19 in Spitalpflege



Der Höhepunkt der Hospitalisationen und Intensivpflege erfolgte knapp 30 Tage ab 25.2. (100. bestätigter Fall in der Schweiz). Total hospitalisierte Personen: 3'754 (Stand BAG 15.5.)

«Wir waren realistisch»

(Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, 12.4.)

Spitäler müssen Kurzarbeit beantragen: War der Bund zu übervorsichtig? «Wir waren weder übervorsichtig noch leichtsinnig. Wir waren realistisch.» (Simonetta Sommaruga, «Sonntags-Blick»12.4.). Gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) waren am Samstag von den total 1550 Intensivbetten inklusive der kurzfristig eingerichteten Betten noch 730 frei. Von den Beatmungsstationen war nur die Hälfte besetzt. Der befürchtete Engpass auf den Intensivstationen und bei den Beatmungsgeräten ist also nicht eingetreten – oder noch nicht? Der Peak scheint erreicht zu sein, zumindest der erste. Oder wie es Mister Corona am Samstag sagte: «Ja, wenn der Berg der letzte Berg war, dann könnte man das sagen.»

(medinside 12.4.)

«Wir sind längst noch nicht am Anschlag»

(Paolo Ferrari, Leiter medizinischer Bereich Kantonsspitäler Tessin 21.3.)

«Die Situation im Tessin ist dramatisch», sagt Daniel Koch, der oberste Bekämpfer der Corona-Epidemie. Schon am Montag könnten die Tessiner Intensivstationen voll belegt und damit am Anschlag sein. Paolo Ferrari, der Leiter medizinischer Bereich der Kantonsspitäler Tessin, widerspricht: «Wir sind längst noch nicht am Anschlag. Und zwar weder mit Intensivbetten noch mit normalen Abteilungsbetten für Coronavirus-Erkrankte», so Ferrari in der NZZ

(medinside 21.3.).

«Es bleibt eine hoch anspruchsvolle Aufgabe, mit Covid-19 in einem Pflegeheim umzugehen.»

(Michael Simon, Professor für Pflegewissenschaft, 4.5.)

«Grundsätzlich lassen sich Infizierte in Pflegeheimen von den anderen isolieren, aber es hängt auch stark von den Gegebenheiten der Einrichtungen ab, ob sich die Bereiche trennen und das Pflegeteam auf diese Bereiche aufteilen lässt (...). Spitäler haben Covid-19-Stationen räumlich getrennt und teilweise auch das medizinische Personal in mehrere Gruppen aufgeteilt (...). So etwas stellt viele Pflegeheime vor eine grosse logistische Aufgabe.

(medinside 4.5.)

«Der Applaus reicht nicht aus, für die Wertschätzung braucht es politische Entscheide»

(Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des Schweizerischen Berufsverbandes für Pflegefachpersonen SBK, 1.5.)

Die Grossrätin Meret Schindler (Pflegefachfrau, Sekretärin VPOD) sieht Chancen, «dass ein grösseres Bewusstsein für die Pflege durch Corona entstanden ist», und warnt gleichzeitig davor, «dass der Spardruck und das politische Klima die Ausgangslage verschärfen könnte» (tink.ch, 1.5.)

«Die einfachen Massnahmen sind hoch wirksam.»

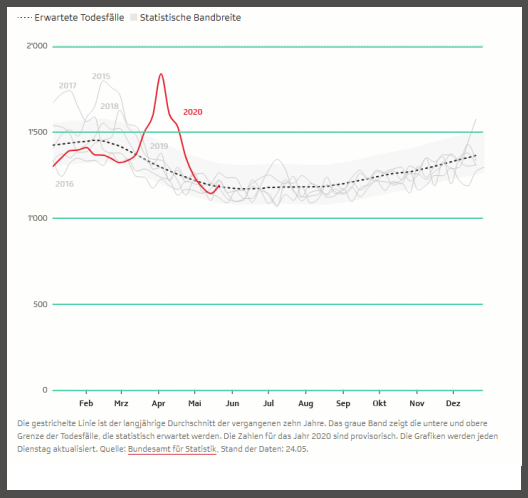
«Die einfachen Massnahmen, Verzicht auf Grossveranstaltungen und die Einführung von Hygienemassnahmen sind hoch wirksam. Die Bevölkerung ist in der Lage, diese Empfehlungen gut umzusetzen und die Massnahmen können die Epidemie fast zum Stoppen bringen. Auf jeden Fall sind die Massnahmen ausreichend, unser Gesundheitssystem so zu schonen, dass die Spitäler nicht überlastet werden.»

(Prof. Pietro Vernazza, Chefarzt der Infektiologie, Kantonsspital St. Gallen, 19.4.)

(Quelle ETH/Kantonsspital St. Gallen)

So schnell wie die Sterbezahlen Ende März angestiegen sind, so schnell sinken sie nun wieder.

(medinside, 6.5.)



(Quelle SRF)

«Wir waren etwas hilflos»

(Gabriela Bieri, Ärztliche Direktorin der Stadtzürcher Pflegezentren, Der Bund, 18.5.)

97 Prozent der Verstorbenen hatte Vorerkrankungen; der Altersmedian der Verstorbenen betrug 84 Jahre; 53 Prozent der Todesfälle entfielen auf Alters- und Pflegeheime.

(Beobachter 18.5.)

Seit Mitte März haben die Kantone Besuchs- und Kontaktverbote in Alters- und Pflegeheimen erlassen. Seit 11.5 planen Kantone Lockerungen des Besuchsverbots, aber mit weiteren Einschränkungen: «Gefährdete Personen müssen weiterhin geschützt werden.»

(Heidi Hanselmann, Präsidentin der Schweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz, SRF, 24.4.)

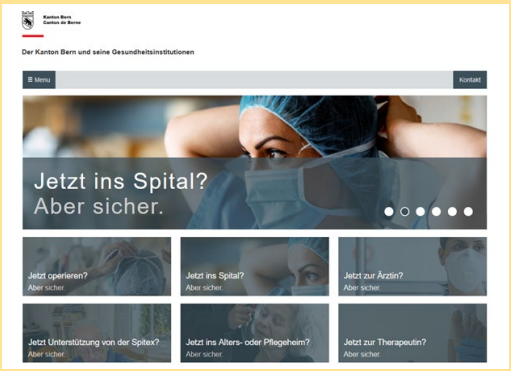
Es liege «in der Natur der Sache», dass es in Alters- und Pflegeheimen zu häufigen Todesfällen komme. «Zudem muss man beachten, dass nicht bei allen gemeldeten Covid-Todesfällen dieses Virus die alleinige oder tatsächliche Todesursache war. Viele der verstorbenen Personen in Pflegeheimen haben sich bereits unabhängig von dieser Erkrankung in kritischen oder terminalen Gesundheitszuständen befunden.»

(Rudolf Hauri, Präsident Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz, Der Bund, 18.5.)

Chaos um verschiebbare Eingriffe

2.3. Neue Verhaltensregel in BAG-Kampagne:

13. 5. Start Kampagne des Kantons Bern



Chaos um verschiebbare Eingriffe

(NZZ 20.3.)

Spitäler, Klinken, Art- und Zahnarztpraxen müssen auf nicht dringend angezeigte Eingriffe und Therapien verzichten (Corona Verordnung vom 16.3.). «Wenn ein Coiffeursalon seine Tätigkeit einstellen muss wäre es stossend, wenn Ärztinnen und Ärzte medizinisch nicht dringende Verrichtungen ausführten.»

(Josef Brandenberg, Präsident FMCH in der NZZ vom 20.3.)

«Die Kommunikation des BAG verunsicherte gerade die Risikopatienten. Viele Patienten verzichteten auf medizinische Behandlungen, obwohl sie nötig gewesen wären.»

(Dr. med. Esther Hilfiker, Präsidentin der Ärztegesellschaft des Kantons Bern, medinside, 3.5.)

«Für viele Patienten ist das ein Rückschlag, wenn sie nun längere Zeit keine Behandlung erhalten.»

Wenn nun neben der Schule auch noch die Therapiestunde abgesagt wird, kann das zum Kollaps in Familien führen.»

(André Bürki, Geschäftsführer des ErgotherapeutInnen-Verbandes Schweiz, Der Bund 1.4.)

«Überspitzt gesagt, muss man das Risiko, als Angehöriger der Risikogruppe an Corona zu erkranken, abwägen gegen das Risiko, seien Vitalität einzubüssen.»

«Wenn sich die Hirnleistung im hohen Alter vermindert, können fehlende Sinnesanregungen und Kontakte auch zu einem Verlust geistiger Fähigkeiten, zu depressiven Verstimmungen, Unruhe oder Mangelernährung führen.»

(Marcel Schenk, Geschäftsleiter Pro Senectute Kanton Bern, Berner Zeitung 2.5.)

«Die Sterberate von Patienten auf der Warteliste explodierte im April (...)»

(NZZ 20.3.)

«Auch im Kanton Bern wurde die Suche nach Organspenden teilweise eingestellt. Dies führt zu einem Rückgang von knapp 50 Prozent an Spendern. Die Wartezeiten für eine Niere haben sich um Wochen, ja Monate verlängert.»

(Franz Immer, Direktor von Swisstransplant, Berner Zeitung 5.5.)

Swiss Corona Stress Study:

Knapp die Hälfte der Befragten fühlen sich im Lockdown gestresster als vor der Coronakrise. Zu den Haupttreibern der Stresszunahme zählen Belastung durch Veränderungen bei der Arbeit/Ausbildung, Belastung durch das eingeschränkte Sozialleben und Belastung durch die Kinderbetreuung. Bei 57% der Befragten haben sich depressive Symptome verstärkt

(Universität Basel, Erhebung 6.-8. April, 10'472 Personen)

FRAGILE Suisse ruft die Schweizer Bevölkerung auf, sich auch bei leichten Anzeichen eines Schlaganfalls in notfallmedizinische Behandlung zu begeben. Seit dem Lockdown lassen sich in der Schweiz weniger Menschen behandeln. Das ist alarmierend. Der Rückgang beträgt im Schnitt 21,4%.

(Medienmitteilung FRAGILE Suisse 3.4.)

Gesellschaft

Abstand, neue Begrüssungsformen und Besuche durch Plexiglasscheiben prägen den Alltag. Die Solidarität durch Nachbarshilfe und Spenden steht im Kontrast zu Hamsterkäufen. Grossveranstaltungen werden reihenweise abgesagt. Schulen werden geschlossen und der Unterricht für über eine Million Schüler:innen und Studierende findet digital statt.

«Lächeln ist das neue Händeschütteln.»

(Luzerner Gesundheitsbehörde, 1.3.)

(Illustration: Anja Lemcke, NZZ, 11.3.)

(Bild: SWR/SWR aktuell BW.)

«Mir kamen die Gefängnisbesuche aus Kriminalfilmen in den Sinn. So etwas Ähnliches wollte ich haben.»

(George Raguth, Leiter Alters- und Pflegeheim Risi, SRF, 7.4.)

14'000 Bussen wegen nicht eingehaltenem Minimalabstand (Tagesanzeiger 2.5.)

Auf Pfingstsamstag, 30.5. hat der Bundesrat die 100-Frankenbusse wieder aufgehoben, wie durch Medienberichte am 4.6. bekannt wird.

«Im Moment fordern wir die Bevölkerung nicht auf, Masken zu kaufen; weil es ist wirklich ein rares Gut.»

(Daniel Koch, BAG, 21.3.)

„In der westlichen Welt will man dem anderen zeigen, was man fühlt",

(Eva Raabe Weltkulturenmuseum Frankfurt swf2, 21.4.)

Die Maske ist in China ein „Katalysator der hygienischen Modernität."

(Christos Lynteris, Anthropologie, Der Bund, 26.5.)

(Bild: Roland Schmid)

«Kreuzlingen und Konstanz sind völlig zusammengebaut. Die Menschen hier sehen diesen Raum wirklich als gemeinsamen Lebensraum.»

(Thomas Niederberger, Stadtpräsident von Kreuzlingen, SRF, 15.5.)

Solidarität macht stark!

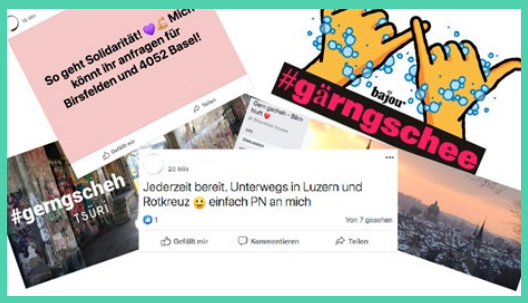
Die Gabenzäune erobern Basel «Ja zu 'Social distancing', Nein zu sozialer Kälte»

(bz Basel, 2.4.)

(bild bz/Nicole Nars-Zimmer)

In Gemeinden entstehen neue Netzwerke für die Nachbarshilfe. An Freiwilligen fehlt es nicht, eher an Senorinnen und Senioren, die sich helfen lassen.

(Der Bund, 26.03.)



(Bild: Montage watson.ch)

Der achtwöchige Lockdown hat in der Bevölkerung eher zu «Ruhe und Entspannung» als zu «Spannungen und Konflikten»

(Sotomo Corona-Monitoring, SRF, 7.5.)

Crowdfunding: In Krisenzeiten zeigt sich die Bevölkerung spendabler.»
(NZZ, 24.4.)

Die Glückskette hat zwischen Ende März und Mitte Mai über 37 Millionen Franken gesammelt für Menschen in der Schweiz, die von der Coronavirus-Pandemie betroffen sind.

(SRF, 7.5.)

Stay the fuck home!

«Es kommt vor, dass Senioren bespuckt werden.»

(Bea Heim, Co-Präsidentin des Schweizerischen Seniorenrates, SRF, 6.5.)

Überdurchschnittlich viele Meldungen wegen Ruhestörung und Lärmbelästigung.

(Berner Zeitung, 13.4.)

(Bild Stefan Wermuth Tagesanzeiger)

«Flanierende Rentner fotografieren, feiernde Jugendliche zurechtweisen, Ignoranten denunzieren: Die Corona-Krise lässt das totgeglaubte Spiessertum wieder aufleben.» (NZZ, 26.3.)

Die grössten Gefahren bei Quarantäne sind Angst und Ärger – Rückzug und Gereiztheit. (the lancet, 26.3.)

Hamster-Alarm in Limmattaler Läden

(Limmattaler Zeitung 20.3.)

(Bild Sibylle Egloff, Limmattaler Zeitung)

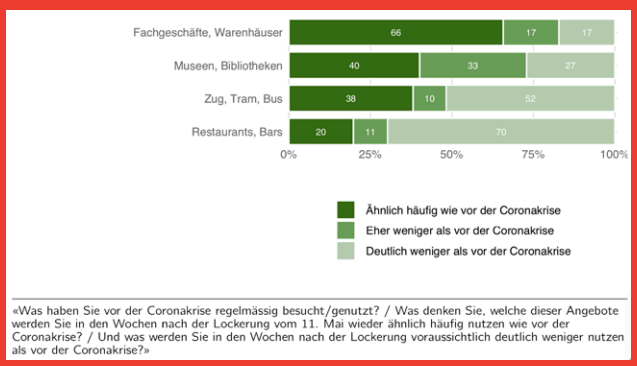
«Nessuno sa come funzionerà»

(Zürcher Wirt Andrea Giancane, Republik, 11.5.)

(Quelle Bilder: Helen James/swissinfo.ch
und Robert Zingg, Zoo Zürich)

«Die grosse Frage, die uns der Lockdown stellt: Wird die Stadt je wieder erwachen?»

(Berner Zeitung, 18.4.)



Der Bundesrat plant die Wiedereröffnung der Restaurants zuerst für den 8.6., Ende April dann schon für den 11.5., zeitgleich mit Läden, Museen und Bibliotheken. Ab dem 28.2. können Gottesdienste wieder stattfinden. Ab dem 30.5. sind Gruppen bis zu 30 Personen gestattet. Am 6.6. öffnen Zoos, Theater, Kinos, Schwimmbäder, Discos und Veranstaltungen bis 300 Personen sind erlaubt. Aber es gibt viele offene Fragen:

- **Lohnt es sich zu öffnen?**
- **Ist eine Konsumation im Stehen erlaubt? (Apero, Stehlunch)**
- **Müssen Personendaten von allen Gästen erfasst werden?**
- **Sind Trennwände auch auf den Sitzbänken zu montieren?**
- **Kann ich mich durch das Schwimmbad-Wasser mit Corona anstecken?**
- **Unterliegt der Museumsshop den für Läden geltenden Regeln?**
- **Darf man während Gottesdiensten singen?**
- **Darf man den ganzen Abend nur 300 Personen insgesamt reinlassen oder beziehen sich die 300 auf die Anzahl Personen, die sich gleichzeitig im Club aufhalten?**

«Noch nie war mein Leben so ungewiss.»

Anna Gisler, Maturandin (Der Bund, 27.4.)

29.2.
bereits viele Univorlesungen online

12.3.
ETH Zürich zu/ Uni Zürich offen

8.6.
Teilweise wieder Präsenzunterricht möglich (die meisten Unis bleiben bis Ende Semester geschlossen)

258'076 Studierende
Unis/FH/PH (BFS für 2019/20)

13.3.
alle Gymnasien und Berufsschulen geschlossen

4.4.
Schliessung bis 11.5. und später bis 8.6. verlängert

8.6.
Präsenzunterricht wieder möglich (die meisten Schulen bleiben bis Ende Semester geschlossen oder führen nur teilweise Präsenzunterricht durch)

362'990 Schülerinnen und Schüler
(Sek II BFS für 2018/19)

13.3.
alle Volksschulen geschlossen

4.4.
Verlängerung Schliessung bis 11.5.

11.5
Öffnung Volksschulen (mit Schutzkonzept und häufig in Halbklassen)

954'811 Schülerinnen und Schüler
(Obligatorische Schule: BFS für 2018/19)

Homeschooling

«Das Lernen in der Distanz hat auch ein Defizit offengelegt: Im digitalen Unterricht werden jene Schüler abgehängt, deren Lernverhalten zu Hause ohnehin wenig kontrolliert wird.»

(Raphaela Birrer, Journalistin, Der Bund, 16.5.)

«Auch ich schaffe es kaum, denn es ist eigentlich nicht zu schaffen.»

(Simona Isler, Mutter und Aktivistin, Der Bund, 6.5.)

Der Corona-Abschlussjahrgang

Am 9.4. wird eine national einheitliche Lösung betreffend die Abschlussprüfungen der diesjährigen Lehrabgänger getroffen: es finden nur praktische Prüfungen statt. Schulisch gelten die Erfahrungsnoten im Durchschnitt als Abschlussnote. Für Maturaabschlussprüfungen wird die Durchführung den Kantonen überlassen.

«Die Frage der Prüfungen hat zu viel Verwirrung geführt in den Vergangenen Woche, das bedauern wir.»

(Guy Parmelin, Bundesrat, Medienkonferenz, 29.4.)

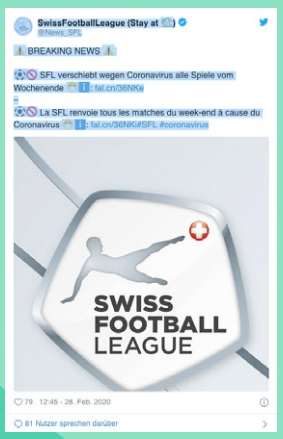
«Ein solches «Corona-Zeugnis» benachteiligt Arbeitssuchende bei der Stellensuche nicht automatisch. Ansonsten wäre schon davor einiges schiefgelaufen.»

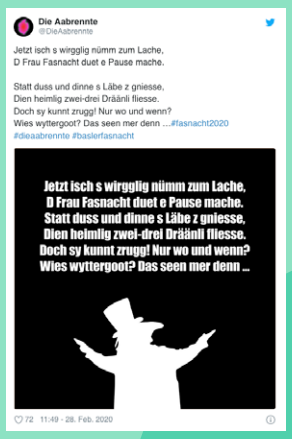
(Christoph Aebischer, Journalist, Der Bund, 1.4.)

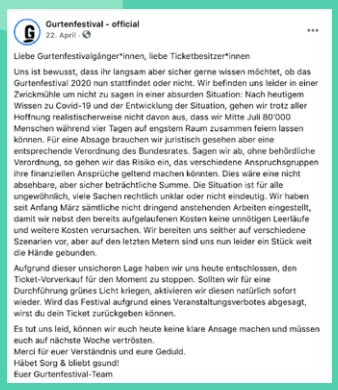
«Viele frisch ausgebildete Berufsleute werden keine Stelle finden und viele Schulabgänger ohne Lehrstelle bleiben.»

(Stefan Wolter, Bildungsökonom, Der Bund, 8.5.)

Es waren einmal … Grossveranstaltungen







Kantons-geschichten

Ein Auszug aus den unterschiedlichen Massnahmen in den Kantonen. So verbietet z.B. Appenzell Ausserrhoden die Daten der Alpaufzüge zu veröffentlichen und die Genfer Polizei setzt Drohnen ein, um die Einhaltung der Corona-Massnahmen zu überwachen.

Momentaufnahmen aus den Kantonen

(vorwiegend aus «Republik», 23.4. - 5.6.)

Einsatzbereitschaft

Obwalden verfügt am 24.5., dass sämtliche Ärztinnen und Pflegefachleute mit Wohnsitz im Kanton bis zur Aufhebung der ausserordentlichen Lage zum Einsatz verpflichtet werden können. Sie müssen sich auf Abruf zur Verfügung halten und innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit sein. Wer dem Aufgebot nicht Folge leistet, wird mit einer Busse bis 10'000 Franken bestraft.

Notstand

Am 11.3. tritt die Tessiner Regierung in corpore vor die Presse, um als erster Kanton den Notstand zu erklären. Kinos, Theater, Jugendklubs, Skigebiete und Discos müssen schliessen, genauso Gymnasien und Hochschulen – der Südkanton nimmt vorweg, was etwas später auch auf Bundesebene passieren wird.

Krisenfenster

Am 21.3. entscheidet Tessin, alle Baustellen und grosse Teile der Industrieproduktion stillzulegen. Ein Entscheid, der gegen Bundesrecht verstösst. Sechs Tage später legalisiert der Bundesrat das Vorgehen. Das sogenannte «Krisenfenster», während dessen das Tessin strengere Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus erlassen darf, hat am 3.5. geendet.

Keine zusätzlichen Massnahmen

Die St. Galler Regierung schreibt in einer Medienmitteilung von Mitte März, national einheitliche Vorgaben würden helfen, die Akzeptanz der Massnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen. «Sie wird deshalb keine zusätzlichen Verschärfungen beschliessen.»

Ausgangsbeschränkung für über 65-Jährige

Am 19.3. beschliesst der Kantonale Führungsstab eine Ausgangsbeschränkung für über 65-Jährige. Einen Tag später wird die Beschränkung wieder aufgehoben.

Besuchsverbot im Durchgangszentrum

Am 27.3. erlässt das Gesundheitsamt ein Besuchsverbot für die kantonalen Durchgangszentren für Asylsuchende, weil «aufgrund der relativ engen Platzverhältnisse eine erhebliche Gefahr für die rasche Verbreitung einer Infektion innerhalb des Zentrums» bestehe. Asylsuchende dürfen im Kanton Solothurn grundsätzlich dreimal pro Monat bei Freunden und Bekannten übernachten statt im zugewiesenen Asylzentrum. Diese Praxis verbietet das Gesundheitsamt am 16.4.

Private Zusammenkünfte beschränkt

Im Kanton Waadt sind auch private Zusammenkünfte auf zehn Personen beschränkt, wie es in einer Verfügung vom 18.3. heisst. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe von bis zu 20'000 Franken geahndet, im Wiederholungsfall sogar bis 50'000 Franken.

Eintrag ins Strafregister

Die Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich erlässt im April eine Weisung, alle unbewilligten Demonstrationen als Verstoss gegen die Covid-19-Verordnung zu bestrafen. Damit werden Teilnehmer einer unbewilligten Kundgebung härter bestraft als sonst: Das Delikt galt nicht als blosse Übertretung, sondern als (schwerer wiegendes) Vergehen, das einen Eintrag im Strafregister zur Folge hat. Die Weisung der Oberstaatsanwaltschaft wird als «krass unverhältnismässig» kritisiert.

(Thomas Hasler, Tagesanzeiger, 1.5.)

Momentaufnahmen aus den Kantonen

(vorwiegend aus «Republik», 23.4. - 5.6.)

Überwachung in Echtzeit

Der Regierungsrat erlässt am 2.4. eine Sonderverordnung, mit welcher er u.a. «drohenden Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit» vorbeugen will: die Polizei darf den gesamten öffentlichen Raum rund um die Uhr in Echtzeit überwachen – auch mit zusätzlichen Überwachungsanlagen. «Meines Wissens ist Art. 36 Abs. 3 der Bundesverfassung noch in Kraft; auch im Aargau. Diese Massnahme ist nicht rechtens, da eindeutig nicht verhältnismässig und auch nicht EMRK-Konform…»

(Beat Flach, Nationalrat glp, Twitter, 2.4.)

Geheime Alpaufzüge

Am 28.4. wird Älplerinnen und Älplern, sowie den Tourismusorganisationen im ganzen Appenzellerland verboten, die Daten der Alpaufzüge dieses Jahr öffentlich zu machen. So sollen keine Touristinnen und Touristen angelockt werden.

keine Landsgemeinde

Die Innerrhoder Landsgemeinde wird wegen des Veranstaltungsverbots vom 26.4. auf den 23.8. verschoben. Am 22.5. gibt die Standeskommission bekannt, dass sowohl die Landsgemeinde als auch alle Bezirksgemeinden ausfallen. Stattdessen werden am 23.8. Urnenabstimmungen durchgeführt. Zum ersten Mal überhaupt werden die Innerrhoderinnen an der Urne über kantonale politische Geschäfte abstimmen.

Kitas geschlossen

Der Kanton Basel-Stadt schliesst am 16.3. nicht nur alle Kindergärten und Schulen, sondern auch die Kindertagesstätten und Spielgruppen. Kinderbetreuung wird nur noch für Eltern in Gesundheitsberufen oder anderen zwingend notwendigen Arbeiten sichergestellt. Am 11.5. nehmen die Kitas den Betrieb wieder auf.

Drive-in-Corona-Testcenter

Am 2. April wird das erste Drive-In-Corona-Testcenter der Schweiz in Bern in Betrieb genommen.

Diese Tests sind bloss Autofahrenden vorbehalten. Auch Mietautos sind nicht erwünscht. Bei der Eröffnung wurde in Aussicht gestellt, das Angebot auf Fussgänger auszuweiten. Wann das geschehen wird, war beim Kanton nicht in Erfahrung zu bringen. «Die Eröffnung des Walk-in kann erst in Betracht gezogen werden, wenn Testmaterial in die Schweiz geliefert worden ist», sagt Gundekar Giebel, Sprecher der kantonalen Gesundheitsdirektion.

(Der Bund, 7.4.)

Ein Jahr Notverordnung

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die am 21.3. in Kraft getretene Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise bis zum 20. März 2021 verlängert. Mit der Verlängerung will der Regierungsrat Zeit gewinnen, um zu beurteilen, welche Massnahmen ins ordentliche Recht überführt werden sollen.

Spital requiriert

Die Freiburger Regierung beschliesst am 20.3. eine Verordnung, mit der sie über Personal, Material und Infrastrukturen der zwei Privatkliniken in der Stadt Freiburg verfügen kann. Sie will so die Kapazitäten am Kantonsspital erhöhen. Die Verordnung erlaubt es dem Kanton auch, die Verteilung von Masken, Desinfektionsmitteln oder Schutzbekleidung eigenhändig zu regeln.

Creux-du-Van

«Die Deutschschweizer haben die Message offenbar nicht alle verstanden», schimpft Neuenburgs Sicherheitsvorsteher Alain Ribaux nach dem ersten Aprilwochenende, an dem etliche Besucher mit dem Auto angereist sind. Danach lässt er die beiden bei Ausflüglern beliebten Ziele Creux-du-Van und Gorges de l'Areuse abriegeln. Seit dem 11.5. sind Touristen wieder willkommen.

Baustellen geschlossen

Ab dem 20.3. darf auf den Genfer Baustellen nicht mehr gearbeitet werden. So will es die Kantons-regierung. «Zuwiderhandlungen können mit einer Geldstrafe von bis zu 300'000 Franken geahndet werden», sagt Staatsrat Serge Dal Busco. Drei Tage später erklärt das Bundesamt für Justiz, dass dies gegen Bundesrecht verstösst.

Drohneneinsatz

Ab April setzt die Genfer Polizei Drohnen ein, um die Einhaltung der Corona-Massnahmen zu überwachen. Diese böten einen Blick von oben, um die Präsenz von Personengruppen im öffentlichen Raum besser beobachten zu können, sagt ein Sprecher. Drohnen «ermöglichen es zudem, schwer zugängliche Orte zu überfliegen.»

Maskenobligatorium gefordert

Am 11.5. ruft die Kantonsregierung die Bevölkerung eindringlich auf, in öffentlichen Verkehrsmitteln Masken zu tragen, wann immer der 2-Meter-Abstand nicht eingehalten werden könne. Gleichzeitig kritisiert sie den Bundesrat, da dieser in der Woche zuvor auf ein Maskenobligatorium verzichtet hat. Diese Entscheidung stelle ein «offensichtliches Gesundheitsrisiko» dar.

BROOKLYN

Veranstaltungsreihe «Ausnahme-Zustand»

Erst ab 6. Juni 2020 waren Veranstaltungen wieder erlaubt.

Thomas Göttin, Leiter des Polit-Forums Bern, erläutert in seiner Einleitung zur ersten Veranstaltung am 17. Juni:

«Vom ersten Tag des Lockdowns an war für uns klar, dass wir diese Zeit laufend aufarbeiten wollen und dass wir am Tag, wenn wir wieder öffnen können, mit einer Diskussionsreihe über die Folgen für Demokratie und Gesellschaft starten werden. Wenn das Polit-Forum Bern den Anspruch hat, am Puls der Zeit zu sein, dann wie, wenn nicht jetzt zu diesem Thema.
Ich bin überzeugt: Massnahmen müssen in einer Demokratie diskutiert werden, niemand ist Experte für alles und Diskussion hilft uns allen bei der Einordnung. Es geht auch um Rechenschaft: was war gut vorbereitet, was war richtig und falsch entschieden, welche Lehren ziehen wir. Wenn wir in einer Demokratie zum äussersten Instrument des Notstandes greifen, dann erstens zeitlich begrenzt und mit Rechenschaftspflicht dem Parlament, der Öffentlichkeit und der Bevölkerung gegenüber.»
Der Ausnahme-Zustand und die Massnahmen gegen die Verbreitung des Corona-Virus hatten und haben Einfluss auf alle Bereiche der Gesellschaft: die Demokratie, das Gesundheitswesen, die Wirtschaft, die Kultur und nicht nur in der Schweiz, sondern auf der ganzen Welt. In sechs Veranstaltungen diskutierten wir von Mitte Juni bis Ende August folgende Themen:

17. Juni 2020:
Eine erster Einordnungsversuch

23. Juni 2020:
Folgen für die Demokratie: Notstand nach Gebrauch zurück

1. Juli 2020:
Globale Sicht: Corona global

3. August 2020:
Folgen für die Wirtschaft: Niemand wird allein gelassen?

20. August 2020:
Folgen für das Gesundheitswesen

26. August 2020:
Stellenwert der Kultur

Ausschnitte aus den Diskussionen sind auf den folgenden Seiten aufgeführt und die ganzen Gespräche können auf youtube.com/politforumbern nachgeschaut werden.

Ein erster Einordnungsversuch

17. Juni 2020

Claude Longchamp,
Politologe

Thomas Göttin,
Leiter Polit-Forum Bern

Der Ausnahme-Zustand von März bis Mai beeinflusste alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Polit-Forum Bern versucht einen ersten provisorischen Überblick und bittet den Politologen Claude Longchamp um eine erste Einordnung.

Claude Longchamp analysierte die Arbeit von Bundesrat, Verwaltung und Lobbies, skizzierte aber auch bereits erste langfristige Auswirkungen der Krise. Die Einführung in die neue Veranstaltungsreihe besorgte Thomas Göttin, Leiter des Polit-Forums Bern.

Diskussion als zentraler Vorteil der Demokratie

Ich begrüsse die Besucher:innen zur ersten Veranstaltung nach dem Lockdown. Die unmittelbare, persönliche Diskussion ist für uns ein unverzichtbarer Teil der Öffentlichkeit.

Die Diskussion über Alternativen ist Basis für die Lernfähigkeit, was ein zentraler Vorteil der Demokratie gegenüber anderen, autoritären Strukturen ist. Ohne das wären wir eine post-demokratische Gesellschaft, wie Claude Longchamp geschrieben hat.

Unsere Perspektive liegt naturgemäss auf kritischen Punkten als Basis für die Diskussion: Was wollen wir weiter so machen, was wollen wir besser machen, was wollen wir sicher nicht mehr und was ist ungerecht, so ein Vorschlag für Leitfragen von Carolin Emcke.

Thomas Göttin, Leiter Polit-Forum Bern

Wir haben es geschafft?
Der normale Diskurs hier in der Schweiz ist «Wir haben es geschafft». Alain Berset hat gesagt: «Wir können Corona». Und so ist der Eindruck: «Ja, wir haben das gut gemacht. Wir haben es geschafft». Wir haben das auch insgesamt gut gemacht. Das ist ja nicht ganz falsch für die Schweiz, aber es täuscht massiv. Die Weltpresse hat am Wochenende erklärt, dass es erst am Samstag, 13. Juni 2020, den bisherigen Rekord an infizierten Menschen gegeben hat mit 130'000 an einem Tag weltweit.
Claude Longchamp, Politologe

Notrechtsdelegation für das Parlament
Vor zehn Jahren wurde diskutiert, dass wir einen Notstandsmodus in unserem Parlament einführen. Das Parlament hat das damals abgelehnt. Dabei gibt es ganz einfache Sachen, z.B. haben wir eine Finanzdelegation im Parlament. Das heisst in ganz kritischen Situationen gibt es sechs Super-Parlamentarier, welche zusätzliche Rechte haben, das Finanzdepartement und den Bundesrat zu kontrollieren bei kurzfristigen Entscheidungen, die man treffen muss und die man nicht anders treffen kann. Man könnte auch eine Notrechtsdelegation haben, nicht nur eine Finanzdelegation. Aber das Notrecht, das beschlossen worden ist, musste der Bundesrat von niemandem bewilligen lassen. Nein, es ist noch schlimmer: Die Einzigen, die das Notrecht des Bundesrates beurteilt haben auf seine Verhältnismässigkeit, ist das Bundesamt für Justiz, d. h. die Exekutive hat die Exekutive beurteilt.
Claude Longchamp, Politologe

Digitalisierung der Kommissionsarbeit
Das Parlament muss lernen, in Krisensituationen handlungsfähig zu sein. Das könnte z.B. die Digitalisierung der Kommissionsarbeit sein. Das könnte auch ein Stellvertreterparlament sein, das einfach reduziert ist, ein Viertel oder ein Drittel. Das ist von mir aus gesehen absolut wichtig und ich glaube vor allem, das Parlament muss Instrumente entwickeln, mit denen es auch handlungsfähig ist gegenüber eine handlungsfähiger gewordenen Regierung.
Claude Longchamp, Politologe

Bundesrat und Lobbies in der Krise
Gelobt wurde, dass es möglich gewesen ist, diesen 20 – 30 Milliarden Kredit für die Schweizer Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Das ist möglich gewesen, weil das Finanzdepartement mit den Banken eine Konferenzschaltung gemacht hat mit 330 Telefonkonferenzteilnehmern. Diese haben in wenigen Minuten entschieden, wie das laufen soll und haben in höchst effizienter Art und Weise entschieden, dass es eine Freilimite gibt. Darunter muss man keine, darüber muss man wenig Zinsen zahlen. Und das ist an einem Sonntag entschieden worden. 250 Banker haben sich verpflichtet, dem Staat zu helfen, der Wirtschaft zu helfen, und 80 Beamte waren dabei. Alle kannten sich und die haben effizient an einem Sonntag entschieden. Das ist eine der beiden Massnahmen, die unsere Wirtschaft halbwegs noch gerettet hat.
Claude Longchamp, Politologe

Investitionen ins Mediensystem
Ich glaube auch, dass es Investitionen ins Mediensystem braucht, wobei ich nicht weiss, ob sie mehr staatlich oder mehr privat sein sollen. Aber es braucht sie auf jeden Fall. Weil sonst kommen wir hier für die Demokratie in eine kritische Phase. Nicht für die Unternehmen: Solange die sich noch Dividenden ausbezahlen, hab ich nicht so viel Mitleid mit ihnen. Ich habe Mitleid mit der Demokratie, die leidet. Das muss ich gleich sagen, die leidet wirklich und sie ist am Kipppunkt in Sachen Medien.
Claude Longchamp, Politologe

Schulden und Schuldenbremse
Wie finanzieren wir das? Faktisch geht es um die einfache Frage: Wir haben eine Schuldenbremse, die wird uns verpflichten in sechs Jahren zurückzuzahlen, was wir da ausgegeben haben. Wir müssen dann wahrscheinlich in der Grössenordnung von 30–40 Mia. einsparen, das heisst fünf Mia. pro Jahr. Es sind sich alle im Klaren, das wird so nicht möglich sein. Ich glaube wir werden es etwa in 15 Jahren machen, das heisst wir werden etwa 2–2.5 Mia. abbezahlen pro Jahr. Wir müssen sie abtragen, sonst machen wir schon eine Dummheit. Aber jetzt kommt für mich das wichtigste, das ich in dieser Phase gelernt haben von meinem ehemaligen Chef Wolf Linder, mit dem ich nicht immer einig war: Wolf Linder hat gesagt, das ganze wird gemessen daran, ob wir das Abtragen der Schulden fair und solidarisch machen, oder ob jeder noch seine kleine Rechnung bilanzieren will mit oder wegen Corona.
Claude Longchamp, Politologe

Notstand nach Gebrauch zurück

23. Juni 2020

Regula Rytz,
Nationalrätin und Präsidentin Grüne Schweiz (bis Juni 2020)

Fritz Sager,
Professor am Kompetenzzentrum für Public Management Uni Bern

Markus Schefer,
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Uni Basel

Hans Stöckli,
Ständeratspräsident, SP

Der Notstand gibt der Regierung auf allen Staatsebenen viel Macht. Parlamente tagten nicht, die direkte Demokratie machte Pause. Was war und ist nötig, was zu viel, und wie funktioniert die Rückgabe von Notrecht.

Die Veranstaltung vom 23. Juni bot einen eindrücklichen Blick hinter die Kulissen der Parlamentsarbeit im Notstand durch Hans Stöckli und Regula Rytz. Gleichzeitig drehte sich die Diskussion bereits darum, welche Lehren zu ziehen wären, für das Parlament, für sein Verhältnis zu Bundesrat und der Justiz, und über die Zeit des Ausstiegs aus dem Notrecht.

Der Abbruch der Session

Das ist völlig unvorbereitet auf uns zu gekommen. Wir hatten am 13. März noch beschlossen, wir führen die Session zu Ende. Und dann kam der Samstag, 14. März 2020, mit den Schreckensnachrichten aus Italien, den Filmen, und dann kam der Sonntag mit 800 neuen Infektionen. Am Sonntagmorgen haben Isabelle Moret (Nationalratspräsidentin) und ich versucht, die Session noch zu retten und das Programm zu straffen. Und dann kam eine Elefantenrunde mit den Fraktionspräsidenten, das war sehr eindrücklich, und das war sonnenklar. Nur einer wollte weiter fahren, die andern nicht mehr. Und wir haben uns gesagt: wer ist zuständig? Das ist jetzt

nicht geregelt. Sollen wir uns als Parlament am Montag zusammen raufen und entscheiden dass wir abbrechen mit der Gefahr dass sich noch Leute anstecken? Dann haben wir, die beiden Büros, einstimmig entschieden die Session abzubrechen.
Hans Stöckli, Ständeratspräsident

Die Arbeit von Bundesrat und Verwaltung
Das war wirklich eine unglaubliche Geschichte. Der Bundesrat hat Tag und Nacht mit der Verwaltung zusammen diese Notverordnungen entwickelt. Es ging um etwa 60 Milliarden Franken. Da kommt es schon drauf an, wie das genau formuliert ist. Und da haben natürlich Hunderte von Juristinnen, Juristen und Fachleuten Tag und Nacht mitgearbeitet. Wir haben sie ja gesehen: bleich von übernächtigten Arbeitssitzungen.
Regula Rytz, Nationalrätin Grüne Schweiz

Verhältnis Bundesrat und Parlament
Aber wir als Parlament haben diese Ressourcen nicht. Und dort müssen wir wirklich dranbleiben. Weil dort gibt es für mich ein Missverhältnis, das immer mehr ans Tageslicht gekommen ist: Am Anfang unter dem Schock dieser Gesundheitskrise hat der Bundesrat sehr rasch und gut gehandelt zusammen mit den Verwaltungen. Aber jetzt hat der Bundesrat doch sehr willkürlich gegen die Empfehlungen des Parlamentes z.B. die Hilfe für die Selbständigen, die Kulturschaffenden, das Eventgewerbe wieder aufgehoben, einfach sang- und klanglos ohne uns anzuhören. Zack, bumm – das geht nicht. Und da müssen wir wirklich jetzt verbindliche Regeln schaffen, damit das das nächste Mal nicht mehr möglich ist.
Regula Rytz, Nationalrätin Grüne Schweiz

Wir haben viel auf der grünen Wiese konstruieren müssen. Das Parlament hat auch ein Notverordnungsrecht und das haben wir zu wenig entwickelt. Zweite Erfahrung: In einer solchen Situation braucht es den Dialog unter den Gewalten, den haben wir tagtäglich geführt. Wir haben Gentlemen's Agreements eingeführt: Der Bundesrat hat sich verpflichtet, auf Fragen der Kommissionen, die alle tagen konnten, zu antworten. Der Bundesrat wollte übrigens eine Vollmachtenkommission, ein Relikt aus dem 2. Weltkrieg, das haben wir abgelehnt. Ausgerechnet in einer schwierigen Situation müssen wir die Sachkompetenz der Kommissionen nicht über Bord werden.
Hans Stöckli, Ständeratspräsident

Anpassung der Regeln
Das hat funktioniert, das war eben Schöpfung, die kreative Phase des Lockdowns. Diese Agreements müssen wir jetzt auch in Normen umsetzen, weil es ist nicht immer so, dass der Bundesrat mit macht. Die Kontrolle des Parlamentes muss auf die entscheidende Frage gehen, gibt es einen Notstand oder nicht. 2010 hatten wir eine Delegation beantragt, das hat der Ständerat damals abgelehnt, ich denke jetzt ist es reif: Wie bei der Finanzdelegation braucht es eine Delegation, die den Entscheid sanktioniert, es liegt eine Notlage vor. Das Parlament muss sich selbst auch Regeln geben, weil wir müssen tagen, wir müssen uns in Bern versammeln, und wenn nicht, dann braucht es einen Beschluss. Wir können nicht delegieren. Dementsprechend müssen wir unsere eigenen Regeln anpassen.
Hans Stöckli, Ständeratspräsident

Krisenzeit ist Regierungszeit
Einerseits gibt es die Struktur, die uns die Partizipation sichert und das legitimiert den Staat, wenn wir partizipieren können. Andererseits zieht der Staat aber auch sehr viel Legitimation daraus, dass er die Probleme lösen kann. Und die Probleme kann er lösen weil er Handlungsfreiheit hat. Und diese Handlungsfreiheit, die ist sehr wichtig.
Fritz Sager, Professor am Kompetenzzentrum für Public Management, Universität Bern

Kein Notfallpatriotismus
Sie haben gesagt: «Ja, in dieser Situation musste man hinter dem Bundesrat stehen. Man konnte nicht nörgeln, dann bricht alles zusammen, weil die Bevölkerung dann nicht mehr mitmacht.» Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt. Aber es ist eine feine Linie zwischen Unterstützung des Bundesrates in einer schwierigen Situation, in der diese Gefahrenlage nur gemeistert werden kann, wenn man ihn unterstützt. Und dass man nicht in einen gewissen Notfallpatriotismus hineinkommt.
Markus Schefer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Basel

Corona Global
1. Juli 2020

Ira Amin,
Lateinamerikaspezialistin,
vivamos mejor

Olivia Keiser,
Epidemiologin am Global Health Institut,
Universität Genf

Ruedi Küng,
ehem. Afrika-Korrespondent SRF

Weltweit haben Länder und Gesellschafen ganz unterschiedlich auf die Coronakrise reagiert. Warum ist das so und was sind die Erfahrungen? Wo liegen die Unterschiede, was sind ihre Voraussetzungen und was die Folgen der Massnahmen in unterschiedlichen Ländern.

Pascal Nufer, der bei Ausbruch des Virus für eine Fernseh-Dokumentation in China weilte, konnte als Augenzeuge über die Situation in China berichten. Darüber hinaus gab die Veranstaltung eine faszinierende, nachdenklich stimmende Übersicht über den Stand der Corona-Pandemie und der sozialen Folgen in drei Kontinenten. Fast überall wurden frühe und strenge Lockdowns durchgeführt, in Afrika und Südamerika teilweise früher als in der Schweiz. Trotzdem steigen die Zahlen positiv getesteter Menschen in vielen Ländern weiter an.

Grundsätzlich hat überall in den letzten Jahrzehnten die sozialen Ungleichheit zugenommen und die Fragilität der Gesellschaft. Viele auch jüngere Menschen vor allem in Lateinamerika gehören zudem schon zu den Risikogruppen, namentlich wegen Übergewicht und Diabetes.

Pascal Nufer,
ehem. Südostasien/
China-Korrespondent SRF

Erste Informationen

Es war am 13. Januar 2020, da waren wir irgendwo quasi auf dem Peak des Himalayas über einem hohen Pass. Da habe ich das erste Mal von diesem Virus gelesen. Das war, als ein erster Fall in Thailand aufgetaucht ist. Und das war, das ist heute verbrieft: der erste Fall einer Chinesin, die nach Thailand gereist ist, dort getestet wurde und bei der man das Coronavirus festgestellt hat. Das war auch der Moment, als die Kaskade in der internationalen Berichterstattung losging.

Pascal Nufer, ehemaliger Südostasien- und Chinakorrespondent SRF

Lockdown in Wuhan und Schanghai

Dann begann das chinesische Neujahr um den 22./23. Januar. Zu dem Zeitpunkt waren schon 3 Mio. Chinesen aus Wuhan weggereist, weil viele in ihre Heimatdörfer fuhren. Wir waren in Dali, das ist ein sehr touristischer Ort, und die chinesischen Touristen strömten ein. Die kamen an und dann wurde uns plötzlich bewusst: «Vielleicht kommen die ja aus Wuhan.» Und das war dann zum ersten Mal als wir merkten, dieses Virus ist hier, das ist überall. Und dann wurde Wuhan dicht gemacht. Wir flogen dann noch weiter nach Shanghai, wo wir noch bis zum 27. Januar 2020 waren. Dann wurde auch Shanghai nach und nach dicht gemacht, die Läden wurden geschlossen. Erst da begriff ich langsam den Ernst der Lage.

Pascal Nufer, ehemaliger Südostasien- und Chinakorrespondent SRF

Lockdown und informeller Sektor

Was man kritisiert an den lateinamerikanischen Ländern ist, dass sie Massnahmen umgesetzt haben, die kopiert wurden von Europa, ohne dass der Staat das gleiche soziale Angebot bieten kann. Einen strikten Lockdown durchzuführen mit einer Bevölkerung die zu 50 Prozent im informellen Sektor arbeitet, da kommen die Leute in drei Wochen ans Existenzminimum. Und zum Beispiel in Guatemala haben die Leute einen Monat nach dem Lockdown an ihren Häusern weisse Tücher aufgehängt, um Hunger zu signalisieren.

Ira Amin, Lateinamerikaspezialistin, Stiftung vivamos mejor

Die Menschen im informellen Sektor kann man letztlich nicht einsperren. Mit hat ein Freund in Kenia gesagt – die Leute werden übrigens informiert, jemand in Ghana hat mir gesagt, die Medien und die Regierung trommelt uns den ganzen Tag voll mit Warnungen – sie wissen um das Virus und haben auch Angst, aber sie haben noch viel mehr Angst vor Existenzverlust. Am Morgen in Nairobi, und das ist in tausenden Städten auch so, sammeln sich die Menschen und warten auf eine Arbeit. Und diese Menschengruppen wachsen.

Ruedi Küng, ehem. Afrikakorrespondent SRF

Folgen in Afrika

Wenn wir von den wirtschaftlichen Folgen dieser Epidemie in Afrika reden, dann kann man wahrscheinlich nicht schwarz genug malen. Und es zeigt sich jetzt schon, dass die Folgen verheerend sind für ganz viele Menschen, die wirklich um die Existenz kämpfen. Wenn Sie ein Beispiel nehmen, Kenia lebt zu einem guten Teil von dem Export von Blumen aus Naivasha. Ich denke das haben Sie alle schon einmal festgestellt, wenn Sie in die Migros oder Coop gingen und geschaut haben, woher diese Blumen kommen. Und von einem Tag auf den anderen ist diese ganze Produktion einfach zusammengebrochen, weil keine Flugzeuge mehr flogen.

Ruedi Küng, ehem. Afrikakorrespondent SRF

Erfahrungen mit HIV und Tuberkulose

In Afrika gibt es die community health care workers, und die sind sehr involviert, schon in der HIV-Prävention und für Tuberkulose. Gerade für Tuberkulose hat man immer schon das contact tracing gemacht, auch bei Ebola, das Isolieren der Fälle und die Quarantäne soweit möglich.

Olivia Keiser, Epidemiologin am Global Health Institut, Universität Genf

Anstieg der Infektionen weltweit

Die Regionen Asien und Europa haben eigentlich den ersten Peak der Welle hinter sich und haben es jetzt geschafft, die Epidemie vorerst ein wenig einzudämmen. An einigen Orten beginnt jetzt wieder ein neuer Anstieg, während wir in anderen Ländern, wie in vielen Staaten in den USA, Südamerika und Afrika, voll im exponentiellen Anstieg sind.

Olivia Keiser, Epidemiologin am Global Health Institut, Universität Genf

Niemand wird allein gelassen

13. August 2020

Jacqueline Badran,
Nationalrätin (SP ZH)

Peter Grünenfelder,
think-tank avenir suisse

Nadine Hietschold,
Dozentin BFH Wirtschaft Bern

Markus Kaufmann,
Geschäftsführer SKOS

Wer ist am stärksten betroffen und wer droht durch die Maschen des sozialen Netzes zu fallen?

«Niemand wird allein gelassen» war eine der zentralen Aussagen von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga zu Beginn des Lockdowns im März. Viele, die von den Schliessungen direkt oder indirekt betroffen waren, haben sich später darauf bezogen. In dieser Veranstaltung diskutierten Expertinnen und Experten unter verschiedenen Blickwinkeln die wirtschaftlichen Folgen der ersten Welle – zu einer Zeit, als die Auswirkungen der zweiten Welle noch nicht absehbar waren.

Claude Meier,
Direktor Hotellerie Suisse

Ursina Kuhn,
Schweizer Kompetenzzentrum
Sozialwissenschaften FORS

Krise der Kleinen
Wir haben eine Krise der Kleinen, was sehr, sehr untypisch ist für Konjunktur- oder für Wirtschaftseinbrüche. Normalerweise fängt es oben an und sickert dann nach unten durch. Es gibt Arbeitslosigkeit, die Leute gehen weniger ins Restaurant essen und dann werden die angesteckt. Dieses Mal ist es mit Ausnahme typischer Branchen, also der Fluggesellschaften, von unten gekommen. Also, es ist das kleine Restaurant und der kleine Drucker, der plötzlich, weil es keine Events mehr gibt, keine Flyer und Plakate drucken kann, und so weiter.
Jacqueline Badran, Nationalrätin SP Zürich

Schlimme Situation im Hotelgewerbe
Hier erwähne ich den Tiefpunkt in der Schweiz, das ist Genf. Dort ist eine Auslastung von etwa maximal 10 bis 20 Prozent. Als Durchschnittswert, damit ein Betrieb in die schwarze Zahlen kommt, braucht es vielleicht als Richtgrösse 60 Prozent Auslastung. Das heisst also, wir haben Genf als schlimmste Version. Wir haben dort 84 Hotelbetriebe, die bei uns Mitglied sind, und ein Drittel dieser Mitglieder haben nach wie vor geschlossen. Es lohnt sich schlichtweg nicht. Und diejenigen, die offen haben, die haben eine Auslastung von 10 bis 20 Prozent.
Claude Meier, Direktor Hotellerie Suisse

Fast alle KMU betroffen
Da kam tatsächlich raus, dass weniger als ein Prozent der mitmachenden KMUs gesagt haben, sie sind gar nicht betroffen und alle anderen sind in irgendeiner Weise betroffen. Und 11.5 Prozent haben sogar gesagt, dass sie existenzbedrohend betroffen sind. Und Sie müssen sich vorstellen, das ist zu einem relativ zeitigen Zeitpunkt in der Krise des Lockdowns gewesen. Das kann jetzt vielleicht auch schon wieder schlimmer sein.
Nadine Hietschold, Dozentin BFH Wirtschaft Bern

Zunahme von psychischen Krankheitsfällen
Was mir persönlich am meisten Sorgen macht: die Zunahme an psychischen Erkrankungen. Wenn man schliesst, eine Perspektive von einem Tag auf den andern wegnimmt, was das bedeutet in unzähligen Betrieben, Kleinbetrieben. Wir haben – valide Daten liegen noch nicht vor – eine massive Zunahme von psychischen Krankheitsfällen. Wir müssen wieder eine Perspektive geben, Entscheidungsparameter müssen bekannt sein, es reicht nicht jeden Tag COVID-19 Neuansteckungen zu publizieren.
Peter Grünenfelder, Avenir Suisse

Grenzen der Sozialhilfe
Es können nicht – wenn wir heute 280 000 Personen in der Sozialhilfe haben – eine halbe Million oder 700 000 Personen in der Sozialhilfe sein. Für das ist dieses System zu tief. Das würde auch unser Land in eine ganz spezielle Situation bringen. Hier müssen wir natürlich schauen, dass die vorgelagerten Systeme weiterhin so funktionieren, damit nicht ganz viele Leute dort reinkommen. Im Moment rechnen wir mit etwa 30 Prozent mehr. Das macht etwa eine Milliarde mehr pro Jahr.
Markus Kaufmann, Geschäftsführer Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Auswirkung der Krise
Ich würde erwarten, dass diese Krise sich mehr auf den unteren Teil der Einkommensverteilung auswirkt, dass man einen Anstieg längerfristig von Armut sieht, dass das Einkommen zurück geht. Ich erwarte jetzt nicht einen grossen Anstieg der Ungleichheit, aber was ungewöhnlich ist, es betrifft die tiefen Einkommen, die sogar noch stärker als die andern betroffen sind.
Ursina Kuhn, Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS

Perspektive wichtig
Das Thema «Es wird niemand alleine gelassen», das muss man erfüllen. Das meine ich wirklich ernst. Und nicht nur wegen den Individuen, sondern eben auch wirtschafts- und konjunkturpolitisch. Und eben auch, um den Leuten eine Perspektive zu geben. In diesen paar tausend Mails, die ich bekommen habe: In mindestens jedem zweiten steht «Frau Sommaruga hat doch gesagt, ihr lasst mich nicht allein. Aber jetzt werde ich alleine gelassen.»
Jacqueline Badran, Nationalrätin SP Zürich

Die Folgen für das Gesundheitswesen

20. August 2020

Jérôme Cosandey,
Directeur romand und Forschungsleiter
Sozialpolitik, avenir suisse

Die Coronakrise hat Mängel im Gesundheitswesen offen gelegt: Was sollte ein nächstes Mal besser gemacht werden?

Gegenstand der Diskussion war weniger der Umgang mit dem Virus oder den Patientinnen und Patienten – die Dimension der zweiten Welle war noch nicht absehbar – sondern vor allem die Frage, wie Spitäler und generell das Gesundheitswesen auf die Krise im Frühjahr reagiert haben und wo in Zukunft Verbesserungen nötig wären.

Marc Höglinger,
Winterthurer Institut für Gesundheits-
ökonomie

Annamaria Müller,
Verwaltungsratspräsidentin Freiburger
Spital HFR

Schnelle Anpassung

Ich finde es eben wirklich erstaunlich, wie gut sich eigentlich die gesamte Gesellschaft – inklusive Gesundheitswesen, aber auch viele andere Bereiche wie die öffentliche Infrastruktur, auch die Leute in den normalen Büros und Fabriken etc. – recht schnell angepasst hat an die neuen Bedingungen unter dem Lockdown. Das war ja das Einschneidendste, wie die damit umgegangen sind und wie da vieles ziemlich normal weiter funktioniert hat.

Marc Höglinger, Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie

Zeit der Unsicherheit

Das Problem war, man hat die Kurve ansteigen gesehen und man hatte keine Ahnung, wo das aufhört. Zum Glück hat man nach dem Ausrufen des Ausnahme-Zustands die Kurve auch effektiv relativ gut in den Griff bekommen. Die ist auch abgeflacht. Aber das wusste man nicht. Das Personal hat ja auch zur Gruppe gehört, die erhöhtem Risiko ausgesetzt ist, und es sind ja auch relativ viele Personen dann erkrankt, auch im HFR. Glücklicherweise, je näher an den COVID-Patienten, umso geringer war die Ansteckung. Es sind dann vor allem in der Administration viele krank geworden und da war einfach das grosse Problem. Was machen wir mit dem Ansturm? Die Betten allein sind nicht das Problem. Wir haben uns überlegt, dass wir beispielsweise irgendwie im Forum Fribourg, das ist so eine Art BEA Expo, einfach eine Halle füllen. Also von der Infrastruktur her wäre das wahrscheinlich schon gegangen. Aber wer schaut dann zu den Leuten? Das Personal kann nicht einfach 600 Betten irgendwo hinstellen und dann denken jetzt funktioniert das Feldlazarett von alleine.

Annamaria Müller, Verwaltungsratspräsidentin Freiburger Spitäler HFR

Alle Akteure des Gesundheitssystems einbeziehen

Wenn man es schafft die Leute, die nicht COVID-Patienten sind, irgendwie zuhause oder ambulant zu behandeln, damit sie nicht noch in dieser Krise die Infrastruktur belasten. Und wenn man es schaffen kann, dass es in Pflegeheimen nicht grosse Ansteckungen gibt und so weiter. Also, dass man wirklich alle Akteure im Gesundheitssektor in diese flexible Planung einbezieht. Dann denke ich, können wir nachher das hochgebildete Personal, das genau weiss, wie man ein Beatmungsgerät bedient, wirklich schonen. Das scheint mir ganz wichtig.

Jérôme Cosandey, Directeur romand und Forschungsleiter Sozialpolitik, Avenir Suisse

Zentrale Planung vorsehen

Was mir aufgefallen ist und wo ich wirklich ein bisschen gestaunt habe, ist, dass man einfach die ganze Betreuung der COVID-Patienten als kantonale Sache gemacht hat. Also wir hatten Kantone wie das Tessin, die überflutet wurden, die sich quasi um ihre eigenen Patienten kümmern mussten. Und je weiter nach Nordosten man gekommen ist, umso weniger belastet war das Gesundheitssystem. Und ich denke, für eine nächste Pandemie müsste man schauen, dass man wirklich die freien Kapazitäten irgendwo zentral einsehen und steuern kann und wir nicht an einem Ende der Schweiz ein komplett überfordertes Gesundheitswesen haben und am anderen Ende quasi Däumchen drehen und über Ertragsausfälle jammern. Ich bin jetzt ein bisschen pointiert.

Also wir brauchen ein Gesundheitswesen, das den Bedürfnissen der Leute entspricht und nicht quasi eine Maschinerie am Laufen hält, nur damit keine Betten leer stehen und damit keine Personen nichts zu tun haben. Aber das ist ein anderes Feld.

Annamaria Müller, Verwaltungsratspräsidentin Freiburger Spitäler HFR

Stellenwert der Kultur
26. August 2020

Philippe Bischof,
Direktor Pro Helvetia

Wie verändert sich Kultur in der Krise und wie die gesellschaftliche Praxis im Umgang mit Kultur?

Es war eine Diskussion mit ausserordentlich vielen relevanten Aspekten: über Vor- und Nachteile der neuen digitalen Formen, Fragen zu Finanzierung, Sponsoring und Förderung, zur Rolle von Kunst, demokratischen Werten und globalem Austausch bis zu den dunklen Aussichten für das kommende Jahr.

Anneli Binder,
Geschäfts- und künstlerische Leitung
Dampfzentrale

Andreas Ryser,
Mouthwatering Records und
Präsident IndieSuisse

Raphaël Brunschwig,
Chief Operating Officer Locarno
Film Festival

Grenzen des Föderalismus
Es geht darum, die kulturelle Infrastruktur und die Freischaffenden zu unterstützten, damit sie in dieser wirklich existenzgefährdende Situation einigermassen über die Runde kommen.
Es ist so, und das muss ich wirklich hier deutlich sagen: der Bundesrat und auch die Schweizer Politik bislang haben ein klares Zeichen zur Unterstützung gesetzt. 390 Millionen ist der Stand heute. Das ist toll für die kleine Schweiz. Aber dieses System zeigt genau auf, wo im Sozialsystem die Probleme liegen, wo auch der Föderalismus, den ich grundsätzlich in der Kultur sehr schätze, an seine Grenzen kommt in einer solchen Notsituation. Das finde ich das Brutale daran, das haben wir auch als quasi Ausführende bzw. Vorbereitende Stück für Stück gelernt. Ein übergeordnetes System, das dann föderalistisch runtergebrochen und individualisiert angewendet wird, zeigt gnadenlos alle Lücken im System auf.
Philippe Bischof, Direktor Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia

Sponsoring auf der Kippe
Das Filmfestival Locarno wurde Anfang August durchgeführt: Es nicht durchzuführen hätte ein höheres Defizit gebracht. Das erste wichtigste Ziel war Überleben. Alles was wir gemacht haben wurde so konzipiert, dass es uns auch in der Zukunft dient.
Ein Drittel unserer Finanzierung sind private Gelder. Klar, ein Main-Partner von uns, der das eh schon budgetiert hat als grosse Firma im April, die können grosszügig entgegenkommen. Wenn man ihnen einen Grund gibt, wieso man es trotzdem machen kann. Aber in einem zweiten Jahr, dass die Partner so grosszügig hinter einem stehen, das sehe ich nicht.
Raphaël Brunschwig, Chief Operating Officer Locarno Film Festival

32 Gesuche pro Musik-Band
Das heisst, wir haben rund 220 Konzerte verschoben – bis Ende August. Und jetzt haben wir all diese Konzerte, vor allem die internationalen Konzerte nochmal bis nächstes Jahr verschoben. Also wir haben jetzt fast alle Konzerte schon zwei Mal verschoben. Das Wenigste, das wir an Gesuchen machen mussten in einer ersten Runde waren 32 Gesuche für eine einzige Band, die aus drei Kantonen kommt und wo drei GmbHs involviert sind, also drei verschiedene Firmen. Es ist ein unfassbarer Aufwand.
Andreas Ryser, Mouthwatering Records und Präsident IndieSuisse

Digitalisierung der Kultur?
Gerade die Musik war als erste getroffen von der digitalen Umstellung, 2000/01 mit napster und der ganzen Piraterie. Sie hat sich darauf eingestellt, streaming kann funktionieren, nicht für alle, es kommt einfach darauf an wie grosse der Markt ist. Kleine Nischenmärkte haben ein Problem beim streaming.
Andreas Ryser, Mouthwatering Records und Präsident IndieSuisse

Die Magie eines Filmfestivals und die Einzigartigkeit kann man nicht online replizieren. Aber wie man das Business ausweiten kann, ist 90% digital: zum Beispiel Kulturvermittlung oder wie kann man die academy oder andere Aktivitäten für die Filmbranche online positionieren.
Raphaël Brunschwig, Chief Operating Officer Locarno Film Festival

Ich möchte einen Punkt einbringen: Die demokratische Dimension der Kultur. Es geht ja weniger darum, dass ich die Live-Lesung höre, aber die Diskussion danach, das politische Moment des Widerspruchs, ist zwar auf zoom übertragbar, aber begrenzt sinnvoll und vor allem begrenzt lustvoll.
Philippe Bischof, Direktor Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia

Mir ist eins wichtig: Kunst, Kultur, Tanz, Musik müssen zugänglich sein. Mir stösst das extrem auf, dass ich jetzt Menschen davon ausschliessen muss, weil wir nicht genug Platz haben, weil sie zu Risikogruppen gehören etc.. Ich wage einen Blick nach England. Das ist ein Land, das mir sehr vertraut ist und wo ich mit vielen Künstler:innen und Institutionen arbeite. Die haben ein ganz anderes Fördersystem als wir. Und dort gehen reihenweise Theater zugrunde und das wird nicht wieder herstellbar sein.
Anneli Binder, Geschäfts- und künstlerische Leitung Dampfzentrale Bern

Nur Notmassnahmen?
Fatal wäre zu sagen: «Wir legen jetzt alles in Notmassnahmen». Dann wird nur noch Not gekittet. Wir müssen zugleich die Entwicklung weiterfördern, die Kreativität weiterfördern.
Philippe Bischof, Direktor Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia

Kunst hat ein strukturveränderndes Potential, und dass das jetzt wieder in Frage gestellt wird, das kann nicht sein. Dafür müssen wir den Schulterschluss machen mit allen im Kultursektor, dass wir nicht durch diese Pandemie wieder dahinter zurück fallen.
Anneli Binder, Geschäfts- und künstlerische Leitung Dampfzentrale Bern

Zeitstrahl

Ein zeitlicher Überblick über die wichtigsten behördlichen Massnahmen und Entwicklung der Zahlen zwischen dem 24.2.2020 und dem 28.2.2021.

24.2.

Erster bestätigter Coronavirus-Fall in der Schweiz (TI)

28.2.

«Besondere Lage» in der Schweiz und Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 1'000 Personen.

3.3.

Mehr als 100 bestätigte Fälle in der Schweiz (Total: 120)

5.3.

Erster Todesfall durch/mit Coronavirus in der Schweiz (VD)

13.3.

Verschärfung der Massnahmen gegen das Coronavirus ab sofort: keine Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen, Verbot Schulunterricht vor Ort bis am 4.4. und maximal 50 Personen in Restaurants und Bars.

Rund 10 Mrd. für Kurzarbeitsentschädigung und wirtschaftliche Soforthilfe.

16.3.

«Ausserordentliche Lage» ab Mitternacht bis 19.4. Schliessung aller Läden, Märkte, Bars, Restaurants und Freizeitbetriebe, sowie Verbot von öffentlichen und privaten Veranstaltungen.

20.3.

Verbot von Ansammlungen von mehr als 5 Personen und Aufforderung, dass die Bevölkerung zu Hause bleiben soll.

Massnahmenpaket von 32 Mrd., davon 20 Mrd. für Überbrückungskredite.

23.3.

Höhepunkt der bestätigten Fälle an einem Tag: 1'464

27.3.

Höhepunkt der Hospitalisationen an einem Tag: 205

2.4.

Höhepunkt der Todesfälle an einem Tag: 60

3.4.

Der Bundesrat beschliesst die Erhöhung der Überbrückungskredite von 20 auf 40 Mrd.

8.4.

Verlängerung der Massnahmen bis 26.4. und Ankündigung einer etappenweisen Lockerung, die noch im April beginnen soll.

30.5.

Lockerung des Versammlungsverbots im öffentlichen Raum von 5 auf 30 Personen.

27.5.

Der Bundesrat beschliesst per 6.6. weitere grosse Öffnungsschritte und den Ausstieg aus der ausserordentlichen Lage am 19.6.

Seit 1.5.

Weniger als 100 bestätigte Fälle pro Tag.

29.4.

Bekanntgabe der Lockerung eines Grossteils der Notmassnahmen bereits auf den 11.5.

3.6.

Öffnung der Grenze nach Italien, aber nicht von Italien in die Schweiz.

2.6.

Aktuelle Fallzahlen in der Schweiz:
30'893 bestätigte Fälle
3'840 Hospitalisationen
und 1'659 Todesfälle

(kumuliert seit 24.2.)

6.6.

Private und öffentliche Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen sind wieder erlaubt.

15.6.

Öffnung der Grenzen zu Österreich, Deutschland und Frankreich.

19.6.

Geplanter Ausstieg aus dem Notrecht und Rückkehr von der «ausserordentlichen» zur «besonderen Lage».

19.6.

Ende der «ausserordentlichen Lage» und Rückkehr in die «besondere Lage».

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 37 Fälle/R-Wert: 1,73

20.6.

Demonstrationen mit mehr als 1'000 Personen wieder erlaubt, aber nur mit Maske.

22.6.

Veranstaltung bis 1'000 Personen wieder möglich. Homeoffice-Empfehlung. Keine Mitternachtssperrstunde und Sitzpflicht in Restaurants mehr. Mindestabstand neu 1,5m statt 2m.

25.6.

SwissCovid App (Contact Tracing) erhältlich.

6.7.

Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr. Ab 15.8. Maskenpflicht auch in Flugzeugen.

20.7.

Einreise aus mehreren Nicht-Schengen-Staaten wieder erlaubt.

25.9.

Parlament verabschiedet dringliches Covid-19-Gesetz (Corona-Notverordnungen wo notwendig in ordentliches Recht überführen) und Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise bis Ende 2021 mit rund 900 Mio. Franken.

1.10.

Grossveranstaltungen mit mehr als 1'000 Personen wieder erlaubt: mit Schutzkonzept, i.d.R. mit Sitzplatzpflicht und Bewilligung durch Kantone nötig.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 602 Fälle/R-Wert: 1,75

18.10.

Bundesrat beschliesst an a.o. Sitzung per 19.10. schweizweit:

- max. 15 Personen im öffentlichen Raum
- Sitzpflicht in Restaurants, Bars und Clubs drinnen und draussen.
- Maskenpflicht in öffentlichen Innenräumen, Bahnhöfen, Flughöfen und an Haltestellen.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 1'789 Fälle/R-Wert: 1,36

28.10.

Bundesrat beschliesst an a.o. Sitzung per 29.10. zusätzlich:

- Diskos geschlossen, Restaurants und Bars mit max. 4 Personen / Tisch.
- Veranstaltungen mit max. 50 Personen (Ausnahme: Parlaments- und Gemeindeversammlungen).
- Freizeitaktivitäten in Innenräumen (max. 15) und private Veranstaltungen (max. 10).
- Maskenpflicht ab Sekundarstufe II.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 9'332 Fälle/R-Wert: 0.97

4.12.

Bundesrat beschliesst per 9.12. aufgrund äusserst angespannter epidemiologischer Lage weitere Beschränkungen für Läden und Skigebiete. Zudem Empfehlung von Homeoffice und Treffen im Privaten nur mit 2 Haushalten.
Kantone werden zum Handeln aufgerufen.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 4'570 Fälle/R-Wert: 1

11.11.

Bundesrat erhöht Kredit für die Beschaffung eines Covid-19-Impfstoffs um 100 auf 400 Millionen Franken (aus bereits bewilligten Covid-19-Krediten im Armeebudget).

9.11.

Meldung über in Tests wirkungsvollen Corona-Impfstoff.

2.11.

Hochschulen müssen auf Fernunterricht umstellen. Präsenzunterricht in obligatorischen Schulen, Gymnasien und der Berufsbildung erlaubt.

Antigen-Schnelltests (zusätzlich zu den bereits angewendeten PCR-Tests) möglich.

11.12.

Bundesrat beschliesst per 12.12. bis 22.1.:

- Restaurants, Läden, Museen, Sport- und Freizeitanlagen schliessen um 19h und an Sonn-/Feiertagen.
- Verbot öffentlicher Veranstaltungen. Ausnahme: religiöse Feiern (max. 50 Pers.), politische Veranstaltungen und Versammlungen.
- Sport und Kultur: max. 5 Personen

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 4'709 Fälle/R-Wert: 0,97

18.12.

Bundesrat beschliesst vom 22.12. – 22.1.:

- Schliessung von Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen, sowie Restaurants (keine Ausnahme mehr für Festtage).
- Schnelltests neu auch bei Personen ohne erkennbare Symptome, z.B. als Teil des Schutzkonzepts in Altersheimen, Hotels oder am Arbeitsplatz.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 4'389 Fälle/R-Wert: 0,91

21.12.

Aufgrund mutierter Virusvarianten beschliesst der Bundesrat per sofort Einreiseverbot für alle Ausländer:innen aus Grossbritannien und Südafrika, Flugverkehrsverbot und rückwirkende Quarantäne für alle Personen, die seit dem 14.12. aus den beiden Ländern eingereist sind.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 5'669 Fälle/R-Wert: 0,97

28.2.21

Ursprünglich geplantes Ende der bundesrätlichen Massnahmen. Bund beschliesst in einem ersten Schritt die Öffnung von Läden, Museen und Aussenbereichen von Zoos und Freizeitanlagen. Weitere Massnahmen, wie z.B. geschlossene Restaurants, werden beibehalten.

13.1.21

Bundesrat verlängert und verschärft die Massnahmen per 18.1. bis 28.2.:

- Schliessung Läden / Märkte ausser für täglichen Bedarf.
- Homeoffice-Pflicht, wo möglich und verhältnismässig.
- Maskenpflicht in Innenräumen (inkl. Fahrzeuge) bei mehr als einer Person.
- Private Veranstaltungen und Ansammlungen im öffentlichen Raum: max. 5 Personen.

Aktuelle Tageszahlen in der Schweiz: 2'462 Fälle/R-Wert: 0,81 (Stand: 8.1. = letzte veröffentlichte Zahl)

4.1.21

Start Impfkampagne in der Schweiz.

Plakate der zweiten Welle

Demokratie

Die direkte Demokratie ist weiterhin eingeschränkt und die Funktion des Föderalismus in der Krise wird diskutiert. Es gibt Versbesserungsvorschläge für die Parlamentsarbeit in ausserordentlichen Situationen und es bilden sich neue Politphänomene. Aber wie gehen die Medien mit der Krise um? Und wie steht es um das Verhältnis von Politik und Wissenschaft?

Die Rolle von Versammlungen in der Demokratie

Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern, ©Béatrice Devènes

Foto: Unia/Silja Kohler

Gemeindeversammlung in Hausen, Foto: Martin Platter, Affolter Anzeiger

Verbesserungen für das Parlament

In der Lockdown-Phase haben alle Parlamente der Schweiz ausser dem Zürcher Kantonsparlament zeitweise die Arbeit eingestellt. Verbesserungsvorschläge:

- Notverordnungen des Bundesrats sollen dem Parlament innert einer Woche zur Genehmigung vorgelegt werden, und nicht wie heute erst nach sechs Monaten.
- Die Räte sollten imstande sein, Versammlungen auf elektronischem Weg durchzuführen.
- Die Ratsbüros müssen verpflichtet werden, in ausserordentlichen Situationen sofort Sitzungen anzuberaumen.

(alle drei: Zentrum für Demokratie ZDA newsletter 6.10.)

- Eine Notrechtsdelegation analog der Finanzdelegation. (Felix Uhlmann, Der Bund 4.9.)
- Der Berner Stadtrat erreichte das Quorum nicht, da mehrere Mitglieder in Quarantäne waren (Der Bund 24.10.).

Abstimmung statt Gemeindeversammlung

- Wileroltigen (Kanton Bern) kann: die Berner Regierungsstatthalter erliessen eine Verfügung, wonach Gemeinden den Urnengang nicht mehr bewilligen müssen.
- Kerzers (Kanton Freiburg) kann nicht: die rechtliche Grundlage fehlt.
- Zürcher Gemeinden können bald: fast einstimmig bewilligt der Kantonsrat ein Express-Gesetz für Urnenabstimmungen über Gemeindebudgets. (NZZ 23.11.)

Neuer Schwung für Gemeindeparlamente: «Das Parlament wird so lange ein Thema sein, bis wir es haben» (Benjamin Marti, Gemeindepräsident Belp, SVP, Berner Zeitung 20.10.)

Ein Upgrade für Landsgemeinden

Die Landsgemeinde wird durchgeführt. Es wird diskutiert und abgestimmt. Aber die Abstimmungsergebnisse sind konsultativ. Möglich wäre, dass auch ausländische Einwohnerinnen und Einwohner diskussionsberechtigt sind. Die rechtskräftigen Entscheide würden danach an der Urne getroffen.

Dieses Modell der zweistufigen Beratung wäre auch für Gemeindeversammlungen geeignet. Schon heute werden in etlichen Gemeinden Vorversammlungen durchgeführt. In meiner Wohngemeinde wird das «Stadtapéro» genannt.

(Silvano Möckli, Infosperber 4.9.)

Versammlungsdemokratie

«Dem Bundesrat fehlte das Sensorium dafür, dass die Demokratie eben doch von Zusammenkünften, von Versammlungen und vom Vereinswesen lebt.» (Jo Lang VPOD 10.20)

«In den nächsten Wochen sollte es keine Demonstrationen mehr geben dürfen» (Regierungsrat Philippe Müller, Bern, Der Bund 2.11.)

«Seit kurzem nutzt die Kantonspolizei Bern ihre Drohnen auch für die Überwachung von Demonstrationen und Versammlungen» (WOZ 8.10.)

Der Regierungsrat hat beschlossen, politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen ab sofort auf 15 Personen zu beschränken. (Medienmitteilung des Regierungsrates des Kantons Bern 18.12.)

«Warum bleiben Gemeindeversammlungen im Kanton Bern ausdrücklich erlaubt? Das Infektionsrisiko dürfte hier nicht geringer sein als bei Gottesdiensten in grossen Kirchen.» (kath.ch 25.10.)

Trotz verschärften Corona-Massnahmen des Bundes sind Gottesdienste ab 18.1.21 weiterhin mit maximal 50 Personen möglich (ref.ch 15.1.21)

Die Erschwernisse der direkten Demokratie

«Unsicherer, aufwändiger und teurer»

- Total 15 Initiativen befinden sich im Sammelstadium. Nur vier dürften aber die nötigen 100'000 Unterschriften erreichen. Die restlichen 11 sind schon gescheitert – oder drohen zu scheitern. (Luzerner Zeitung 30.8.)
- Unterschriftensammlungen sind «unsicherer, aufwendiger und teurer geworden.» (Daniel Graf, Gründer der Demokratie-Plattform WeCollect, NZZ 29.8.)
- So verliere «die Referendumsdrohung an Kraft – ein wichtiges Element des Interessenausgleichs. Es sei nicht ausgeschlossen, dass Minderheiten vermehrt an den Rand gedrängt würden». (Silvano Moeckli, NZZ 29.8.)

Erleichterungen

Die Bundeskanzlei baute eine Plattform für Unterschriftensammlungen auf. (watson 8.12.) Seit dem 8.10.2020 und bis zum 31.12.2021 können Unterschriften für fakultative Referenden auf Bundesebene auch ohne Stimmrechtsbescheinigung eingereicht werden. (Website Bundeskanzlei)

Kritik der UNO am Anti-Terror-Gesetz der Schweiz

«Notstandsgesetze werden zu regulären Gesetzen. Mit der Pandemie hat sich das Problem noch einmal verschärft, denn zahlreiche Staaten benutzen jetzt ihren Sicherheitsapparat und ihren Anti-Terror-Apparat, um Covid-19 in den Griff zu bekommen.»

«Der Entwurf für das Schweizer Anti-Terror-Gesetz bricht internationale Menschenrechtsstandards. Die Schweiz signalisiert anderen Staaten – und das dürfen Sie auf gar keinen Fall unterschätzen, den Umstand, dass dieses Signal aus der Schweiz kommt –, dass breite, vage, unpräzise und interpretierbare Definitionen von Terrorismus zulässig und statthaft sind.» (UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte Fionnuala Ní Aoláin, Republik/Swissinfo 24.9.)

Ein kleines Wunder

Das Referendum gegen das Terror-Gesetz kommt mit über 140'000 Unterschriften zustande. Noch Anfang Dezember schien klar: Das Referendum scheitert. Es waren erst 18'000 Unterschriften gesammelt. «In den letzten drei Wochen sammelten wir 50'000 Unterschriften.» so Sanija Ameti (JGLP). Am 14.1.2021 werden der Bundeskanzlei mehr als 90'000 Unterschriften übergeben. Am gleichen Tag reicht auch die Bewegung «Freunde der Verfassung» über 50'000 Unterschriften ein. (Luzerner Zeitung 13.1.21).

Neue Politphänome

Der Verein «Freunde der Verfassung» sammelte innert kürzester Zeit fast 90'000 Unterschriften für sein Referendum gegen das Covid-Gesetz. Und steuerte dann gleich auch noch 55'000 Unterschriften zu einem zweiten Referendum bei (SRF 14.1.21) «Wir sind ein Arm der Corona-kritischen Bewegung», ergänzt Sandro Meier (Vorstandsmitglied), «aber unser Aufhänger sind der Rechtsstaat und die direkte Demokratie.» (Der Bund 13.1.21)

Die europäische Aktion «Zero Covid» ruft zu einem «solidarischen europäischen Shutdown» auf. Innert weniger Tage haben 75'000 den Appell unterschrieben. Finanzieren soll diese Pause eine europaweite «Solidaritätsabgabe». (WOZ 21.1.21)

Unterschriftensammlungen verboten

Die Kantone Neuenburg und Bern haben die Unterschriftensammlung auf kantonaler und kommunaler Ebene verboten. «Referenden und Volksinitiativen auf Bundesebene sind von diesen Entscheiden nicht betroffen». (website der Bundeskanzlei)

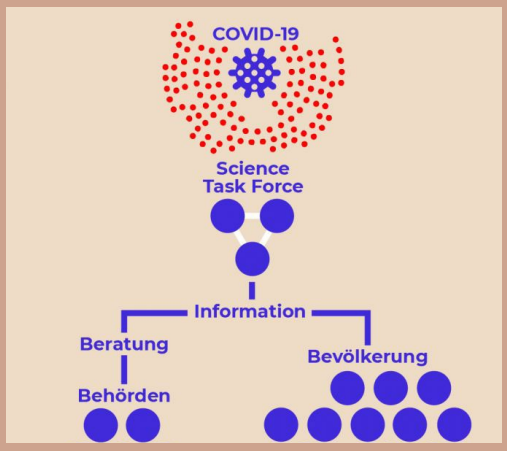
Man fragt sich, was denn beim Sammeln von Unterschriften so viel gefährlicher sein könnte als beim Besuch eines Marktstandes, wenn die Hygieneregeln eingehalten werden. Aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass der Regierungsrat des Kantons Bern keinerlei Kompetenz hat, die direkt-demokratischen Rechte des Volkes auszuschalten. (Journal B 20.12.)

Verschiebung der Tessiner Wahlen ok

Das Bundesgericht hat eine Beschwerde gegen die Verschiebung der Tessiner Kommunalwahlen 2020 abgelehnt. Die Regierung hatte am 18.3.2020 beschlossen, die Wahlen für die Legislaturperiode 2020–2024 um ein Jahr zu verschieben. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie sei es unmöglich, die Wahlen in einer «friedlichen Stimmung» durchzuführen, argumentierte damals der Regierungsrat. (sda 7.1.21)

Das brüchige Verhältnis von Politik und Wissenschaft

- «In der Coronapolitik wird vom Bundesrat und der Verwaltung regelmässig auf die Erkenntnisse der «Wissenschaft» verwiesen. Gemeint sind damit oft ausschliesslich die Naturwissenschaften, zuweilen wird der Begriff sogar noch enger auf Virologie und Epidemiologie eingeschränkt. (B.S. Frey, Schweizermonat 5/20)
- «Der eine modelliert an seinem Computer was passieren könnte, wenn sich das Virus ungehindert ausbreitet. Und der andere sieht seinen Patienten, dem das Ausharren in der Zweizimmerwohnung psychisch stark zusetzt» (Marcel Tanner, Berner Zeitung 31.10.)
- «Was ich aber auch bezweifle und kritisiere, sind diese Expertengläubigkeit und der absolute Glaube, dass alles richtig ist, was uns gesagt wird.» (Bundesrat Ueli Maurer, bluewin.ch 12.11.)
- «Wir kommen nicht durch diese Krise, wenn wir einen Keil zwischen Wissenschaft und Politik treiben.» (Nationalrätin Flavia Wasserfallen, bluewin.ch 12.11.)
- «Es geht also nicht um Politik oder Wissenschaft – operativ ist der Wurm drin. Für künftige Krisen müssen wir das analysieren und besser machen.» (Marcel Salathé, Republik 16.11.)



Swiss National Covid-19 Science Task Force (ab 31.3.)

Rolle der Taskforce

«Die von den Schweizer Universitäten gebildete «Swiss National Covid-19 Science Task Force» hat sich selbst konstituiert. Die Teilnahme der Expertinnen und Experten an dieser Task Force ist freiwillig.» (Antwort des Bundesrats am 2.9. auf eine parlamentarische Anfrage)

10 Expertengruppen: 1. Clinical care, 2. Data and modelling, 3. Diagnostics and testing, 4. Digital epidemiology, 5. Economics, 6. Ethics, legal, social, 7. Exchange platform, 8. Immunology, 9. Infection Prevention and Control, 10. Public health

«Es war gewagt, die Task Force mitten in der Krise ins Leben zu rufen. In den Medien erscheint die Taskforce vor allem als Bedenkenträgerin zu den Lockerungsschritten. Dadurch entsteht der Eindruck, die Politik sei fahrlässig und die Forschung einflusslos.» (Caspar Hirschi, Horizonte 9.20)

Die Kontroverse

«Das politische Totalversagen in der Schweiz. Keine Verantwortlichkeiten auf irgendeiner Stufe.» (Covid-Taskforce-Mitglied Christian Althaus, Cash 25.10)

«Der geistige Lockdown der COVID-19-Taskforce.»
(Christian Fehrlin, Medinside 25.10)

«Public-Health-Massnahmen sollten unter Einbezug der betroffenen Bevölkerung geplant und umgesetzt werden.»
(Matthias Egger, Präsident Forschungsrat SNF, Horizonte 12.20)

«Die Bürgerinnen und Bürger sind es gewohnt, dass die Regierung mit einer Stimme spricht, und das hätte auch die Covid-Task-Force tun sollen.»
(Sabine Süsstrunk, Präsidentin Wissenschaftsrat, bluewin.ch 15.1.21)

Umgang mit komplexen Problemen

Aus der schweizerischen Suchtpolitik kann man nahezu alles lernen, was erfolgreiche Politik ausmacht. Im Kern sind es zwei strategische Erkenntnisse.

Erstens: Komplexe Probleme kann man nur interdisziplinär lösen.

Zweitens: Komplexe Probleme muss man mit einem «Mehr-Säulen-Ansatz» angehen.
(Jacqueline Fehr, Regierungsrätin Kanton Zürich, Blogbeitrag 18.12.)

Umgang mit Prognosen

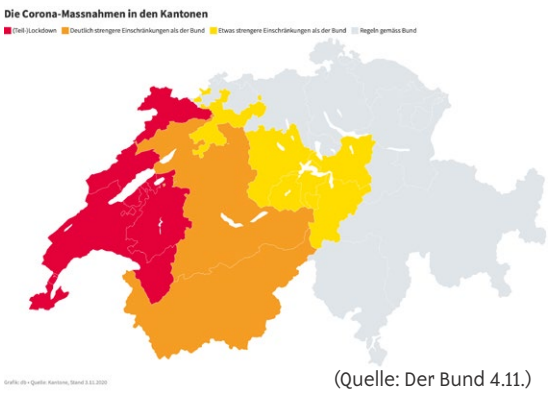
Martin Ackermann, Leiter der Task Force, warnte am 12.11. erneut vor einer Überlastung der Intensivstationen. Alle Plätze könnten Mitte November belegt sein, also in wenigen Tagen. Solche Prognosen wurden schon mehrfach aufgestellt – sie sind bisher nie eingetreten (SRF 12.11.)

«In Krisensituationen sind Prognosen keine gute Kommunikation.» (Daniel Koch, SRF 12.11.)

«Die Absicht dieser Prognosen ist, Anstrengungen einzuleiten.»
(Martin Ackermann, SRF 12.11.)

Föderalismus

Das Lockdown-Domino Stand 4.11.



(Quelle: Der Bund 4.11.)

«Coronagraben» est le mot de l'année 2020 en Suisse romande.» (Le Matin 8.12.)

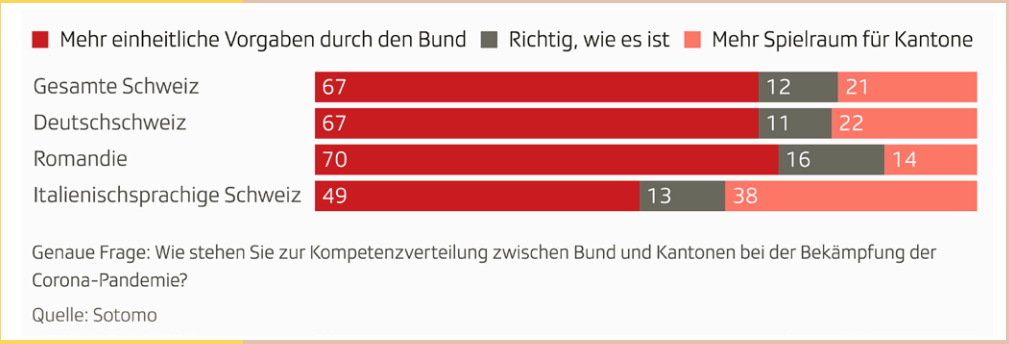
«An sich ist der Föderalismus ein geniales Instrument, weil es die Nähe der Betroffenen zu einem Entscheid und den Entscheidträgern herstellt. Es war zum Beispiel bemerkenswert, wie sich das Tessin in der Krise organisiert hatte.

Und die Nachteile?

Die Absprachen funktionierten nicht reibungslos. Wir wussten zuweilen nicht mehr, wer die Kantone sind: die Konferenz der Kantonsregierungen die Gesundheitsdirektorenkonferenz oder die einzelnen Kantonsregierungen.» (Bundeskanzler Walter Thurnherr, watson 14.9.)

Wunsch nach Zentralisierung und Verschärfung

Die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter den neuen Corona-Massnahmen. Viele wünschen sich aber weitere Verschärfungen. «Der Konsens gegenüber den Massnahmen des Bundesrats, den es noch im Frühjahr gab, ist sehr stark erodiert», sagt Michael Hermann. Noch tiefer ist das Vertrauen der Befragten in die Kantonsregierungen. Weit verbreitet ist denn auch der Wunsch nach einer stärkeren Zentralisierung. (Umfrage Sotomo SRF 30.10.)



Der Bund muss wieder übernehmen. Sonst macht sich das Gefühl breit, die Regierenden hätten die Situation nicht mehr im Griff. Und Angst vor Kontrollverlust erzeugt Ohnmacht. (Work 18.9.)

Der Bund muss wieder die ausserordentliche Lage ausrufen» (Christoph Ammann, Regierungsrat Kanton Bern, Berner Zeitung 6.11.)

Die Lockdown-Welle wird vom Westen her Richtung Mittelland schwappen. Vielleicht erreicht sie den Osten nie. Vielleicht doch. Das ist egal. Die Schweiz war schon immer am stärksten, wenn sie nicht nur eine Haltung gelten liess. (Christina Neuhaus, NZZ 2.11.)

«Für die Bevölkerung ist es nicht wichtig, wer etwas anordnet» (Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, 11.12.)

Hier sind wir wohl beim eigentlichen Kern der momentan so grotesken Schweizer Föderalismusposse. Es ist im Grunde kein Föderalismusproblem, es ist ein Konkordanzproblem. Die Landesregierung ist zutiefst gespalten. (Republik 12.12.)

«Willensnation Schweiz»

Die Schweizer Politik zeichnet sich durch eine Vielzahl von Eigenschaften aus, auf die eine Mehrheit der Stimmberechtigten stolz ist – allem voran die Volksrechte der direkten Demokratie. 81% der Befragten sind stolz auf das Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen und die Mitsprachemöglichkeiten der Kantone (Föderalismus). Die Priorisierung deutet darauf hin, dass die Idee der «Willensnation Schweiz" auch im neuen Jahrzehnt fest in der Bevölkerung verankert ist. (Sorgenbarometer Nov. 2020)

«Als Bürger war ich befremdet, dass jeder Kanton einen eigenen Weg geht, aber für mich als Forscher war das eine einmalige Gelegenheit» sagt der Biophysiker Meher Prakash. Über die Dauer von März bis Mitte September fand er derart viele unterschiedliche Kombinationen von Massnahmen, dass er mithilfe künstlicher Intelligenz deren Wirkung auf die Ansteckungsrate feststellen konnte. (WOZ 14.1.21)

Medien: viele Zahlen und wenig Einordnung

Ein Thema dominiert

Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich hat die Berichterstattung von 34 Medien vom 1.1.- 1.6.2020 untersucht. Aus den Resultaten:

- Eine riesige Berichterstattungsmenge zur Pandemie (bis zu 70% aller Berichte).
- Die Vielfalt von Themen und Expert*innen aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen ist vergleichsweise hoch. Auch lässt sich eine relativ hohe Relevanz beobachten.
- Zwar ist die Vielfalt der Stimmen aus der Medizin hoch, aber es gibt kaum Beachtung für wissenschaftliche Positionen aus anderen Disziplinen – und dies, obwohl die Krise fast sämtliche Bereiche der Gesellschaft betrifft (Top 30: 28 Männer, 27 Mediziner).
- Kritische Distanz zu den Behörden – aber in der sensiblen Phase vor dem Lockdown relativ unkritisch und zu wenig Einordnung von möglichen Entwicklungen. Dabei forderten kritische Stimmen vor allem schärfere Massnahmen.

«In der Publikumsbefragung hat sich herausgestellt, dass zu viel über Corona berichtet werde. Links und rechts von Corona blieben viele relevante Themen auf der Strecke.» (Mark Eisenegger, Direktor fög, Edito 4.20)

«Der Medienhype liess eine Art Schockstarre entstehen und stellte alles in den Schatten, was wir nach Kriegsende an monothematischer Berichterstattung kannten.» (Stephan Russ-Mohl, NZZ 10.1.21)

Welche Medien?

Neue Medien sind entstanden, die ebenfalls Hintergründe liefern, an Reichweite zulegen und in der Forschung noch nicht berücksichtig werden, so etwa die Republik, Bajour, Das Lamm und Infosperber.

Die Republik hat sich bereits 2019 mit Verschwörungsmedien befasst, die in der Schweiz relativ wenig verbreitet sind. An der Demo der Corona-Rebellen vom 9. Mai wurden auf einem Plakat aus der Schweiz nur die Weltwoche und «Swiss policy research» zu den «Medien mit Vernunft» gezählt. (Republik update 30.5.)

Umgang mit Zahlen und Beobachtungen

Es zeigt sich – mit Ausnahmen – ein problematischer Umgang mit Zahlen und Statistiken, die insgesamt betrachtet (zu) wenig eingeordnet werden. Gleichzeitig gilt: je mehr Fälle gemeldet werden, desto intensiver ist die Berichterstattung. «Medien leben heute von kurzfristiger Aufmerksamkeit. Zumindest zahlt sich Aufmerksamkeit kurzfristig aus». (Matthias Zehnder, Publizist 21.8.)

«Es gab viele Studien zu Corona, die auf Beobachtungen basierten. Oft gingen die Medien so damit um, als handle es sich bereits um gesicherte Erkenntnisse.» (Sabine Süsstrunk, Präsidentin Wissenschaftsrat, bluewin.ch 15.1.)

Die Macht der Bilder

(Foto: Bergamo, 18 marzo 2020. © EMANUELE DI TERLIZZI)

Der Einfluss einzelner Fotos war gewaltig. Der Bundesrat musste manchmal gar nichts anordnen: «Es brauchte auch gar nicht mehr, die Bilder aus Bergamo waren überzeugend genug». (Bundeskanzler Walter Thurnherr, Watson 14.9.)

Dieses Bild aus Bergamo wurde am 18. März von Emanuele di Terlizzi auf Instagram gestellt. Bergamo hatte hohe Todeszahlen: Das Fussballspiel Bergamo-Valencia spielte eine Rolle, die Kampagne der lokalen Arbeitgeber gegen Betriebsschliessungen und eine Praxisänderung: Die meisten Verstorbenen sollten kremiert werden, was in Norditalien unüblich ist. Einzig die NZZ berichtete am 30.Mai über die Hintergründe. «Sicher ist, dass diese Praxisänderung die Bildung der berüchtigten Lastwagenstaus von Bergamo begünstigt hat».

Viele Bilder stammten aus Intensivstationen. «So sieht es auf jeder Intensivstation aus, immer, Tag und Nacht und überall, daher der Name Intensivstation, es geht auf diesen Stationen um Leben und Tod.» (Bernd Hontschik, Infosperber 21.10.)

Wirtschaft

Unterstützungsmassnahmen werden aufgehoben, wieder eingeführt und erhöht. Die Gesamtkosten steigen und Steuerausfälle zeichnen sich ab. Kleine Unternehmen sind besonders von der Krise getroffen. An Abgabestellen für Essen bilden sich lange Schlangen. Der Tourismus leidet aufgrund geschlossener Grenzen und Quarantäneregeln. Die Aktienkurse steigen wieder und die Vermögen der Reichen nehmen zu.

Die Wirtschaftskrise der Kleinen

(Jacqueline Badran, Nationalrätin SP, Polit-Forum Bern 13.8.)

Pandemie und Arbeitslosigkeit

Personen mit tiefer oder mittlerer Bildung sorgen sich deutlich mehr hinsichtlich der Pandemie als Personen mit hoher Bildung. Personen mit tiefer Bildung sorgen sich zudem auch drei Mal so häufig um Arbeitslosigkeit wie Personen mit hoher Bildung. Anscheinend werden die ökonomischen Folgen der Krise je nach sozialer Schicht unterschiedlich wahrgenommen. (GfS Sorgenbarometer 23.11.)

«Berufseinsteiger*innen gehören zu den Verlierern.»

Bereits heute sind fast 2'500 Lehrabgänger arbeitslos. «Für Lehrabgänger aus gewissen Branchen ist es schon heute sehr schwierig, einen Job zu finden.»
(Ursula Renold, Der Bund 5.9.)

Pro Kopf 1'700.– Franken weniger

Im Unterschied etwa zur Finanzkrise sind vom Ausnahmezustand Leute mit kleinem Einkommen am stärksten betroffen. Besonders düster ist gemäss einer Studie von BAK economics die Situation im Gastgewerbe, im Tourismus, im Eventbereich, bei personenbezogenen Dienstleistungen und in Teilen des öffentlichen Verkehrs. Gegenüber einer Situation ohne COVID-19 bedeute dies in den Jahren 2020 und 2021 einen Einkommensverlust vom rund 15 Mia. Franken oder rund 1'700 Franken pro Kopf der Schweizer Bevölkerung. (watson 27.7.)

- Geringverdienende sind häufiger in Kurzarbeit und werden häufiger arbeitslos. Haushalte mit einem Einkommen unter 4'000 Franken haben durch die Krise einen durchschnittlichen Einkommensverlust von 19% erlitten (SGB 13.11.)
- «Seit dem Lockdown hatte ich noch keine einzige Hochzeit. Normalerweise sind es 20 bis 30 Brautpaare.» (Hochzeitsplanerin Evelyne Schärer, bluewin.ch 18.9.)

Angst vor Wegweisung wächst

Die Sozialämter müssen den Migrationsbehörden Sozialhilfebezug melden. Diese können seit 2019 selbst bei Niedergelassenen mit C-Ausweis die Bewilligung widerrufen. Das betrifft fast einen Viertel der Bevölkerung. «Es darf nicht sein, dass Menschen ihr Grundrecht auf Hilfe in Not nicht beanspruchen, weil sie eine Wegweisung befürchten müssen.»
(Stefan Gribi Caritas, Beobachter 6.7.)

«Es kommen derzeit Menschen die noch nie da waren» (Caritas, Der Bund 24.12.)

Die Not ist mit blossem Auge erkennbar: So bilden sich oft lange Schlangen vor der Ausgabestelle des Vereins Incontro in einer Seitenstrasse der Zürcher Europaallee. Über 100 Mahlzeiten am Tag vergeben die Incontro-Helfer allein an dieser Ausgabestelle. Danach geht es weiter zur Langstrasse, wo bis zu 300 Mahlzeiten an Menschen in Not verteilt werden. (Der Bund 24.12.)

Die Sozialhilfe-Konferenz rechnet in den nächsten zwei Jahren mit 60'000 zusätzlichen Sozialhilfebezügern, ein Viertel davon Selbstständige und Zusatzkosten bis 1 Milliarde. (Der Bund 7.1.21)

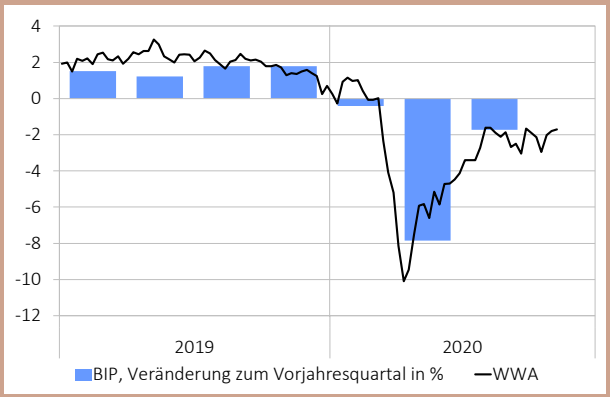
Wir reden auch von Sexarbeiter*innen, die hungern mussten? Ja, diese Erfahrung war auch für uns heftig. Wir hätten nie gedacht, dass dies hier in der Schweiz passieren wird. (Christa Ammann, Leiterin Xenia Bern, surprise 20.11.)

Die Krise der Frauen

Frauen machen in der Schweiz mindestens 3/4 des Gesundheitspersonals aus, wodurch sie einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Gleichzeitig tragen Frauen auch zu Hause einen Grossteil der Last. (vpod 14.6.)

In den USA verlieren in dieser Krise deutlich mehr Frauen als Männer den Job. Es brachen vor allem Jobs weg, die auf persönlichem Austausch beruhen: Arbeiten, die sich im Homeoffice oder im Freien erledigen lassen, sind wieder zurückgekommen – in männerdominierten Bereichen wie den wirtschaftlichen Dienstleistungen, Bauwirtschaft oder im Onlinehandel. Dass vor allem Frauen betroffen sind, könnte die jetzige Wirtschaftskrise drastisch verschärfen und verlängern – weil die Frauen nicht wie in anderen Zeiten das Familieneinkommen, den Konsum und die gesamte Wirtschaft stabilisieren.
(Republik 18.1.21)

Unterstützung holpert in die zweite Welle



(Quelle: SECO)

Historischer Einbruch

Im 2. Quartal erlitt das BIP der Schweiz den stärksten Rückgang seit Beginn der Aufzeichnung 1980. Das BIP brach in der ersten Jahreshälfte 2020 kumuliert um –10,5% ein. Im 3. Quartal erholte sich das BIP der Schweiz stark (+7,2%) und machte rund drei Viertel des massiven Einbruchs der ersten Jahreshälfte wieder wett. (Seco 1.12.)

Kurzarbeit

Im April wurden rund 1.3 Millionen Beschäftigte auf Kurzarbeit gesetzt. Im September wurde noch für 214'000 Beschäftigte Kurzarbeit abgerechnet (Regiosuisse 12/20)
Im November wurde Kurzarbeit für 626'000 Beschäftigte bewilligt. (Der Bund 9.12.) Zum Vergleich: Während der Finanzkrise waren maximal 90'000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen.

Seit Jahren veröffentlicht Google im Dezember die populärsten Anfragen für das abgelaufene Jahr. «Was ist Kurzarbeit» liegt in der Kategorie «Was-Fragen" an der Spitze. (Cash 9.12.)

Kein Mieterlass für Geschäfte

Nur 31% der Geschäftsmieter haben ein Entgegenkommen bei den Mieten erhalten. «Es bleiben weiterhin Tausende von Fällen in der ganzen Schweiz ohne Lösung», (Nationalrat Carlo Sommaruga MM 29.10.) Gemäss Geschäftsmietegesetz soll 40% des Mietzinses bezahlen, wer im Frühjahr von Schliessung oder starker Einschränkung betroffen war. 60% gehen zulasten der Vermieter. Das Parlament hat das Gesetz in der Wintersession abgelehnt. «Von wem man im Stich gelassen wurde, vergisst man nicht.» (Armin Zucker, Verband der Gewerbemieter, WOZ 10.12.)

«Eigentum ist einer Mehrheit in beiden Räten heilig.» (SRF 2.12.)

Die Unterstützung bröckelt

Bereits ab Juni wurden Massnahmen zur Entlastung der Beschäftigen aufgehoben:

- Spezieller Schutz der Risikogruppen (65+, Vorerkrankungen, Schwangere) ab 22.6.
- Verzicht auf Nachweispflicht für Stellensuche bei Arbeitslosigkeit ab 8.6.
- Kurzarbeit für Temporäre (20'000 vorher in Kurzarbeit) ab 1.9.
- Erwerbsausfallentschädigung ab Mitte September. Unterstützt werden soll nur noch, wer direkt von einem Tätigkeits-Verbot betroffen ist.

Eile mit Weile

«Die dringend nötigen Massnahmen sind immer noch nicht in Kraft, obwohl sie längst auf dem Tisch liegen.» (work 6.11.)

Kurzarbeit für Temporär-Angestellte und Selbständige, Regelungen beim Erwerbsausfall oder der Schutz der Risikogruppen werden zwischen Sommer und Ende Jahr erst aufgehoben, dann wieder eingeführt.

Der Bund erhöhte den Härtefallfonds im November auf 1 Mia., und im Dezember auf 2.5 Mia. und im Januar auf 5 Mia.. Der nötige Umsatz wurde erst von 50'000.- auf 100'00.- erhöht und dann wieder gesenkt. Das fünfjährige Dividendenverbot wird bei Rückzahlung aufgehoben.

Bei Einkommen bis 3'470.- beträgt die Entschädigung für Kurzarbeit ab Dezember für 4 Monate 100%; Selbständige können Erwerbsersatz bei 40% Umsatzeinbusse geltend machen.

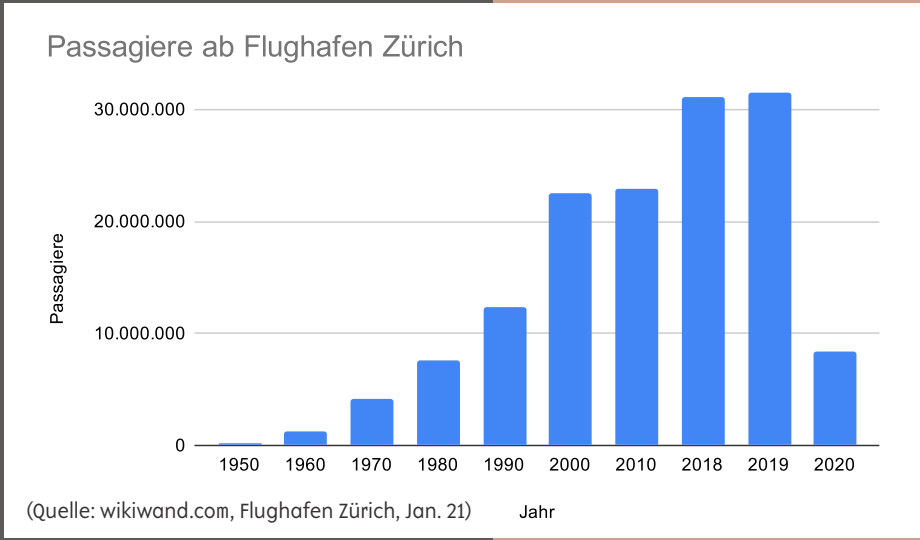
«Die Stimmung ist am kippen» (Frank Ansorg)

«Gerade als Geschäfte anfingen, sich einigermassen zu erholen, kamen im Oktober die neuen Einschränkungen»
(Sven Gubler, Direktor Bern City)

Der Optimismus scheint mehr und mehr zu schwinden, je länger die Corona-Krise andauert. Nicht nur im Gastrobereich. Auch in den Geschäften unter den Lauben. Frank Ansorg von der «watchlounge» in der Kramgasse beobachtet: Bei Geschäftsleuten mache sich Resignation breit. (BrunneZytig 4.2020)

Die Folgen der geschlossenen Grenzen

Der leere Flughafen Zürich



(Quelle: wikiwand.com, Flughafen Zürich, Jan. 21)

Im April und Mai brachen die Passagierzahlen am Flughafen Zürich fast vollständig ein. Im Juni lagen sie immer noch 93% und im September 81% unter dem Vorjahr. Der Bund hatte bereits im April 1.9 Mia. Franken Unterstützung für die Luftfahrt beschlossen, dabei 1.5 Mia für die Swiss und Edelweiss sowie 0.4. Mia für flugnahe Betriebe.
In den ersten neun Monaten beförderte die Swiss rund 70% weniger Passagiere.
Zudem will die Swiss 1'000 von noch 9'500 Stellen abbauen. Ausserdem würden die 28 Flugzeuge der älteren Airbus A320-Familie temporär ausser Betrieb genommen.
Im Winterflugplan geht die Airline davon aus, maximal 25% ihrer Vorjahreskapazität anbieten zu können. Der Mutterkonzern Lufthansa häufte unter dem Strich ein Riesenverlust von 5,58 Mia. Franken an.
(Blick 12.11.)

Von geschlossenen Grenzen zur umstrittenen Quarantäne

- Von 16. März bis 15. Juni war die Schweizer Grenze praktisch geschlossen – erstmals seit dem 2. Weltkrieg. In dieser Zeit wurden 112'049 Personen an den Grenzen zurückgewiesen. Gemäss EZV wurden 8'848 Personen mit 100 Franken gebüsst. (Cash 30.6.)
- Ab Juli führte die Schweiz für Reisen aus dem Ausland Quarantänebestimmungen ein. Bis zum 28. Oktober standen zweitweise 60 Länder auf der Liste. Ende Oktober sassen über 12'000 Rückkehrende aus Risikoländern in Quarantäne. (HTR 28.10.)
- Gemäss BAG-Protokollen ist der geringe Nutzen der Quarantäne bei Rückkehrer*innen aus Risikoländern dem Bund offenbar bewusst gewesen. In erster Linie sei es darum gegangen, die Bevölkerung von Reisen in die Risikoländer abzuhalten.
(NZZaS/Toponline 1.11.)

Tourismus

Hotelbetriebe in der Schweiz kämpfen mit massiven Umsatzeinbrüchen von bis zu 95%.

- Stadthotels leiden unter dem kompletten Einbruch des Geschäfts- und Kongresstourismus. Ende April sind 60% der Tourismusbetriebe geschlossen.
- 90% der Hotelbetriebe haben für ihre Mitarbeiter Kurzarbeit anmelden und mehr als 20% haben Kündigungen aussprechen müssen.
- Auf das ganze Jahr 2020 hochgerechnet ergeben sich für den Schweizer Tourismus Umsatzeinbussen von durchschnittlich 25%. (Hotellerie Schweiz 13.5.)

«Am schlimmsten ist es für die Städte»

«Wir rechnen damit, dass die Gästezahl gegenüber 2019 bei 60 bis 70 Prozent liegen wird. 2022 werden wir bestenfalls bei 80% liegen.»
(Martin Nydegger, Chef Schweiz Tourismus, Blick 11.10.)

Offene Pisten und Zwangsquarantäne

Im Wallis wird über die Festtage Ski gefahren und in Restaurants gegessen, egal was Italien macht.» (Christoph Darbellay, SRF 26.11.)

Sie fühlten sich wie Gefangene: britische Wintersportler, die über die Festtage für Skiferien in die Schweiz reisten – und dort gleich unter Zwangsquarantäne gestellt wurden. Jetzt beschweren sich viele darüber, wie schlecht sie in der Schweiz behandelt, ja wie sie «dämonisiert» worden seien. Hinter vorgehaltener Hand ist von einer eigentlichen Hexenjagd die Rede. (Blick 5.1.21)

Geld, Kosten und Steuerausfälle

Geschätzte Gesamtkosten

Ein 138 Mia. Franken teures Virus: So viel kostet die Corona-Krise die Schweiz.

Eine Überschlagsrechnung für die Schweiz zeigt: Todesfälle (44 Mia. bei 7'000 Todesfällen à 6.3 Mio.), die Schäden an Gesundheit und Psyche (24 Mia.) sowie wirtschaftliche Einbussen (70 Mia.) summieren sich auf rund ein Fünftel des Bruttoinlandprodukts. (NZZ 28.11.)

Ausgaben Bund

Der Bund rechnete mit Gesamtkosten von 80 Mia., davon Ausgaben für 2020 von 31,250 Mia, für 2021 mit 6,645 Mia sowie für Bürgschaften, Garantien und Härtefälle von 42,055 Mia. (Eidg. Finanzverwaltung 28.11.)

Kanton Bern mehr betroffen als im Frühjahr befürchtet

Bereits in diesem Jahr wird sich das budgetierte Plus in ein Minus von 150 bis 300 Mio. Franken verkehren.

So schlagen etwa der Ausgleich der Ertragsausfälle bei den Spitälern, die Beschaffung von medizinischem Schutzmaterial, Mehraufwand bei der Sozialhilfe und Abgeltungen an die Transportunternehmen zu Buche. In den nächsten beiden Jahren leidet der Haushalt vor allem unter dem Einbruch der Steuereinnahmen.

Diese werden 2021 rund 450 Mio. Franken tiefer ausfallen. (Der Bund 21.8.)

Das Budget 2021 sieht ein Defizit von 547 Mio. vor, darin enthalten sind Steuersenkungen für Firmen und Privatpersonen im Umfang von 86 Mio., die der Grosse Rat im November 2020 beschlossen hat. (Der Bund 24.11.)

Das Geld der Nationalbank

«Die Corona-Pandemie hat zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten geführt. Um die Folgen zu lindern, könnte die Nationalbank die prallvollen Ausschüttungsreserven (95 Mia.) jetzt anzapfen. Statt nur 4 Mia. Franken könnte sie beispielsweise 8 Mia. Franken pro Jahr an Bund und Kantone überweisen.»
(Fabio Canetg, Republik 11.1.)

Staatsschulden

«Mich reut jeder Franken.» (Bundesrat Ueli Maurer)

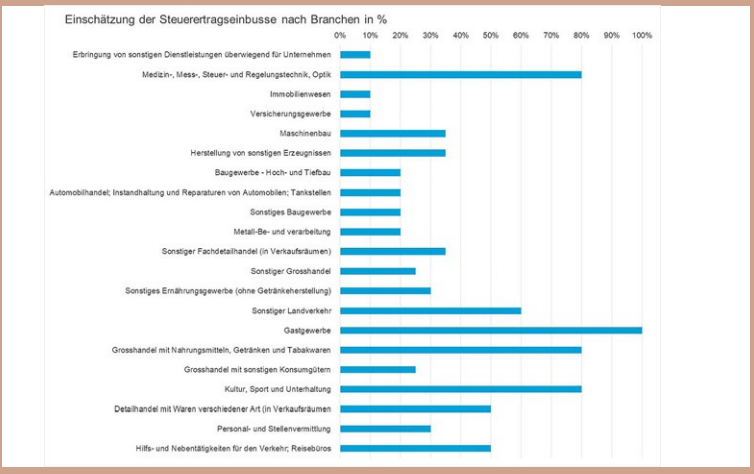
«Am schädlichsten war – und ist – jedoch ein im Land tief verankerter Irrglaube: die Auffassung nämlich, die Schweiz könne sich zum Wohl der eigenen Wirtschaft konsequente Massnahmen im Kampf gegen das Virus nicht leisten.»
(Mark Dittli, ex-Chefredaktor Finanz und Wirtschaft)

«Punkto Staatsschulden leben wir Schweizer noch hinter dem Mond»
(Philip Löpfe, alle in watson 17.12.)

Steuerausfälle 2021

«Bund und alle Kantone und Gemeinden werden grosse bis dramatische Steuerausfälle zu verzeichnen haben.»
(Urs Stauffer, Präsident ZV öffentliches Personal Schweiz 09.2020)

Insgesamt müssen Bund, Gemeinden und Kantone aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung durch die Corona-Krise mit einem Rückgang der Steuereinnahmen um über 25 Mia. Franken rechnen. (KOF 15.5.)



(Quelle: ZV Öffentliches Personal Schweiz)

Die neuen Privilegien der Reichen

Die Rede ist vom «InnHub La Punt», welchen miaEngiadina mitinitiiert hat. Bildquelle: Foster + Partners/miaEngiadina.

Das Bündnerland ist drauf und dran, zum riesigen Homeoffice umfunktioniert zu werden. Genau das ist Musik in den Ohren einer Gruppe hochkarätiger Schweizer Finanz-Schwergewichte, die ein von Lord Norman Foster entworfenes Innovationszentrum in La Punt im Engadin aus der Taufe heben wollen, mit Arbeits-, Seminar- und Sportmöglichkeiten, Detailhandel, einem Restaurant und einer Tiefgarage. (Finews 4.12.)

Privileg Homeoffice

- Ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung hat in einer Umfrage erklärt, nach Möglichkeit nicht mehr an den Arbeitsplatz im Büro zurückkehren zu wollen. (Finews 4.12.)
- Von den 20 Swiss-Market-Index-Unternehmen gaben 10 an, mindestens 50% der Mitarbeiter im Homeoffice zu haben. Den höchsten Anteil haben Swisscom (70%), Novartis (75%) und UBS (80%). (SRF Eco 31.10.)
- Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern ist 2020 explodiert. Im Oktober hat sie um rekordhohe 27% zugenommen, für Tourismusregionen um 59%. (HZ 23.11.)
- Fast 70% der Beschäftigten arbeiten in Branchen, in denen Homeoffice gar nicht oder nur teilweise denkbar ist. Dazu gehören vor allem Bereiche mit physischem Kontakt zu anderen Menschen, im Gastgewerbe oder im Gesundheits- und Sozialwesen. Aber auch im Baugewerbe oder in der Industrie bleibt Homeoffice eine Utopie. (Avenir suisse 27.4.)

Geld fliesst in die Schweiz

In der ersten Hälfte des Jahres 2020 landeten zusätzlich mehr als 80 Mia. Schweizer Franken in den Tresoren der Schweizer Banken. Aufgrund der Gesundheitskrise transferieren wohlhabende Personen vermehrt Gelder in die Schweiz. (Infosperber 7.10.).

Reiche werden reicher

Die Vermögen der 300 reichsten Personen in der Schweiz sind in diesem Jahr trotz Corona-Krise gewachsen: um 5 Mia. auf total 707 Mia. Franken. Pro Kopf kommen die 300 reichsten Schweizer somit auf knapp 2,4 Mia. Franken. (bluewin.ch 27.11.)

Die Gier greift um sich

Die Leitbörse in New York ist schlichtweg nicht zu bremsen. Die Gier – oder besser gesagt die Angst etwas zu verpassen – ist zurück. (Cash 21.8.)

Der globale Aktienindex erreicht ein neues Rekordhoch. Bei den Todesfällen gibt es ebenfalls traurige Rekorde zu vermelden. Die Aktienmarktakteure scheint das allerdings nicht weiter zu kümmern. Ihre Gleichung ist denkbar einfach: Je grösser die Krise, desto mehr Liquidität pumpen die führenden Zentralbanken in die Wirtschaft. (Cash 9.11.)

Corona-Millionen und Boni

Viele Unternehmen profitieren von staatlichen Kurzarbeitsentschädigungen und zahlen weiter Boni für die Kader. Bei 20 bundesnahen Betrieben will nur eine (Schweiz Tourismus) für 2020 auf Bonuszahlungen verzichten. Gemäss Rundschau sollen beim Personal der SBB der Lohn eingefroren werden und zwei Ferientage sowie Prämien wegfallen, nicht jedoch die Boni der Geschäftsleitung «Wir sollen auf zwei Ferientage verzichten während die da oben eine Erfolgsprämie kassieren?» (SBB Intranet gemäss Rundschau 25.11.). Die SBB machte im ersten Halbjahr 2020 500 Mio. Verlust. Der Bund unterstützt den gesamten öffentlichen Verkehr mit zusätzlichen 900 Mio.

Gesundheit

Ende Oktober steigen die Infektionen und Todesfälle stark an. Die zweite Welle überrascht Behörden und Regierung. Die Beurteilungskriterien ändern sich laufend und wir werden von Zahlen überflutet. Eine Strategie mit Testen, Rückverfolgung, Isolation und Quarantäne soll das Virus unter Kontrolle bringen bis der Impfstoff da ist. Die psychischen Belastungen nehmen v.a. bei jungen Menschen zu und Altersheime werden weitgehend sich selbst überlassen.

Die zweite Welle

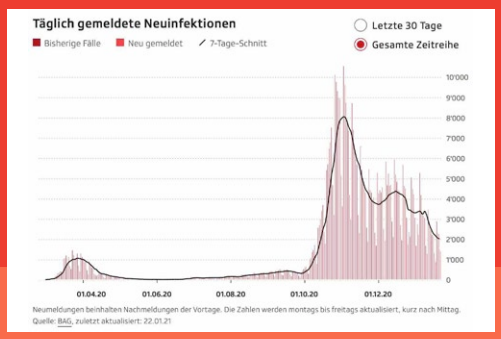
Die Vorbereitung

«Eines ist gewiss: die Voraussetzungen haben sich massgeblich geändert. Ein starker Anstieg der Fallzahlen wird die Schweiz nicht mehr in gleichem Masse überraschen, wie dies noch Anfang des Jahres der Fall war.» (aus einem vertraulichen Aussprachepapier von Bersets Departement an den Bundesrat von Anfang Juni, Berner Zeitung 20.11.)

Der Bundesrat gab seine Führungsverantwortung zu rasch und zu umfassend ab. Das Bundesamt für Gesundheit brach in den entscheidenden Momenten ein. Die Kommunikation versagte, als man sie am meisten gebraucht hätte. (Republik 20.11.)

«Ein vom Parlament gewählter Bundesrat ist weniger der Laune von Bevölkerung und Verbänden ausgeliefert als ein vom Volk gewählter Regierungsrat. Kantonale Exekutivpolitiker sind auch näher an der lokalen Wirtschaft. Deshalb sind sie oft zurückhaltender mit Entscheiden, die sie für unpopulär oder wirtschaftsschädlich halten.» (Michael Hermann, Politologe, Berner Zeitung 20.11.)

Die Zahlen



Die Beurteilungskriterien

26.10.2020
Die Betten: «In zwei Wochen könnten IPS-Kapazitäten am Anschlag sein» (Thomas Van Boeckel, ETH-Professor und Mitentwickler icumonitoring.ch, ETH-News 26.10.)

4.12.2020
Der R-Wert: In keinem der Kantone dürfe es einen R-Wert über 1 geben, erklärte Bundesrat Alain Berset. «Sonst sind wir wieder in einem exponentiellen Wachstum.» (Pressekonferenz 4.12.)

14.1.2021
Die Mutation: «Wir müssen von einer Verdoppelung jede Woche ausgehen. Geht es so weiter, dann verursacht die Mutation bereits im Februar mehr Ansteckungen als die bisherigen Varianten.» (Martin Ackermann, Leiter Covid-Taskforce, Luzerner Zeitung 14.1.)

Die Einschätzung

WHO

«Die europäischen Reaktionen waren unvollständig. Sie haben es verpasst, die nötige Infrastruktur aufzubauen in den Sommermonaten, nachdem sie die erste Welle unter Kontrolle gebracht hatten. Und nun haben sie die zweite Welle.» (David Nabarro, WHO-Sondergesandter für Covid-19 in Genf, Oltner Tagblatt 21.11.)

BAG

«Ich behaupte gar, wir waren im Vergleich zur ersten Welle gut vorbereitet. Den Sommer hindurch haben die Kantone sowohl das Contact Tracing als auch die Testkapazitäten ausgebaut. Aber die Pandemie verhält sich leider nie genau so, wie man plant. Niemand hat damit gerechnet, dass die Zahlen so schnell ansteigen würden.» (Anne Lévy, Direktorin BAG, SonntagsBlick 22.11.)

Kantone

«Wir machen das alle zum ersten Mal. Ich könnte mir vorstellen, dass wir es dem Schwelbrand im Sommer zu einfach gemacht haben, indem wir zu sehr gelockert haben.

Ich denke, dass sich der Bund in der Kommunikation eine Zeit lang zu stark aus der Verantwortung nahm. In den grossen Themen – Abstandhalten, Maskenpflicht, Homeoffice, und so weiter – gibt es nicht viel Raum für kantonale Differenzierungen.» (Lukas Engelberger, Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren, Der Bund 22.11.)

Das Zahlenchaos

Überforderung

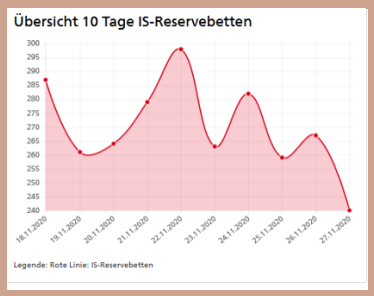
«Wir laufen Gefahr, in einem Ozean von Daten und Informationen zu ertrinken.» (Co-Präsidentin Konferenz der Kantonalen Ärztegesellschaften Monique Lehky Hagen, Digital Festival Zurich 18.9.)

Wie im Fall der MeteoSchweiz bräuchte es ein nationales Gremium zur Koordinierung von Überwachung, Prognose und Kommunikation. (Schweizerische Ärztezeitung 26.8.)

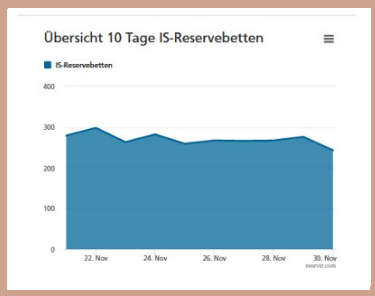
Die Verwirrung um Reservebetten

Beide Grafiken zeigen, dass seit Mitte November immer 200 Intensivstation-Reservebetten vorhanden waren.

Offizielle Website des Bundes: Koordinierter Sanitätsdienst, 27.11. und 30.11.



27.11.: Die Y-Achse beginnt nicht bei 0, sondern bei 240. Es scheint so am 27.11. keine Reservebetten mehr zu geben. Die Skala der Y-Achse ist sehr detailliert und stellt somit grosse Schwankungen dar.



30.11.: Die grafische Darstellung wurde geändert und die Abschnitte der Y-Achse sind grösser und neu beginnt diese bei 0. Die Reservebetten sind sichtbar und die Schwankungen kleiner.

Engpässe in den Spitälern?

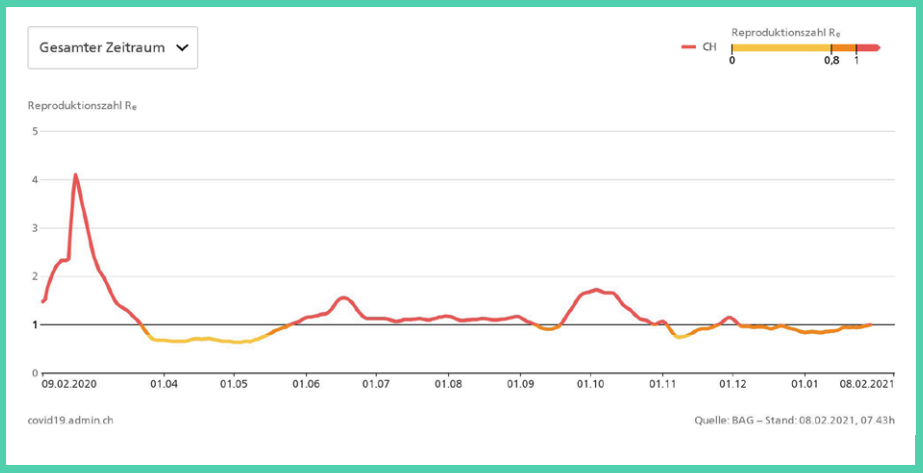
Man verordnete den Lockdown in der ersten Welle auch mit dem Argument, dass Zeit gewonnen werden muss, um die Infektionskurve abzuflachen («Flatten the curve»), so dass es nicht zu einer Überlastung der Spitalkapazitäten kommt. Im Frühling wurden dazu die Kapazitäten kurzfristig auf 1'500 Intensivbetten ausgebaut. Doch acht Monate später ist die Kapazität tiefer als im Frühling, und die Personalumschulung und Weiterbildung hat nur in Ansätzen stattgefunden.
(Avenir Suisse 18.12.)

«Wegen der Betten wird es keinen Engpass geben. Wenn immer mehr Pfleger und Ärzte in der Quarantäne landen, dann bricht der Betrieb zusammen.» (Chef eines grossen Schweizer Spitals, InsideParadeplatz 28.10.)

Der Fall des R-Werts

Die Epidemiologen haben ein grosses Interesse daran, den R-Wert zu relativieren, aber die Politiker scheinen diesen mit Begeisterung aufgenommen zu haben. Wir sind besorgt, dass wir ein Monster erschaffen haben. Der R-Wert sagt uns nicht, was wir wissen müssen, um das zu bewältigen. (Mark Woolhouse, Experte für Infektionskrankheiten Universität Edinburgh UK und Mitglied einer Modellgruppe, die die britische Regierung im Rahmen der Pandemie berät, Nature, 3.7.)

Entwicklung R-Wert vom 09.02.2020 bis 27.01.2021



Der Preis der Gesundheit

Güterabwägungen

«Wir sind bewusst dieses Risiko eingegangen, weil wir eine Güterabwägung gemacht haben.»

Nicht nur die Gesundheit – die ist wichtig – aber auch die Wirtschaft müsse leben und ein gesellschaftliches Leben müsse auch möglich sein. (Bundesrat Ueli Maurer, Samstagsrundschau SRF 21.11.)

Die Debatte ist sehr polarisiert: fürs Leben und gegen die Wirtschaft oder umgekehrt. Aber das Leben lässt sich nicht so aufteilen. Wir wägen immer ab, z.B. nur schon wie viele Krankenwagen stellen wir für die Lebenserhaltung zur Verfügung. (Ruth Baumann-Hölzle, Gesundheitsethikerin, 10vor10 4.5.)

«Ich höre oft, dass wir abwägen müssen zwischen Gesundheit, Wirtschaft und Freiheit der Menschen. Das ist zum Glück nicht so. Wenn wir das Virus unter Kontrolle halten, dann können sich auch die Wirtschaft und die Gesellschaft am besten erholen.» (Martin Ackermann, Leiter Covid Taskforce, bluewin.ch 21.8.)

Im Bereich der öffentlichen Gesundheit sind wir es gewohnt, Massnahmen ressourcenbewusst zu planen. Beim Defibrillator sind das rund 50'000 Franken pro gewonnenes Lebensjahr. Bei COVID-19 wurden solche Überlegungen gar nie angestellt. Es ist, als ob all unsere bisherigen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und auch die bewusste kritische Auseinandersetzung mit der Endlichkeit unseres Lebens jetzt gar keinen Platz mehr haben.» (Pietro Vernazza, Chefarzt Infektiologie Kantonsspital St. Gallen, Medinside 10.9)

Gesundheitswesen in der Krise

«Die Kantone sollten endlich alle nicht notwendige Eingriffe verschieben. Wir können doch nicht die ganze Wirtschaft runterfahren, nur damit die Spitäler Wahleingriffe vornehmen können!» (Bundesrat Alain Berset, Schweiz am Wochenende 30.10.)

«Wenn man den Spitälern verbietet, zu funktionieren, machen die Spitäler riesige zusätzliche Verluste und können auch keinen Beitrag zu Bewältigung der Pandemie leisten» (Anne-Geneviève Bütikofer, Spitalverband H+, SRF 4.11.)

«Schonungslos zeigt Covid-19 das Aushöhlen unserer Ressourcen auf und belegt, dass unser segmentiertes, auf Spitzenmedizin und Spitzenleistung ausgerichtetes Gesundheitswesen nicht zweckmässig ist.»
(Annamaria Müller, VR-Präsidentin des Kantonsspitals Freiburg, Infosperber 24.8.)

Am 31. Oktober demonstrierten tausende Pflegende auf dem Berner Bundesplatz und forderten eine Lohnerhöhung, eine Corona-Prämie, mehr Mitsprache am Arbeitsplatz und mehr Personal für eine bessere Pflege. (Work 6.11.)

«Es gibt zahlreiche Ansätze, wie namentlich im Sinne einer ganzheitlichen und präventiven Medizin die Ressourcen der Menschen gestärkt werden könnten und auch die Leistungserbringer im Rahmen von Globalmodellen für die Gesundheit der ihnen anvertrauten Menschen und nicht nur für die Behandlung gesundheitlicher Störungen finanziert werden.»
(Bernhard Pulver, Verwaltungsratspräsident Insel Gruppe AG, Journal B 16.12.)

Grosse Belastungen

Swiss Corona Stress Study

Unter maximalem Stress leiden...

...im Lockdown im April: 11%

...in der 2. Welle (Nov.): 20%

Schwere depressive Symptome haben...

...vor der Pandemie: 3%

...im Lockdown: 9%

...bei Lockerungen (Mai): 12%

...in der 2. Welle (Nov.): 18%

Bei den Jugendlichen sind es in der 2. Welle sogar 29%.

Haupttreiber sind, u.a. die Belastung durch eine Covid-19-bedingte veränderte Situation bei der Arbeit, an der Schule oder in der Ausbildung. Aber auch Covid-19-bedingte finanzielle Einbussen, Zunahme von Konflikten zuhause und Zukunftsängste. Diese Faktoren sind belastender als im Lockdown im April. Auch die Angst, dass jemand aus dem engsten Umfeld an Covid-19 schwer erkranken oder sterben könnte sowie die sozialen Einschränkungen belasten weiterhin. (Swiss Corona Stress Study 17.12.)

Asylzentren

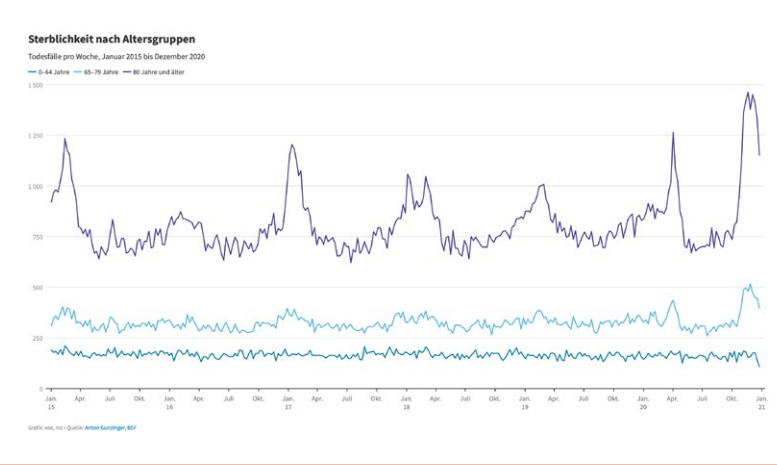
In Rückkehrzentren kann z.T. die Quarantänepflicht nicht umgesetzt werden, es ist zu wenig Schutzmaterial vorhanden oder sich in Quarantäne befindende Personen werden nicht mit Nahrungsmitteln oder sauberer Kleidung versorgt. (Migrant Solidarity Network 16.11.)

Vor und nach dem Lockdown sind telefonische Behandlungen im Tarifsystem auf 20 Min. beschränkt – für ein Videogespräch gibt es keine Abrechnungsmöglichkeit. Das BAG hat die Begrenzung während des Lockdowns auf max. 75 Min. erhöht. Diese Lockerung wurde am 22.6. wieder aufgehoben. Das BAG erinnert: die erbrachten Leistungen müssen «wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich» sein. (Der Bund 3.11.)

«völlig ausgebucht»

«Man sieht das bei den Praxen von niedergelassenen Psychiatern und Psychologen. Sie sind völlig ausgebucht.» (Stephan Witjes, Leitung Pflege Tagesklinik UPD, SRF 20.11.)

«Es kommt eine psychosoziale Katastrophe auf uns zu.» (Frank Marohn, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Aargauer Zeitung 18.1.)



Situation in den Altersheimen

Über die Hälfte aller Corona-Todesfälle gehen in der Schweiz auf Bewohner von Altersheimen zurück. (Der Bund 30.10.)

«Isolation, fehlende körperliche Nähe und Leben in Angst haben negative körperliche oder seelische Folgen. Ein sehr striktes Besuchsverbot, wie es von einigen Institutionen umgesetzt wurde, wäre für Bewohnende wie Angehörige das Déjà-vu, das es mit allen Mitteln zu verhindern gilt.» (Ruth Mettler Ernst, Geschäftsleiterin der Unabhängigen Beschwerdestelle für das Alter, Der Bund 11.9.)

Seit dem 16.1.21 gilt in Altersheimen, Spitälern und Behindertenheimen im Tessin ein Besuchsverbot. Grund: die britische Coronavirus-Mutation. (Berner Zeitung 16.1.21)

«Die Heime werden weitgehend sich selber überlassen», sagt Andreas Stuck Chefarzt Geriatrie am Berner Inselspital. Bundesrat und Parlament bewilligten viele Milliarden für die Fluggesellschaft Swiss und für andere von Massnahmen Betroffene, aber keine einzige Milliarde für Alters- und Pflegeheime, damit diese ihre Gefährdeten hätten schützen und ihnen ein Leben in Würde ermöglichen können. (Infosperber 15.1.)

Z.B. Tübingen:

89'000 Einwohner, seit Mai 1 Todesfall in Altersheimen und 1 in betreutem Wohnen. Die Massnahmen der Stadt:

- Kostenlose FFP2-Masken für Tübinger*innen, 65 oder älter, per Post. Die Stadt bewilligte hierfür 50'000 Euro.
- Kostenlose Tests vor Besuchen und Arbeiten in Altersheimen und auf dem Marktplatz vor Besuchen bei hochbetagten Verwandten.
- Öffnungszeiten von Geschäften von 09.00 bis 11.00 Uhr exklusiv für Menschen über 65 Jahre.
- Rufbusse und Taxis holen Senior*innen an Bushaltestellen ab zum Preis eines Bustickets oder mit Abokarte.

(Infosperber 24.12.)

Das Virus kontrollieren?

Die TRIQ-Strategie: Testen, Rückverfolgung, Isolation und Quarantäne

«Wir waren zu wenig ehrlich, was das Contact-Tracing betrifft. Das Management der Isolation und der Quarantäne ist wichtig und entscheidend. Wir beobachteten zu wenig, wie das kantonal umgesetzt wird. Das hätte man besser machen können. Das fliegt uns jetzt um die Ohren. Wir waren sehr schnell überfordert, als die Fallzahlen wieder anstiegen.»
(Yvonne Gilli, Ärztin und ab Februar 2021 Präsidentin FMH, Tagblatt 17.11.)

«Die Bereitschaft sich in Isolation oder Quarantäne zu begeben oder sich testen zu lassen, scheint mit Fortdauer der Epidemie in der Tat tendenziell abzunehmen» (Tobias Bär, Sprecher Gesundheitsdirektorenkonferenz, Der Bund 24.11.)

TESTEN

Wie viel testen?
Bezogen auf ihr Pro-Kopf-Einkommen ist die Schweiz das Land, das am wenigsten testet. (Policy Brief Covid-Taskforce 6.11.)

Wer bezahlt?
Ein Abstrich kostet den Bund heute insgesamt 160 Franken. (Infosperber 9.10.) Vom 8.6.20 bis 19.1.21 wurden in der Schweiz 3'655'284 Tests durchgeführt. (www.covid19.admin.ch Jan. 21)

PCR, Antigen-Schnelltest, Antikörper oder Speicheltest?
Kein Diagnoseverfahren ist perfekt. Ein negativer Test kann die Diagnose Covid-19 nicht ausschliessen. (Pietro Vernazza, Chefarzt der Infektiologie, Kantonsspital St. Gallen 15.11.)

RÜCKVERFOLGUNG (CONTACT-TRACING)

Hilfe durch die App?
Vorerst bleibt das digitale Contact Tracing ein grosses, sozial-digitales Experiment – mit ungewissem Ausgang. (Republik, 16.4.)

«In Umgebungen wie einer Strassenbahn funktioniert Bluetooth zur Kontaktverfolgung einfach nicht.»
(Douglas J. Leith, Profesor für Computer Systems, Trinitiy College Dublin, Inside-it, 12.10.)

Die App ist aus Datenschutzgründen so aufgebaut, dass wir nur sehr wenige Informationen rausziehen können» (Thomas Steffen, Basler Kantonsarzt, WOZ 27.8.)

Verschiedene Apps zur Registrierung in Restaurants, Bars oder Veranstaltungen, decken gemäss deren Anbietern 85% aller Kontakte ab. (Berner Zeitung 15.12)

ISOLIEREN und QUARANTÄNE

Wer, wie und wie lange?
«Erleichterungen von der Quarantäne sind von den Kantonen grundsätzlich nur in Tätigkeitsbereichen von hoher Relevanz für die Gesamtgesellschaft vorzusehen, sofern ein akuter Personalmangel vorliegt.»
(Gesundheitsdirektorenkonferenz, Berner Zeitung 27.11.)

«Man könnte sich durchaus überlegen, die Quarantäne unter gewissen Bedingungen, kombiniert mit wiederholtem Testen zu verkürzen»
(Jan Fehr, Professor für Reisemedizin und öffentliche Gesundheit und Leiter Testcenter Uni Zürich, Der Bund 24.11.)

Das BAG empfiehlt seit Ende 2020, dass bei möglichen Ansteckungen mit den neuen Corona-Varianten, nicht nur die direkten Kontakte in Quarantäne müssen, sondern auch deren Kontakte. Die Berner Epidemiologin Nicola Low, Expertin in der Taskforce des Bundesrats, sagt: «Es werden mehr Personen in Quarantäne müssen.» Zudem brauche es das sogenannte Backward-Tracing. Man versucht dabei auch, herauszufinden, wo sich die Person angesteckt haben könnte. (Der Bund 14.1.)

Kosten und Bussen
Wer sich freiwillig selbst isoliert, hat keinen Anspruch auf Entschädigung. Aber wer ein positives Testresultat erhält oder vom kantonsärztlichen Dienst in Quarantäne geschickt wird, hat Anrecht auf den Corona-Erwerbsersatz vom Bund. (Espresso SRF 22.10.)

Isolation und Quarantäne nicht eingehalten

Kanton SO: Eine positiv getestete Frau hielt sich am 27.6. an zwei Veranstaltungen in Grenchen auf, obwohl die Isolation bis 1.7. dauerte. Sie erhielt eine Busse von 1'500.- (plus 400.- Verfahrenskosten). (Cash 19.11.)

Kanton ZH: Im September ging ein Reiserückkehrer am letzten Tag der Reisequarantäne im Wald spazieren und erhielt eine Busse von 2'000.- (plus 750.- Bearbeitungsgebühr). (Berner Zeitung 30.9.)

«Der Impfstoff ist der einzige Weg aus dieser Pandemie.»

(Christian Münz, Professor für virale Immunbiologie Universität Zürich und Mitglied Taskforce, Tagblatt, 6.11.)

Heiss umkämpfter Impfstoff

Wohlhabende Staaten, die 14% der Weltbevölkerung repräsentieren, haben sich über die Hälfte der vielversprechendsten Impfdosen gesichert. So könnte Kanada seine Bevölkerung fünfmal durchimpfen. In zahlreichen armen Ländern hingegen wird 2021 nur etwas jeder Zehnte geimpfte werden können. (Zeit, 30.12.)

«Ich muss es ganz offen sagen: Die Welt steht am Rande eines katastrophalen moralischen Versagens – und der Preis dieses Versagens wird mit Leben und Existenzen in den ärmsten Ländern der Welt bezahlt werden.» (Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor Weltgesundheitsorganisation, Rede am Auftakt einer mehrtägigen Sitzung des Exekutivrats der WHO, 18.1.2021)

Wirkung und Folgen

«Die aktuellen Impfstoffe werden wahrscheinlich besser darin sein, Komplikationen bei Hochrisikopatienten zu verhindern als die Übertragung des Virus. Ob wir zum normalen Leben zurückkehren können, hängt davon ab, wie viele Menschen aus Risikogruppen und aus dem Gesundheitssektor sich in den nächsten Monaten impfen lassen.» (Claire-Anne Siegrist, ehem. Vorsitzende Eidg. Kommission für Impffragen, Beobachter 1/2021)

«Ich bin ein klarer Verfechter der Impfung. Ich bin aber auch nach wie vor überzeugt, dass jene, die am meisten gefährdet sind, deshalb sterben, weil sie kein starkes Immunsystem mehr haben. Wenn ich alt und gebrechlich bin, dann verliere ich auch meine immunologische Kompetenz. Aus Grippeimpfungen weiss man: Gebrechliche Menschen reagieren kaum oder gar nicht auf Impfungen. Deshalb zeigen Studien auch, dass die Grippeimpfung von betagten Menschen nichts bringt. Wenn wir gefährdete Menschen wirksam schützen wollen, dann ist es am besten, wenn wir die jungen gesunden Menschen mit intaktem Immunsystem impfen.» (Pietro Vernazza, Chefarzt für Infektiologie Kantonsspital St. Gallen, Medinside, 4.1.21)

Privilegien für Geimpfte?

Private Unternehmen sollen nicht eigenmächtig verlangen, dass alle Kunden ein Smartphone mit Gesundheitsdaten, wie zum Beispiel einen digitalen Impfausweis, vorweisen – etwa um in einen Betrieb zu gelangen. Seuchenbekämpfung ist Aufgabe des Staates und nicht von Privaten. Wenn der Gesetzgeber sagt, es kommt niemand in ein Flugzeug oder in ein Restaurant ohne Impfausweis, dann ist das ein politischer Entscheid. Die Bürger dürfen nicht einer Beschaffung und Bearbeitung von Gesundheitsdaten durch andere Bürger ausgesetzt werden. Ohne gesetzliche Vorgaben geht das nicht! (Adrian Lobsiger, Eidgenössischer Datenschützer, Blick, 28.12.)

«Die Geimpften dürften auf Lockerungen pochen, und die Veranstalter haben ein Interesse daran, ihr Geschäft wieder aufnehmen zu können.» (Lukas Engelberger, der oberste Gesundheitsdirektor der Schweiz, Der Bund 4.12.)

Ausnahme vom Patentrecht?

Vor dem Hintergrund der erwarteten Lieferengpässe stellten Indien und Südafrika Anfang Oktober – entsprechend den WTO-Regeln für ausserordentliche Umstände – einen Antrag auf vorübergehende Aufhebung bestimmter Auflagen des Abkommens über geistige Eigentumsrechte (Trips) für Produkte zur Bekämpfung von Covid-19. Würde dies angenommen, dürften lokale Unternehmen, die über das nötige Know-how verfügen, also Tests, Behandlungen oder Impfstoffe herstellen, ohne lange eine Lizenz aushandeln zu müssen – während der Dauer der Pandemie. Bei der ersten WTO-Debatte Mitte Oktober lehnte die Schweiz die Trips-Ausnahmeregelung unter dem Vorwand ab, Patente würden in dieser Krise kein Hindernis darstellen. Das ist falsch, und es wurden bereits zahlreiche Patente erteilt, namentlich auf Covid-19-Impfstoffe. (Ruth Dreifuss, Altbundesrätin, Vorsitzende mehrerer UN-Kommissionen zu Gesundheit und geistigem Eigentum und Patrick Durisch, Gesundheitsexperte der NGO Public Eye, Tagesanzeiger, 22.11.)

«Die Suspendierung des Trips-Abkommens (handelsrelevanter Aspekte geistigen Eigentums) wäre ein problematisches Signal an alle laufenden partnerschaftlichen Bemühungen auf internationaler Ebene, einen Covid-Impfstoff und neue Medikamente gegen das Virus zu entwickeln.» (Mathias Schaeli, Institut für Geistiges Eigentum, Der Bund 20.11.)

Gesellschaft

Kultur und Sport, die Nähe und Austausch in der Gesellschaft herstellen, finden nur noch ohne Publikum oder online statt. Der Schulunterricht wird von Schutzkonzepten und Diskussionen um Fernunterricht geprägt. Tod und Trauer kommen durch die Pandemie wieder näher in an die Gesellschaft heran und die Solidarität des Frühlings schwindet. Es stellt sich die Frage, ob es sich nur um eine Krise handelt?

Kultur: Ohrenbetäubende Stille

Im Frühling vermochte der Shutdown noch ungeahnte Energien freizusetzen, die in Balkonauftritte, freies Singen auf der Strasse, Tourneen durch Innenhöfe und viele weitere originelle Projekte flossen. Nun aber stehen Verdruss oder Verzweiflung solchen Aktionen im Weg. Auch das Live-Streaming wird nur sehr zögerlich wieder aufgenommen. Zum einen, weil sich gestreamte Veranstaltungen als Ersatz für echte Live-Erlebnisse nicht wirklich bewährt haben. Zum anderen aber auch, weil digitale Gratisangebote in der finanziell gebeutelten Kulturbranche zunehmend kritisch gesehen werden. (NZZ 26.11.)

Mit einer Lichterkette machen die Kulturbetriebe in Bern am 30.11. auf ihre Lage und Forderungen aufmerksam. (Foto: Adrian Moser, Berner Zeitung)

Kulturschweigen
Die Kulturbranche macht in der Schweiz jährlich einen Umsatz von 15 Mia. Franken. Jeder zehnte Schweizer Betrieb gehört zur Kultur- oder Kreativwirtschaft. Doch sie hat eine schwache Lobby und ist stark segmentiert. (nau.ch 13.10.)

Kleine Liste der Absagen
Eidgenössisches Musikfest 2021 (das nächste wird 2026 sein), Art Basel, Basler, Luzerner und Berner Fasnacht 2020 und 2021, Basler Herbstmesse und Zürcher Streetparade. Allein bei Ticketcorner waren von Ende Oktober bis Ende Dezember 280 abgesagte oder verschobene Veranstaltungen gelistet.

«Die Dorfmusik gab mir Struktur»

Blasmusikanten, Pokerclub, Schützenverein, Jodlerverein, Fussballclub. In Naters gibt es über 100 Vereine. Der Präsident des FC Naters, Hans Ritz, ist frustriert: «Wir haben rund 300 Spieler, die nun nicht mehr kommen dürfen. Der ganze Betrieb ist tot.» Norbert Schaller spielt seit 53 Jahren Trompete in der Dorfmusik. «Jeden Tag habe ich mir zwei Stunden für die Blasmusik reserviert, das strukturierte meinen Tag. Jetzt ohne Zielvorgabe fehlt die Motivation.» (SRF 3.11.)

Gesuche und Grundeinkommen

Jetzt geht es plötzlich schnell. Und unkompliziert. Zürcher Kulturschaffende sollen bis Ende April monatlich ein Ersatzeinkommen von 3'840 Franken erhalten. Dies gilt rückwirkend auch für den Monat Dezember (Tages-Anzeiger 15.1.21)

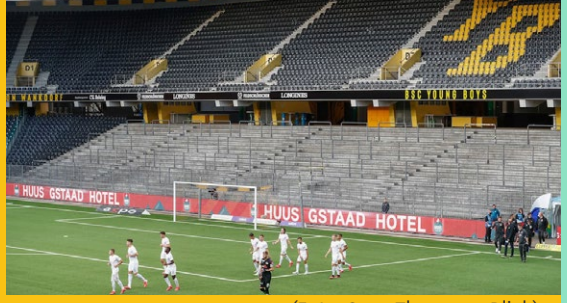
Keine exakte Wissenschaft

Der Kanton Bern schliesst im Unterschied zu andern Kantonen die Museen ab 29.10. Weshalb? «Es gibt keine exakte Wissenschaft, die jede Massnahme begründen kann.» (Regierungsrat Christoph Ammann, Berner Zeitung 29.10.)

Brauchen wir Kultur?

- «Ein vitales Kulturleben gehört zu den Fundamenten einer jeden Gesellschaft. Wir brauchen Kultur.» (Bundesrat Alain Berset, Luzerner Zeitung 14.8.)
- «Ich finde es sehr schwierig, als Kulturschaffende immer zu behaupten: „Natürlich fehlt den Leuten die Kultur!" Da müsste man schon die Leute selber fragen.» (Sandra Künzi, WOZ 5.11.)

Sport: Die Magie des Augenblicks



(Foto: Sven Thomann, Blick)

Es ist nicht normal wie wir momentan leben

«Was fehlte, als Spitzensport nicht mehr stattfand: Die Magie des Augenblicks. Die Unmittelbarkeit. Ich ärgere mich immer über den Begriff der neuen Normalität. Es ist nicht normal wie wir momentan leben! Nähe haben wir als soziale Wesen alle nötig. Wenn wir die nicht wieder herstellen können, bricht unsere Gesellschaft auseinander.» (Walter Mengeisen, Stv. Direktor des Baspo, Berner Zeitung 19.8.)

Kleine Geschichte der Kultur- und Sportsubventionen

In der Schweiz wird seit Ende des 19. Jahrhundert Kultur auch öffentlich finanziert, derzeit mit 2.94 Mia. oder 348 Franken/Kopf. Der Sport seit den 1920er Jahren über die Lotteriegesellschaften und verstärkt seit den 1990ern, derzeit mit knapp 2 Mia. Franken. Sponsoring wird mit der Corona- und der Wirtschaftskrise schwieriger. Die Rolle der öffentlichen Finanzierung rückt stärker ins Zentrum der Diskussion.

Unterstützung im Mai

Im Mai genehmigt der Bundesrat den Fussball- und Eishockeyprofiligen Darlehen im Wert von 350 Mio. Franken.

«Die Ligen verpflichten sich in den nächsten drei Jahren in den Klubs, die Darlehen beanspruchen, die Lohnsumme um 20% zu senken»
(Bundesrätin Viola Amherd, bluewin.ch 13.5.)

Die restlichen Sportarten werden mit à-fonds-perdu-Beiträgen von 200 Mio. unterstützt. «Der restliche Sport basiert sehr stark auf Freiwilligenarbeit. Da werden auch in normalen Zeiten keine grossen Zuschauereinnahmen generiert. Diese Non-Profit-Strukturen wollen wir nicht mit Darlehen belasten, da braucht es à-fonds-perdu-Beiträge.»
(Bundesrätin Viola Amherd, NZZ 31.10.)

Anpassung im November

Ab 1. Oktober sind Veranstaltungen mit bis zu 1'000 Personen erlaubt, ab 28. Oktober wieder nur mit max. 50 Personen.

«De facto bedeutet das erneut Geisterspiele. Betroffen wären auch die Nachwuchsabteilungen. Heute spielen rund 200'000 Kinder und Jugendliche Eishockey und Fussball.» (NZZ 18.11.)

Der Schweizer Profi-Sport atmet gestern um 14 Uhr auf. Im Gegensatz zur Kulturbranche sichert der Bundesrat den Vereinen à-fonds-perdu-Kredite in der Höhe von 115 Mio. zu. Unter anderem müssen die Spieler-Löhne über 148'200 Franken um mindestens 20% gekürzt werden. Und dies während fünf Jahren.
(nau 19.11.)

Slalom am Lauberhorn

Die Weltcuprennen am Lauberhorn – das grösste Skiereignis der Schweiz – bewilligte der Kanton Bern am Sonntag, 10.1.21 und verbot sie am Montag 11.1.21. «Es entstand eine riesige Hysterie.» (Urs Näpflin, SRF 17.1.21)

Auch mit dem zweiten Lockdown vom 13.1. bleiben die Skigebiete geöffnet. «Skifahren bewegt viele Schweizerinnen und Schweizer auch dann noch, wenn sie längst nicht mehr selber auf die Piste gehen»
(Michelle Huwiler, Alpines Museum, bluewin.ch 4.12.)

Sind traditionsreiche Fussballklubs Kulturgut?

«Ich will keine Forderungen stellen oder jammern. Aber ich erwarte, dass der Spitzensport gleich behandelt wird wie die Kultur. Wir im Fussball machen so viel für den Nachwuchs und die Integration, da hätten wir es mehr als verdient, gleich behandelt zu werden.»
(FC Zürich-CEO Ancillo Canepa, SRF 5.11.)

Tanz am Abgrund

Am krassen Beispiel der Tanzschulen wird deutlich, wie schlecht die Massnahmen des Bundes aufeinander abgestimmt sind. Eine ganze Branche, die eine tragende Rolle für die Gesundheitsförderung und den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz spielt, steht vor dem Abgrund.
(MM TanzVereinigung Schweiz 13.12.)

Schule in Schwierigkeiten

Schüler*innen lernten kaum etwas während dem Homeschooling/Lockdown

Eine Studie aus den Niederladen zur Primarschule sieht den Lernprozess für das gesamte Schuljahr 20% unter dem erwarteten Wert – diese 20% entsprechen der Zeit des Homeschoolings. «Das ist alarmierend. Die meisten Kinder lernten so gut wie nichts», sagt die renommierte Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm. Es deckt sich teilweise mit den Resultaten von Untersuchungen wie dem «Schulbarometer» der Pädagogischen Hochschule Zug (...) «Demnach hat ein Drittel der Schüler während der Schulschliessungen in der Schweiz wenig gelernt, rund 20% gar nichts», so Studienleiter Stephan Huber.
(beide: Der Bund 17.11)

«Schulen sollen offen bleiben»

So Martin Ackermann, Leiter Covid-Taskforce, 27.10. Eine Petition von Pro Juventute mit über 10'000 Unterschriften fordert offene obligatorische Schulen und Kinderbetreuungs-Einrichtungen:

- Schulschliessungen führen zu Bildungslücken und verschlechtern die Chancengerechtigkeit
- Kinder leiden in Folge der Schulschliessungen öfter unter häuslicher Gewalt
- Schulen nehmen die Funktion als Frühwarnsystem wahr und sind ein wichtiger Ort für den sozialen Austausch

Die Schulen, zumindest die obligatorischen, müssen offen bleiben.
«Das ist Konsens unter den Erziehungsdirektoren – und auch unter den Eltern, soweit ich das beurteilen kann»
(Basler Regierungsrat Conradin Cramer, Berner Zeitung 10.11.)

Der grosse Unterschied

Am 13.3. werden bei 433 Corona-Fällen schweizweit alle Schulen geschlossen bis am 11.5. (Volksschulen) und 8.6. (alle weiteren): 1,5 Mio. Schüler*innen bleiben zuhause.

Im Winter 2020/21 mit bis zu 10'000 Corona-Fällen pro Tag (10'558 Fälle am 2.11.) bleiben die Schulen geöffnet (Universitäten und Fachhochschulen mit Fernunterricht).

«Ausgeknockt von Corona»,
Schulleiterin Maja Fankhauser: In Grindelwald wurde innert 4 Tagen die gesamte Schule (4 Schulhäuser mit Primar- und Sekundarstufe mit 300 Schüler*innen und 40 Lehrer*innen) geschlossen, weil mehrere Lehrer*innen positiv auf Corona getestet wurden.
(Berner Zeitung 10.11.)

(Foto: Screenshot 20minuten.ch)

Schutzkonzepte

Militärdecken gegen die Kälte beim Stosslüften im Winter, sitzend und nur zu viert essen, keine mitgebrachten Mahlzeiten mehr in der Mensa, generelle Maskenpflicht auf dem gesamten Areal usw. Jede Schule hat ihr eigenes Schutzkonzept mit sinnvollen oder weniger sinnvollen Regeln. Auch wenn man sich daran gewöhnt, die Maskenpflicht an den Schulen bringt Probleme mit sich (SRF 28.10.):
«Französischvortrag mit Maske ist viel schwieriger.»
(Christina Nievergelt, Lehrerin)
«Es ist schwieriger, sich zu konzentrieren.» (Lisa Rupp, Schülerin)

Für oder gegen Fernunterricht

In Zürich oder St. Gallen wurden Onlinepetitionen gestartet, um zumindest am Gymnasium den Fernunterricht wieder einzuführen. «Wir sind freiwillig in einer weiterführenden Schule und fordern Mitspracherecht! Wir wollen in den Fernunterricht» (Berner Zeitung 10.11.)

Der Verband der Studierenden der Uni Zürich will keine «Fern-Uni». Der Kantonsrat kürzte 6,4 Mio. Franken bei der Universität. Die Studierenden sollen vermehrt online unterrichtet werden. Nach bald einem Jahr Online-Unterricht zeichneten sich auch Nachteile ab, etwa im Bereich der Lerngruppen, in Diskussionsrunden und dem sozialen Austausch. (bluewin.ch 18.12.)

Die Psyche leidet

«Eine derartige Zunahme wie dieses Jahr habe ich noch nie erlebt», sagte Alain Di Gallo, Direktor der Klinik für Kinder und Jugendlichen der Psychiatrischen Kliniken Basel. «Nach den Sommerferien merkten die schwächeren Kinder, dass sie abgehängt worden waren.» Die Folge: Zunehmende Sorgen und Enttäuschungen, die sich in aggressivem Verhalten oder Rückzug aus dem sozialen Umfeld zeigen können. (Cash 7.12.)

Auch die Kinder- und Jugendpsychiatrien in Zürich, Bern und Lausanne haben 2020 zwischen 40 und 50% mehr Notfälle gehabt als im Vorjahr. In Zürich, 400 zusätzliche Kinder und Jugendliche, darunter Teenager, die versucht haben, sich das Leben zu nehmen.
(Die Zeit 30.12.)

Trauer und Tod

Umgang mit der Trauer

- «Wir müssen darüber sprechen. (...) Wir als Gesellschaft können den Umgang mit dem Sterben nicht an den Bundesrat delegieren» (Eva Niedermann, Tagesanzeiger 21.11)
- Der Tod bleibt abstrakt. Für viele ist er einfach eine Zahl, kommuniziert am Mittag, von einem Bundesamt. (Der Bund 21.11.)

«Es gibt keine Traueradresse des Bundesrates (...) Keine Fahnen auf halbmast, kein öffentliches Gedenken.» (Giery Cavelty, Blick 22.11.)

«Ältere Menschen sterben, das ist bekannt, auch mit der gewöhnlichen Grippe.» (Bundesrat Alain Berset, TeleZürich 18.11.)

(Quelle: Felix Schaad, Tagesanzeiger 21.11.)

- Italien hat per Gesetz einen jährlichen Gedenktag für die Corona-Opfer eingeführt: 18. März – Datum des Särgetransport durch einen Militärkonvoi in Bergamo. (Tages Anzeiger 05.12.)
- Die Vereinigte Bundesversammlung hat vor der Wahl des Bundespräsidiums der über 5'000 Covid-Opfer gedacht. Nationalratspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) : «Wir trauern nun mit ihnen in dieser schweren Zeit und wünschen ihnen viel Kraft und Hoffnung.» (Tagblatt 09.12.)

Es entstehen digitale und analoge Gedenkorte: #CoronaZero #CoronaMahnwache

(Foto: Susanne Keller, Der Bund)

Professionalität des Sterbens

Dass in der Schweiz weniger über die Toten berichtet und gestritten wird, erklärt François Höpflinger, Altersforscher, mit der «Professionalität des Sterbens und der Privatisierung des Todes.» Im Vergleich mit Deutschland lebten und stürben viel mehr Menschen in einem Alters- oder Pflegeheim. (Die Zeit 26.11.)

Tod und Gesellschaft

Im Frühling bestand ein Konsens darin, eine Überlastung des Gesundheitssystems und im Speziellen der Intensivpflegestationen zu vermeiden. Gilt das weiterhin?

Ja. Wobei eine weitere Dimension hinzukommt. Wir haben den Anspruch, dass wir ohne Leid und praktisch ohne Todesfälle durch die Pandemie kommen. Das ist zwar verständlich, aber völlig unmöglich.

Der Tod kommt durch die Pandemie wieder näher an die Gesellschaft heran.

Heute existieren Leiden und Tod fast nicht. Wir kämpfen gegen den Krebs bis zur letzten Minute – und dann verlieren wir halt. Aber da fehlt etwas dazwischen.
Wir kämpfen meist um jeden Preis um das Leben. Möglicherweise stimmt das nicht in jedem Fall für jede Person. Das heisst nicht, dass wir unsere Leben nicht maximal schützen sollten. Aber maximal heisst für den Einzelnen das, was er braucht und will. (Thomas Steffen, Kantonsarzt Basel-Stadt, NZZ 23.10.)

Diesen Sommer war es ruhig, in Zürich gab es gar eine Untersterblichkeit. Aber früher oder später müssten die Leute gehen, sagt Rolf Steinmann. Er leitet das Friedhofsamt der Stadt Zürich mit dem grössten Krematorium der Schweiz. Diese grosse Welle sei quasi der «Ausgleich». Und doch betont er immer und immer wieder: «So eine Situation habe ich wirklich noch nie erlebt.» (NZZ 5.1.21)

«Solidarität war im Frühling billiger zu haben»

«Misstrauen, Egoismus und Aggressivität scheinen Werte wie Solidarität und Freundlichkeit, die während der ersten Welle der Infektionen im Frühjahr dieses Jahres im Vordergrund standen, beiseite zu schieben. (Sotomo, SRF 6.11.)

«Verantwortung wahrzunehmen kostet nicht für alle gleich viel»
(Barbara Bleisch, Philosophin, Der Bund 28.11.)

«Das ist diese Wohltätigkeit, mit der man bestimmten Menschengruppen den Überfluss der Normalbürger schenkt – und das noch als Solidarität darstellt.»
(Véréna Keller, emeritierte Professorin für soziale Arbeit in Genf, WOZ 5.11.)

Soziale Kontakte

Gang in den Cyberspace

Ob Hologramm-Konzert oder Social-Virtual-Reality, virtuelle Museen oder Gespräche mit Avataren: Es gibt immer mehr Alternativen zu physischen Treffen. Sie kosten weniger und werden deshalb auch bleiben und physische Treffen ergänzen oder ganz ersetzen, wenn die Pandemie einmal vorüber sein wird. (GDI 26.11.)

Homeoffice?

Seit Mitte März sitzen 80% der 12'200 Angestellten von Novartis in der Schweiz im Homeoffice. Nun ist sie die Erste, die ihnen zwei Wochen ohne Videokonferenzen verordnet, um das Arbeiten von zu Hause aus erträglicher zu machen. «Auch ich bin super Zoom-müde,» sagt Vas Narasimhan, Novartis-Chef. Linda Nierling vom Karlsruher Institut für Technologie meint, die generell zunehmende Verschmelzung von Arbeit und Leben sei ein schon längeres Phänomen, das mit dem Homeoffice während der Pandemie jedoch noch akuter werde. (Der Bund 3.12.)

Haustiere

Die Nachfrage nach Hunden, aber auch Katzen, Meerschweinchen, Hamstern oder Kaninchen ist 2020 auffällig stark gestiegen. Die Fachpsychologin für Psychotherapie, Csilla Kenessy Landös, erklärt das mit dem Kuschelhormon Oxytocin, das bei Sozialkontakten oder Berührungen ausgeschüttet wird. «Neurologisch gesehen brauchen wir eine Gruppe zum Überleben, wir müssen uns um jemanden kümmern. Das macht uns glücklich».
(Berner Zeitung 12.10.)

Sturm auf die Natur

Plötzlich traf man Nachbarn im Wald, die sonst nie draussen unterwegs waren. Picknickplätze wurden zu Partylocations. Gegen den Sommer weitete sich diese Phänomene auf die ganze Schweiz aus, insbesondere in den Alpenraum. Kleinbusse und Camper wurden bis auf die höchsten Alpen und in die tiefsten Täler gefahren. (Pro Natura Magazin 1.21)

Neutral ist nicht fair...

«neutrale Maßnahmen und Reformen sind nicht dasselbe wie faire und gerechte Maßnahmen und Reformen»
(Dezernat Zukunft 13.10.)

«Und wenn wir dann Ungleiches einfach gleich behandeln, bleibt es ungleich.» (Ueli Mäder, Infosperber 27.11.)

... oder doch?

«Zum modernen Freiheitsbegriff gehört die Selbst- bez. Eigenverantwortung: Es ist Sache des Einzelnen, wie er sich ernährt, ob er raucht oder trinkt und womit er seine Freizeit verbringt.» (Rudolf Brander, NZZ 8.10.)

Vier Zukunftsszenarien

(Quelle: zukunftsinstitut.de; Der Corona-Effekt)

Nur eine Krise?

«Bevor ich krank wurde, hatte ich das Gefühl, dass viel über die «grossen Fragen» geredet wurde. Es wurde klar, dass man sich das Ende des Kapitalismus wieder vorstellen kann – vorher unvorstellbar. Dann wurde ich ins Koma gelegt, wachte sieben Wochen später wieder auf und es war keine Rede mehr davon. Es braucht wieder mehr von diesen Diskursen.» (Jonas Lüscher, SRF 26.9.)

«Vor nunmehr zwölf Jahren eröffnete die Finanzkrise unverhofft die Chance, den Kapitalismus grundlegend zu verändern, doch sie wurde vertan. Jetzt bietet eine andere Krise wiederum die Chance der Erneuerung. Diesmal kann die Welt es sich nicht leisten, sie zu vergeuden.» (Mariana Mazzucato, Ökonomin, Infosperber 27.12.)

«Schaut man die Dringlichkeit und Dynamik der Probleme an – der rasende Verlust der Artenvielfalt etwa, die ungerechte Verteilung des Reichtums oder die neuerdings wieder zunehmende Unterernährung – muss man sagen: Wir sind daran, die Welt mit vollem Tempo an die Wand zu fahren». (Sabin Bieri, Uni Bern, Berner Zeitung 19.10.)

Sicht der Anleger

«Im kommenden Jahrzehnt werden Anleger mit einer Welt konfrontiert werden, die stärker verschuldet, ungleicher, lokaler, aber auch digitaler und in mancher Beziehung nachhaltiger ist»
«Year Ahead»-Bericht der UBS
(Cash 17.11.)

«Es gibt leider keinen Impfstoff gegen den Klimawandel»

(Jagan Chapagain Generalsekretär der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, IFRC)

Die Welt sei seit der Corona-Pandemie im März von mehr als hundert Naturkatastrophen getroffen wurde, von denen viele im Zusammenhang mit dem Klimawandel standen. Mehr als 50 Mio. Menschen seien von diesen Katastrophen betroffen gewesen. (bluewin.ch 18.11.)

COVID-19 und Klima: common lessons WHO

- Eine universelle Gesundheitsversorgung durch gut ausgestattete, gerechte Gesundheitssysteme schützt vor kurz- und langfristigen Gesundheitsbedrohungen
- Frühzeitiges Handeln rettet Leben.
- Ungleichheit ist ein großes Hindernis bei der Gewährleistung von Gesundheit und Wohlbefinden, insbesondere für die Schwächsten in der Gesellschaft

Wir wissen genug um zu handeln

«Die Menschen verdrängen, wenn sie nicht wissen was zu tun ist oder keine Chance sehen, das Ziel zu erreichen» (Dieter Frey, Psychologe Uni München, Süddeutsche Zeitung 26.9.)

«Deshalb sind Gruppen so wichtig»
(Immo Fritsche, Psychologie der Umweltkrise, Horizonte Uni Bern)

Wir haben

- ☐ ein Wissenproblem
- ☐ ein Handlungsproblem
- ☐ ein Motivationsproblem
- ☐ ein Organisationsproblem
- ☐ _____
- ☐ gar kein Problem

(Quelle: Tour de Lorraine)

Mehr Menschen auf der Flucht

Die Corona-Krise und damit verbundene Armut betroffener Bevölkerungen dürfte die Flucht Richtung Europa verstärken, sagte UNHCR-Chef Filippo Grandi in Genf. Insgesamt sind 79,5 Mio. Menschen auf der Flucht, wie das UNHCR zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni mitteilte. Die Zahl ist ein neuer Rekord in der fast 70-jährigen Geschichte des UNHCR. Sie hat sich zwischen 2010 und 2019 fast verdoppelt. (ntv 18.6.)

Das allgemeine Recht aufs Atmen

«Wenn Covid-19 tatsächlich der spektakuläre Ausdruck der planetarischen Sackgasse ist, in der die Menschheit sich befindet, dann geht es um nicht mehr und nicht weniger als um eine Neugestaltung der bewohnbaren Erde, die allen die Möglichkeit zu einem erträglichen Leben mit genügend Luft zum Atmen bietet.»
(Achille Mbembe, KulturEinsicht 2.20)

Globales

Die Ungleichheit nimmt weltweit zu, zahlreiche Kinder gehen nicht in die Schule und Demokratien sind weltweit unter Druck. Die Erfahrungen und Massnahmen in verschiedenen Ländern sind sehr unterschiedlich.

Erfahrungen verschiedener Länder

Afrikanische Erfahrungen

(Foto: WHO Africa)

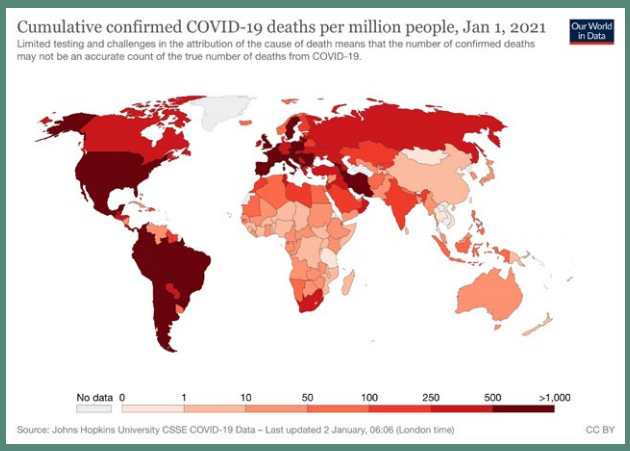
In Afrika zählt 17% der Weltbevölkerung, aber nur 3,6% der Pandemie-Opfer. «Dass die Massnahmen frühzeitig eingeführt wurden, hat den Unterschied ausgemacht. Dabei war die Erfahrung aus früheren Epidemien von grossem Vorteil.» (Matshidiso Moeti Regionaldirektorin für Afrika WHO, SRF 23.10.) Gleichzeitig ist Afrika im Besonderen von Schulschliessungen, Arbeitslosigkeit und Armut betroffen.

(Foto: Wikipedia, CC BY 3.0)

China: Der Preis für tiefe Zahlen

Covid-19 trat erstmals im November 2019 in der Millionenstadt Wuhan auf. China selbst gelang es mit harten Maßnahmen wie Massenquarantäne, Massentests und strikten Einreisebestimmungen die Virusausbreitung zu stoppen (wikipedia). Zwischen Januar und März befanden sich schätzungsweise 780 Mio. Menschen in einem strengen Lockdown (Der Bund 21.11.)

«Die Überwachung auszubauen, war lange geplant. Corona war allerdings eine Art Beschleuniger. Man könnte sagen, dass die Krise der Regierung die Augen dafür geöffnet hat, was man machen kann und wie schnell das möglich ist.» (Nils Grünberg, Tagesspiegel 17.10.) Ab Mai wurde zudem die Demokratiebewegung in Hongkong unterdrückt.



Weltweit wurden 2020 knapp 80 Millionen Infektionen und 1.75 Millionen Todesfälle gezählt.
(wikipedia 1.1.21)

Beispiellose Migrationsbewegung in Indien

Indien schloss «am 24. März um 20 Uhr mit einem Vorlauf von 4 Stunden die gesamte Volkswirtschaft. Zig Millionen verloren auf einen Schlag ihren Job». Aus Angst, in den Slums zu verhungern, verliessen Millionen die Städte, was «das Coronavirus in jeden Winkel dieses 1.3 Mia. Einwohner zählenden Landes verbreitete». Am 12. Oktober kündigte Premier Modi ein Konjunkturprogramm von 10 Mia. Dollar an. Zum Vergleich: In den USA wurde bereits im März ein Hilfsprogramm von 2 Bio. Dollar aufgelegt. (le Monde diplomatique 11.20)

Die asiatische Grippe grassierte zwischen 1957 und 1958. An ihr starben etwa 4 Mio. Menschen. Das Foto zeigt ein Notlazarett in einer schwedischen Turnhalle während der Asiatischen Grippe (1957). (wikipedia)

USA: Jahr des nationalen Traumas

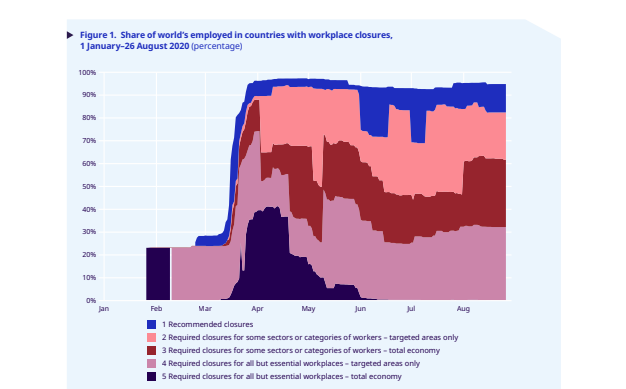
Dies schrieb die New York Times angesichts von Amtsenthebungsverfahren, Pandemie, Wirtschaftskrise und soziale Unruhen. Im April 2020 stieg die Arbeitslosenquote von 4,4% auf 14,7% Am 14. Mai waren 36,5 Mio. Amerikaner arbeitslos gemeldet. Es wird geschätzt, dass die Zahl jener, die unter einer Angststörung oder einer Depression leiden, auf etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung stieg. Ende Jahr zählte die USA 20 Mio. Infektionen und 330'000 Todesfälle (wikipedia).

Die grosse Ungleichheit

Globaler Bildungsnotstand

Aktuell seien noch rund 872 Mio. Kinder in 51 Ländern daran gehindert, in die Klassen zurückzukehren, sagte Unicef-Direktorin Henrietta Fore am 15.9 in Genf. «Die pure Zahl der Kinder, deren Ausbildung für Monate völlig unterbrochen wurde, ist nichts anderes als ein globaler Bildungs-Notfall», Eine Unicef-Analyse in 158 Ländern zeige, dass jeder vierte Staat weiterhin kein Datum für die Wiederöffnung von Schulen habe. (bluewich.ch 15.9.)

Arbeitslosigkeit



Anteil von Arbeitnehmenden weltweit, die von unterschiedlichen Formen von Betriebsschliessungen betroffen sind./Quelle: ILO-Monitor 23.9.2020

Von April bis Juni sind schätzungsweise 495 Mio. Vollzeitjobs weggefallen. Löhne und Gehälter seien seit Beginn des Jahres in einer Größenordnung von 3.500 Mia. Dollar (2.988 Mia. Euro) verloren gegangen. (ILO 23.9.)

Das Ungleichheitsvirus

Die Corona-Pandemie stellt eine Zäsur in der Geschichte der Menschheit dar: Erstmals seitdem Ungleichheit statistisch erfasst wird, droht sie in praktisch allen Ländern zur gleichen Zeit anzusteigen. (Oxfam 25.1.21)

Demokratie unter Druck

Während der Pandemie wurden gemäss einer Studie der Universität Göteborg in 83 von 143 untersuchten Ländern demokratische Standards verletzt, ohne dass ein positiver Zusammenhang zu den Todeszahlen festzustellen wäre. (V-Dem Institute, Working Paper 110, 9.20)

«Wir müssen neu herausfinden wie wir arbeiten und uns vernetzen. Die Pandemie hat die Demokratie und die Fortschritte die wir erreicht haben deutlich zurück gedrängt.
(Ichal Supriadi, Asia democracy network 31.12.)

Armut und Hunger nehmen zu

«Viele Menschen erkranken an Covid-19, viele verlieren ihre Arbeit, die Wirtschaft bricht dramatisch ein, Nahrungsmittelpreise steigen und Gesundheitssysteme sind überfordert», erklärte Marlehn Thieme, Präsidentin der Welthungerhilfe. Sie verwies auf Erwartungen der Weltbank, wonach bis Ende des Jahres 70 bis 100 Mio. Menschen in extreme Armut gedrängt werden könnten. Die Zahl der vom Hungertod bedrohten Menschen könne sich bis Ende des Jahres auf 270 Mio. Menschen verdoppeln (nau.ch 7.7.)

Milliardäre werden reicher

Als der Rest der Welt über den Höhepunkt der Epedimie sprach, erhöhten die Milliardäre zwischen April und Juli ihr Einkommen um 27,5%. Die Krise des Coronavirus ist keine Krise für alle. Die reichsten Menschen der Welt haben es geschafft, ihr Vermögen zu vermehren, wie der Jahresbericht der Schweizer Bank UBS zeigt. Das Gesamtvermögen der «bereits Milliardäre» ist auf 10'200 Mia. Dollar angestiegen. (NZZ 7.10.)

Veranstaltungsreihe «Ausnahme-Zustand: Ein Update»

Die Dokumentation «Ausnahme-Zustand: Ein Update» ist seit Februar 2021 im Käfigturms ausgestellt. Die Veranstaltungen dazu wurden ohne Publikum durchgeführt, konnten aber über YouTube live mitverfolgt werden.

Thomas Göttin, Leiter des Polit-Forum Bern, reflektierte in seiner Einleitung zur Veranstaltung am 9. Februar 2021:

«Wir haben eine seltsame Situation: Draussen die Stille des Lockdowns, aber in der Politik viele aktuelle Themen. Wir haben reich befrachtete Abstimmungstermine, wir diskutieren den Umgang mit dem Ausnahme-Zustand, aber alles rein virtuell. Man weiss gar nicht so recht, wo die Leute stehen. Wir machen, was möglich ist, wir haben hier Schülerinnen und Schüler, wir haben Medienkonferenzen, wir haben politische Diskussionen und politische Bildung, vorläufig noch etwas im Flüsterton»

Der Zeitraum und die Dimension der Krise sind Anfang 2021 noch grösser und die Erfahrungen tiefgreifender und existenzieller. Aber es haben auch Analyse und Reflexion eingesetzt. Diese Erfahrungen und Einschätzungen tauschen wir in der zweiten Veranstaltungsreihe zum Ausnahme-Zustand aus. In zwölf Veranstaltungen diskutierten wir von Mitte Februar bis Ende März 2021 folgende Themen:

9. Februar
Von Medien und Zahlen

17. Februar 2021
Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik

18. Februar 2021
Wirtschaften in der zweiten Welle

23. Februar 2021
Schulerfahrungen

24. Februar 2021
Tod und Trauer

1. März 2021
Wo ist die Solidarität geblieben?

4. März 2021
Arm und Reich im Ausnahme-Zustand

8. März 2021
No sports

10. März 2021
Direkte Demokratie auf Distanz

17. März 2021
Globale Krise

18. März 2021
Belastung für Seele und Psyche

24. März 2021
Nur eine Krise?

Ausschnitte aus den Diskussionen sind auf den folgenden Seiten aufgeführt und die ganzen Gespräche können auf youtube.com/politforumbern nachgeschaut werden.

Einzelne Veranstaltungen wurden zudem im Rahmen des Podcast «Demokratzer» veröffentlicht und können auf www.polit-forum-bern.ch/demokratzer gehört werden.

Von Medien und Zahlen
9. Februar 2021

Die Medien spielen eine zentrale Rolle in Krisen. Doch wie gehen Medien mit dem Ausnahme-Zustand um? Wie berichteten sie über die Zahlen? Wie war der Umgang mit dem Spannungsfeld zwischen Kritik und Distanz zu den Behörden, Verantwortung und Angstmache? Was kann die Medienwissenschaft dazu sagen oder beobachten?

Menge and Informationen
Kurz vor dem Lockdown war ungefähr 70% der Berichterstattung über das Thema «Corona». Das ist etwas, was wir noch nie beobachtet haben, diese ungemein starke Fokussierung auf ein Thema. Corona hat die Medien umgetrieben, hat uns natürlich auch als Gesellschaft umgetrieben. Wir haben das dann genauer analysiert und uns gefragt: Worum ging es in diesen Berichten? Wie war die Tonalität? Der Gesamteindruck war eigentlich im grossen Ganzen recht positiv, weil die Medien haben ein sehr breites Spektrum an Themen abgedeckt von Publikum über Wirtschaft, Kultur und Sport.
Linards Udris, Wissenschaftler am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Uni Zürich (FÖG)

Welche Expert:innnen?
Es ist extrem wichtig, dass eine klare Unterscheidung gemacht wird zwischen Expert:innen und Interessenvertreter:innen und wenn Medien Expert:innen zu Wort kommen lassen, dann sollten diese Expert:innen aus verschiedenen Themenfelder kommen. In der ersten Studie haben wir gesehen, dass die Experten, es waren vor allem Männer in der ersten Phase, fast nur aus dem Bereich Medizin gekommen sind. Expert:innen aus anderen Themenfeldern, also Politolog:innen, Jurist:innen oder auch Ökonom:innen hat man viel zu wenig gehört. Dabei wären gerade diese Stimmen sehr wichtig gewesen.
Linards Udris, Wissenschaftler am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Uni Zürich (FÖG)

Zukunft der Medien
Was sich gezeigt hat, ist, dass sich das Geschäftsmodell der Medien dringend ändern muss. Das Bedürfnis nach sachlichen Informationen ist extrem gestiegen. Und was machen Fernsehzeit oder Tamedia? Sie gehen auf Kurzarbeit, das heisst, sie verkleinern die Redaktionen, nehmen Ressourcen raus, und zahlen trotzdem Dividenden aus. Das zeigt meiner Meinung nach, dass das Geschäftsmodell mit den Inseraten, das vermag die Medien nicht mehr zu finanzieren. Also wenn gerade in einer Krise, in einer der grössten Krisen, die die Schweiz seit langem erlebt hat, die Medien ihre Ressourcen reduzieren, dann ist das ein Alarmzeichen. Gleichzeitig sehe ich aber positive Entwicklungen. Die WOZ hat ihre Inhalte gratis zur Verfügung gestellt, die Republik hat einen täglichen Covid-Newsletter entwickelt und hat sich sehr in den Dienst der Leser:innenschaft gestellt. Ich hoffe trotzdem, dass die Medienlandschaft in der nächsten Krise grosszügiger mit den Ressourcen und Inhalten umgeht und nicht die Redaktionen verkleinert.
Andrea Fopp, Journalistin bei bajour, Autorin von «Frau Macht Medien»

Linards Udris,
Medienwissenschaftler am FÖG

Andrea Fopp,
Journalistin bajour

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik

17. Februar 2021

Gerade in Krisen verlassen sich viele Leute auf Expert:innen. Was haben sie für Wissen und Erfahrungen und wie fliesst dies in die Politik ein? Welche Expert:innen kommen zu Wort? Welche Rolle spielt die wissenschaftliche Taskforce? Wie geht die Politik mit den Erkenntnissen der Wissenschaft um?

Rolle der Taskforce

Ich würde die Taskforce in aller Kürze als einen notwendigen Fremdkörper in der Krisenpolitik der Schweiz bezeichnen. Sie ist notwendig, weil es vor der Krise keine wirkliche Kooperation zwischen den führenden Forschenden und dem BAG in der Schweiz gegeben hat. Das war wirklich eine Unterlassungssünde der Politik und sie ist ein Fremdkörper, weil ich in der Schweizer Geschichte keine entsprechende Institution kenne, die ad hoc mitten in einer Krise geschaffen wurde und die dann vor allem medial eine derartige Bedeutsamkeit erlangt hat.

Caspar Hirschi, Historiker Uni St. Gallen

Als ich zum ersten Mal die Zusammensetzung [der Taskforce] sah, dachte ich: Wenn das so breit ist, dann ist diese Taskforce praktisch nicht führbar. Es war einfach ein Kompromiss: Jeder darf dabei sein, der irgendwie in diesen Kontext passt, damit alles abgedeckt ist. So kam man aber nicht zu dieser geschärften Truppe, die dann wirklich beraten und agieren kann. Sie haben die Lösung gefunden, indem sie sehr auf Information setzten. Ich glaube, das war von der fachlichen Information her sehr nützlich, aber es blieb dieses «nicht-zusammenkommen» mit dem Bund, zum Teil mit der Verwaltung, aber vor allem auch mit den politischen Gremien.

Thomas Steffen, Kantonsarzt Basel-Stadt

Hat die Wissenschaft absolute Gewissheiten?

Was in dieser Pandemie unhaltbar ist, ist das Auftreten mit absoluter Gewissheit, was richtiges und falsches Verhalten ist. Diese Position ist nicht zu rechtfertigen, denn erstens sind wir gerade in akuten Krisen immer von enormen Unsicherheit begleitet. Wir wissen nicht, was bestimmte Massnahmen und andere drastische Eingriffe für Konsequenzen haben. Es geht deshalb nicht ohne Abwägen, weil jede Massnahmen neben Nutzen, den man sich davon verspricht, auch Schaden hat. Diese Schaden kann man ebenfalls nicht quantifizieren. Man kann nie sicher sein, ob der Nutzen einer Massnahme grösser sein wird, als der Schaden. Diese Situation hat aber nicht dazu geführt, dass man eine grössere Toleranz gegenüber Leuten gehabt hätte, die anders abwägen. Wir haben das Gegenteil erlebt, wir haben eine massive Verhärtung erlebt, auch in den Medien. Und auch von Leuten, die sich eine grosse Gefolgschaft mit solchen Gewissheiten angeeignet haben. Damit habe ich wirklich ein grosses Problem, auch mit Kollegen aus der Wissenschaft, wo ich den Eindruck hatte, dass sie sich über die normativen Positionen, die sie selber vertreten [...] zu wenig Klarheit verschaffen. Und wenn Wissenschaftler mit dem Anspruch auftreten, dass sie wissen, was die Politik zu tun hat, dann kommen wir auch mit unserem Selbstverständnis, sehr schnell an unsere Grenzen.

Caspar Hirschi, Historiker Uni St. Gallen

Caspar Hirschi,
Historiker Uni St. Gallen

Thomas Steffen,
Kantonsarzt Basel-Stadt

Wirtschaften in der zweiten Welle

18. Februar 2021

Kleine Unternehmen, wie Altstadtgeschäfte oder kleinere Gastrobetriebe in Bern, waren besonders stark von dieser Krise betroffen. Wie sind die Besitzer:innen mit den Massnahmen und der damit verbundenen Planungsunsicherheit umgegangen?

Freude trotz Planungsunsicherheit

Einserseits freuen wir uns sehr darauf wieder öffnen zu können, weil das unser Tagesgeschäft ist: endlich wieder an die Front, wieder Leute begrüssen zu dürfen, nicht nur in unseren Kammern Formulare auszufüllen, sondern uns darum zu kümmern, was wir eigentlich gerne machen. Andererseits sind wir auch etwas überrumpelt, plötzlich geht es sehr schnell. Wir spüren die Planungsunsicherheit vor allem in Bezug auf Bestellungen. Das Thema «Ostern» steht an, der Ostermonat ist ein umsatzstarker Monat, aber viele Ware kommt aus Deutschland und Frankreich, die stecken noch voll im Lockdown und produzieren deshalb nicht. Es kommen also neue Herausforderungen. Die nehmen wir natürlich gerne an und freuen uns. Eine Unsicherheit ist aber: Wenn die Restaurants geschlossen bleiben und die Homeoffice-Pflicht bleibt, fehlt uns die Frequenz der Kunden in der Altstadt. Das ist schon noch ein Punkt: Wir öffnen, aber...

Martine Adank, Inhaberin Bilboquet – der Spielzeugladen

Ich fand es im Frühjahr 2020 herausfordernder, weil wir nicht viel über das Virus wussten: Was passiert, wie reagiert es, wie ansteckend ist es? Da haben sich auch die Emotionen ein bisschen überschlagen. Wir haben uns eine Woche gegeben, um zu entscheiden, wie wir vorgehen. In der ersten Woche des Lockdowns haben wir nichts gemacht und alle zwei Stunden Ideen in den Chat geschrieben. Alle Ideen wurden dann immer wieder über den Haufen geworfen. Das war emotional eine sehr anstrengende Zeit, aber als wir dann angefangen haben, waren wir sehr zufrieden und es hat Spass gemacht. Von der Planung her haben wir als Gastrobetrieb den Vorteil, dass wir sehr schnell und flexibel reagieren können.

Donat Berger, Geschäftsführer Apfelgold und Schnouse GmbH

Die Bürokratie der Unterstützungsmassnahmen

Bei der Kurzarbeit haben wir natürlich recht schnell reagiert. Wir hatten zwar ziemlich viel zu tun im Frühjahr 2020, aber vom Umsatz her war das ein Bruchteil, weil alle Getränke weggefallen sind, die machen im Gastgewerbe einen grossen Umsatzanteil aus, viel mehr als die Kuchen, die wir alle in Handarbeit produzieren. Deshalb haben wir Kurzarbeit beantragt, weil wir von den Stunden her nicht auf die Zeit haben. Der erste Monat wurde bezahlt, aber unbürokratisch und schnell ist jetzt in meinen Augen anders. Wir haben ein paar Monate darauf gewartet. Bei der Abrechnung des zweiten Monats habe ich dann nichts mehr erhalten. Ich hätte mich darum kümmern müssen, telefonieren, recherchieren, was mir ein zu grosser Aufwand war, neben der ganzen Logistik, die sonst lief. Die haben wir wirklich unterschätzt. Im dritten Monat habe ich nichts mehr eingegeben. Ich nahm das lieber von meinen Reserven und wollte nicht meine Zeit und Geduld darauf verwenden, es war mir wichtiger in die Kundenpflege zu investieren und mein Team zu unterstützen und vor Ort zu sein und backen. Jetzt bei der zweiten Welle bin ich sehr froh, dass wir auch vom Umsatz her über den Erwartungen liegen und es gar nicht mehr nötig ist, etwas zu beantragen.

Donat Berger, Geschäftsführer Apfelgold und Schnouse GmbH

Weniger Solidarität in der zweiten Welle?

Man hat in der ersten Welle noch unterstützen können, aber jetzt geht es allen langsam etwas schlechter, auch der Festangestellt hat jetzt nur noch 80% Lohn. Es dauert nicht nur 2 Monate und dann ist wieder gut. Ich glaube, alle stellen sich die Frage: «Wann hat das ein Ende?» Das verunsichert viele und trägt zu weniger Solidarität bei.

Martine Adank, Inhaberin Bilboquet – der Spielzeugladen

Martine Adank,
Inhaberin Bilboquet

Donat Berger,
Geschäftsführer Apfelgold und Schnouse GmbH

Schulerfahrungen
23. Februar 2021

Der Ausnahme-Zustand hat den Schulalltag stark verändert: Homeschooling, Schutzkonzepte an Schulen und Schulabschlüsse ohne Prüfungen. Das führte zu Unsicherheit und Bildungslücken. Zusätzlich konnten Schüler:innen ihre Freizeitaktivitäten nicht mehr wahrnehmen und der Kontakt mit Gleichaltrigen war stark eingeschränkt. Wie sind Schüler:innen und Lehrer:innen damit umgegangen?

Fernunterricht
An der Schule gehen durch Fernunterricht keine Arbeitsstellen verloren. Bei der Schliessung von Restaurants ist das anders. Deshalb habe ich persönlich eine Petition unterschrieben, [dass die Schulen geschlossen bleiben], weil ich denke, dass die Schulen da viel mehr bewirken können, ohne dass ein grosser Schaden entsteht.
Jan Wettstein, Gymnasiast am Gymnasium Kirchenfeld

Der Lockdown war für viele Lehrpersonen, wo ja der Unterricht aus der Ferne stattgefunden hat, eine enorme Umstellung. Also plötzlich mussten Lehrpersonen, die sich gewohnt waren Formeln an die Tafel zu schreiben plötzlich zu Bildschirmunterricht wechseln. Bildschirmunterricht ist sehr anstrengend. Man spricht in eine schwarze Leere, es finden keine Interaktionen statt und man kann kaum sicherstellen, dass die Schüler:innen das Material verstanden haben.
Anna-Magdalena Linder, Lehrerin an der WKS in Bern

Keine Lehrabschlussprüfungen
Ich würde gerne eine Momentaufnahme vom letzten Jahr einbringen. Und zwar konnten im letzten Jahr diese Lehrabschlussprüfungen oder QV-Prüfungen nicht stattfinden und das war ein trauriger Moment, eigentlich. Klar gibt es die eine oder andere Person, die sich darüber insgeheim gefreut hat oder etwas erleichtert war, was ich legitim finde. Aber es gab auch Leute, die haben 4 Jahre gelernt als Drogist:in und die konnten quasi nicht zeigen, was sie auf dem Kasten haben und hätten das extrem gerne gemacht. Und schlussendlich waren auch die Abschlussfeiern, die ja auch irgendwie sehr feierlich sind nach 4 Jahren Ausbildung, die Berufsbildner, die stolz sind auf ihre Schützlinge, auch die Lehrpersonen und insbesondere die Familien, die Eltern, die gelitten haben mit den Jugendlichen und dann fällt da alles so ins Wasser und war so unfeierlich, das war schon sehr traurig.
Anna-Magdalena Linder, Lehrerin an der WKS in Bern

Jan Wettstein,
Gymnasiast

Anna-Magdalena Linder,
Lehrerin WKS Bern

Tod und Trauer
24. Februar 2021

Durch die Pandemie ist der Tod wieder präsenter in unserer Gesellschaft geworden. Doch wie gehen wir als Gesellschaft damit um? Hat sich unser Umgang mit Tod und Trauer verändert? Wie wollen wir sterben und welche Auswirkungen wird die Pandemie auf unseren Umgang mit Tod und Trauer haben?

Scheinwerfer auf das Corona-Sterben
Der Scheinwerfer auf das Thema Sterben und Lebensende, der ist prägnanter als auch schon. Es werden sonst in den 10vor10-Nachrichten oder in der Tagesschau keine Intensivstationsbilder gezeigt und es wird auch die Medikalisierung des Sterbens viel weniger gezeigt. Das Bild, das entsteht, ist ein sehr medikalisiertes Sterben – auf der Bauchlage in der Intensivstation. Das ist nicht repräsentativ für das, was wir uns sonst aktiv vorstellen bei 65'000 Todesfällen in der Schweiz pro Jahr. Ich nehme das sehr stark als Scheinwerfer war, der aber auch die Mehrheit vom Sterben nicht zeigt. Es wurde aber zu einem Sprachrohr für anderes Sterben.
Stefan Eychmüller, Leitender Arzt Palliativzentrum, Inselspital

Der Tod als Freund oder Feind?
Was würde das bedeuten, wenn wir davon ausgehen müssten oder würden, dass jeder Tote einer zu viel ist. Es stellt sich die Frage, wann ist unser Lebensende? Kann der Tod auch vom Feind zum Freund werden. Das ist so ein Satz und dieser Punkt, der fehlt im öffentlichen Diskurs. Die Auseinandersetzung mit unserer Endlichkeit, und wenn wir in den Spitälern abwägen, auch wenn wir Fallbesprechungen machen, in Kliniken, in Altenheimen, dann geht es immer darum abzuwägen, gerade bei dieser grössten Sterbegruppe, bei Menschen, die hochbetagt sind mit vielen Vorerkrankungen, dann wägen wir die Lebens- und Sterbensqualität ab. Das heisst Palliative Care bedeutet, dass ich Abschied nehme von der Priorisierung in der Medizin, von der Lebensverlängerung, und priorisiere ganz klar die Sterbequalität und Lebensqualität und nicht mehr die Lebensverlängerung.
Ruth Baumann-Hölzle, Gesundheitsethikerin, Stiftung Dialog Ethik

Abschiednehmen in Zeiten des Social Distancing
Der Zugang war nicht möglich zu den Sterbenden, von den Angehörigen, oder auch in den Spitälern, vor allem in der ersten Welle, da muss man sagen, das Personal in den Spitälern und Altenheimen, hat unglaubliches geleistet. Sie haben versucht, den Angehörigen über Tablets trotzdem noch einen Zugang zu den Sterbenden zu verschaffen. Das war sehr eindrücklich, wie auch Abschiedsrituale möglich gemacht wurden unter diesen unglaublich persönlichen Einschränkungen.
Ruth Baumann-Hölzle, Gesundheitsethikerin, Stiftung Dialog Ethik

Ich fand es sehr eindrucksvoll, auch für uns selber, als wir dann unter den Regeln standen, wie viele Leute dürfen wann kommen. Ich glaube, das erste war der Effekt, dass man erstmals darüber nachgedacht hat, wie wichtig Angehörige beim Sterben sind. Der Zugang, das war vorher ein Allgemeingut und plötzlich wie ein Stacheldraht. Das hat auch unglaubliche Trauer ausgelöst und auch Zorn. Das war insofern spannend, weil dadurch klar wurde, ein Lebensende ohne Beziehung ist grausam.
Stefan Eychmüller, Leitender Arzt Palliativzentrum, Inselspital

Stefan Eychmüller,
Leitender Arzt Palliativzentrum

Ruth Baumann-Hölzle,
Gesundheitsethikerin

Wo ist die Solidarität geblieben?

1. März 2021

Die Homeoffice-Pflicht wurde eingeführt, um Berufstätige zu schützen. Doch nicht alle Berufsgruppen konnten im Homeoffice arbeiten. Pflegefachpersonen oder Kassierer:innen sind nur zwei Beispiele. Im Frühling 2020 wurden diesen systemrelevanten Arbeitskräften viele Solidarität entgegengebracht. Hat sich das im zweiten Lockdown verändert? Wie erleben sogenannte «systemrelevante» Arbeitnehmer:innen Solidarität im Ausnahme-Zustand?

Umgang mit systemrelevanten Arbeiter:innen

Mein Gedanke am Anfang war: ich muss schauen, dass ich so wenig wie möglich Leute treffe und zu Hause bleibe. Ich habe überall aufgepasst, aber musste dann zur Arbeit gehen. Da dachte ich schon: Ich bediene irgendwie 600 bis 700 Personen, die einen Meter vor mir durchlaufen, durch eine schäbige Plastikwand. Also ich hatte auch Angst vor dem Virus, aber nicht so für mich persönlich, sondern für meine Mitmenschen. Mich hat das wirklich eher gestört, wie in dieser Situation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgegangen wurde.

Lukas «Luuk» Gantenbein, Musiker und Kassierer

Ist Applaus Solidarität?

Ich habe mich gefragt, wieso der Applaus nicht schon früher kam. Es kam jetzt aus dieser Krise heraus und die Leute hatten plötzlich Angst vor diesem Virus und fühlten sich irgendwie hilflos. Man hatte das Gefühl, man muss jetzt etwas machen und die armen Leute, die da an der Front arbeiten, irgendwie unterstützen. Aber das wir das schon vorher tagtäglich gemacht haben, mit anderen Krankheiten, das blieb irgendwie weg.

Michèle Heymann, Pflegefachfrau, Stv. Stationsleitung einer medizinisch onkologischen Bettenstation

Abnehmende Solidarität in der zweiten Welle

Es gab eine Zeit, ich glaube so Oktober und November, als die Zahlen wieder stiegen, da hatte ich schon das Gefühl, ich lebe in einer Parallelwelt. Einfach weil im Spital so alles daran gesetzt wurde, dieses Virus irgendwie in Schach zu halten und draussen auf der Bahnhofstrasse sind die Leute zum Teil ohne Maske unterwegs.

Michèle Heymann, Pflegefachfrau, Stv. Stationsleitung einer medizinisch onkologischen Bettenstation

Lukas «Luuk» Gantenbein,
Musiker und Kassierer

Michèle Heymann,
Pflegefachfrau

Arm und Reich im Ausnahme-Zustand

4. März 2021

Zu Beginn der Krise hiess es: Der Virus verursacht zwar viel Leid, aber wenigstens trifft es alle Menschen gleich. Schnell wurde aber festgestellt, dass dies nicht der Fall ist, denn der Ausnahme-Zustand hat Ungleichheit noch einmal deutlich verstärkt. Wer ist besonders betroffen? Welche Rolle spielt der Sozialstaat? Gibt es Profiteure in dieser Krise?

Wer ist besonders betroffen?
Gerade Leute in prekären Arbeitsverhältnissen haben es schwierig in dieser Krise. Das sind wenig geschützte Arbeitsbedingungen mit flexiblen Beschäftigungsgraden und nicht gesicherten Anstellungen, die meistens auch noch durch einen Tieflohn gekennzeichnet sind. Das sind diejenigen, die jetzt stärker betroffen sind, weil ihre Anstellung nicht sicher ist und wenn keine Arbeit mehr vorhanden ist, dann haben sie auch keinen Lohn und keine Beschäftigung mehr.
Robert Fluder, Dozent Soziale Arbeit, Berner Fachhochschule und Journalist

Sans-Papiers sind eine ganz spezifische Gruppe, die sonst schon sehr prekär lebt und sonst schon sehr am Limit wirtschaftet. Sie arbeiten wirklich für die Existenz. Wir haben gemerkt, als im Frühjahr diese Massnahmen ergriffen wurden, hat das diese Leute sehr stark getroffen, weil sie kein Erspartes haben und dann wirklich vor dem Nichts stehen.
Karin Jenni, Co-Leitung Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit
Durch die Krise wurden Ungleichheiten sichtbarer. Die Situation von Sans-Papiers wurde verschärft, aber ihre Situation war vorher schon nicht ideal. Die Krise hat das auch sichtbar gemacht, gerade mit diesen Bildern von Essenschlangen. Das hat viele Rückmeldungen gegeben. Wir hatten sehr viele Anfragen, auch von Medien. Es kam wirklich in die Öffentlichkeit.
Karin Jenni, Co-Leitung Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

Die Bedeutung des Sozialstaats – trotz Allem
Etwas Positives ist vielleicht, dass die Krise gezeigt hat, wie wichtig die sozialen Sicherheitssysteme sind und aufgezeigt hat, wo die Lücken sind und da sollte man jetzt ansetzen. Diese Lücken müssen wir jetzt schliessen. Eigentlich sollte in der Schweiz durch das Sozialversicherungssystem, nicht durch die Sozialhilfe, sondern das vorgelagerte System, sollte eigentlich ein gesichertes Grundeinkommen da sein für Leute, die ihren Job verloren haben, oder nicht mehr Erwerbstätig sind oder auch im Alter. Das ist noch nicht so, wir haben zwar ein gutes Sicherungssystem, aber es hat Lücken und da müssten wir ansetzen, damit weniger durch die Lücken fallen.
Robert Fluder, Dozent Soziale Arbeit, Berner Fachhochschule und Journalist

Langfristige Folgen
Am Anfang wusste sowieso niemand genau, wie lange das dauern wird. Auch bei uns! Wir dachten: Jetzt kommt das mal und jetzt stellen wir so ein Überbrückungshilfefond auf die Beine und dann geht das hoffentlich wieder vorbei und im Sommer können die Leute wieder arbeiten. Wir hatten schon im Hinterkopf, es könnte lange dauern, aber es war niemand darauf gefasst, wie lange das dauern kann und wird.
Karin Jenni, Co-Leitung Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

Robert Fluder,
Dozent Berner Fachhochschule

Karin Jenni,
Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

No sports
8. März 2021

Verwaiste Fussballplätze, stille Tanzstudios und leere Zuschauerränge – der Ausnahme-Zustand schränkte auch den Sport stark ein. Wie gingen Sportclubs und Sportvereine mit diesen Einschränkungen um? Was bedeuteten diese Einschränkungen für die Vereine? Was bedeuteten sie für die Einzelpersonen? Wie wurden sie unterstützt?

Sport ist nicht gleich Sport

Für unseren Sport – Tanzen – bedeuteten die Bundesentscheide ganz oft Chaos. Bei neuen Massnahmen musst wir uns immer fragen, was bedeutet das jetzt für uns? Sehr oft wurden Breitensport und die gängigen Sportarten, oder auch Aussentraining klar geregelt. Der Tanz wurde oft nicht geregelt, oder nicht verstanden, was unser Trainingskonzept ist, wie ein Tanzstudio aufgebaut ist, was möglich ist. Das gab es ein grosses hin und her, auch zwischen Kanton und Bund. Es war wirklich nicht einfach. Ein Tanzstudio ist nicht ein Fitnessstudio und auch keine Turnhalle, doch was ist es dann? Es war ein bisschen eine Identitätskrise, auch innerhalb der neuen Massnahmen. Wie können wir die Massnahmen interpretieren, um richtig zu handeln und gleichzeitig auch signalisieren, dass wir nicht immer berücksichtigt wurden.

Rena Brandenberger, Tanzschaffende und Tanzpädagogin

Das Potenzial von «Online» für den Sport

Im Online besteht viel Potenzial, jetzt nicht nur für Sport. Vermutlich aber eher die hybride Form, also eine Mischform zwischen Präsenz und Online. Man muss dort vielleicht auch einfach bewusster entscheiden, was in einem bestimmten Fall Sinn macht und dann das Online auch als Option anschauen und nutzen, gerade auch weil der Zeitsparungfaktor oder auch die Ortsunabhängigkeit schon ein grosser Vorteil ist.

Lydia Dubach, Mitarbeiterin Kommunikation Swiss Olympic und Fussballerin 2. Liga

Viel Geld an den Sport, aber was heisst das?

Wenn man liest, dass der Sport viel Unterstützung bekommt oder die Kultur, dann geht immer ein bisschen unter, was das genau für die Einzelpersonen heisst, die einzelnen Vereine, es bedeutet etwas anderes und das ist das Schöne an dieser Diskussion heute. Wir können zeigen, es stehen Leute dahinter, es sind Einzelschicksale. Selbst die tollsten Vereine fallen durch das Loch und ich habe schon oft gehört: «Ihr bekommt so viel von der Kultur. Da geht es einfach auch um Aufklärung, es geht nicht um Vorwürfe. Es geht darum zu zeigen, dass die Einzelperson auch viel Unterstützung bekommt.

Rena Brandenberger, Tanzschaffende und Tanzpädagogin

Rena Brandenberger,
Tanzschaffende

Lydia Dubach, Mitarbeiterin
Kommunikation Swiss Olympic

Direkte Demokratie auf Distanz

10. März 2021

Während dem Ausnahme-Zustand waren in der der Schweiz unterschiedliche demokratische Rechte eingeschränkt: Unterschriften sammeln war während dem ersten Lockdown schweizweit und während dem zweiten Lockdown in gewissen Kantonen, u. a. Bern, verboten, Abstimmungen und Wahlen wurden verschoben. Was bedeuten diese Einschränkungen für die direkte Demokratie? Wie konnten Volksrechte während dieser Zeit wahrgenommen werden?

Sammel-Erfahrungen

Wir haben bis zum letzten Moment gezögert, bevor wir das Referendum ergriffen haben. Es war absehbar dass ein zweiter Lockdown kommt. Da haben uns viele gesagt: «Spinnt ihr?» Es war schon eine Herausforderung, wenn man auf der Strasse in Vollmontur und möglichst mit Abstand die Leute ansprechen muss. Die meisten laufen halt einfach vorbei, es waren auch viel weniger Leute unterwegs, selbst bei Einkaufszentren ging es nicht mehr. Die Angst sich anzustecken war bei allen zu spüren. Am Schluss haben wir alle Ressourcen in Postversände gesteckt.

Sanija Ameti, Koordination des Referendumskomitees gegen das Anti-Terror-Gesetz

Sehr viele Möglichkeiten fallen weg, wo sonst viel gesammelt wird: Versammlungen, Demonstrationen oder SVP-Burezmorge. Was auch weg fällt, ist der tägliche Kontakt mit den Menschen. Gerade auf der Strasse hat man die Chance, neue Menschen anzusprechen. Jetzt in der Pandemie müssen wir uns auf jene Kontakte konzentrieren, die wir schon haben. Aber auch hier motiviert es mich nicht gleich, wenn mir ein Arbeitskollege ein Link zu «WeCollect» schickt, als wenn er direkt mit mir spricht und so seine Empörung zum Ausdruck kommt.

Flavia Caroni, Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich

Von Angesicht zu Angesicht mit Maske ist schon viel von der Empörung weg, das hat man erst jetzt gemerkt, wie wichtig das ist. Und beim Sammeln mit «WeCollect» druckt man das aus und irgendwann versauert das Papier auf dem Schreibtisch. Viele haben gar keinen Drucker zu Hause. Es gibt ja kein E-Collecting in der Schweiz, darüber wären wir sehr froh gewesen. Für alles andere hat man eine digitale Alternative, aber nicht beim Unterschriftensammeln.

Sanija Ameti, Koordination des Referendumskomitees gegen das Anti-Terror-Gesetz

Austausch fehlt

Demokratie funktioniert nicht nur im Parlament oder in der Regierung. Genauso wichtig wie Institutionen ist die Bevölkerung, auch jene die nicht stimmberechtigt sind. Da findet ein Austausch statt. Wenn ein Land die Demokratie einschränken möchte, dann schränkt es vor allem mit Zensur den Austausch ein. Es findet im Moment nur ein organisierter Austausch aus. Die Parteien und Gewerkschaften geben sich Mühe das online zu machen – aber viele Menschen sind in eine passive, isolierte Rolle zurückgedrängt.

Flavia Caroni, Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich

Sanija Ameti, Koordination des Referendumskomitees gegen das Anti-Terror-Gesetz

Flavia Caroni,
Politikwissenschaftlerin Uni Zürich

Globale Krise

17. März 2021

Vom Ausnahme-Zustand sind besonders auch Migrant:innen betroffen, sei dies durch Grenzschliessungen, oder auch die Schliessung und Einschränkungen in gewissen Branchen. Wie viele Menschen sind betroffen? Wie wirken sich Grenzschliessungen aus? Welchen Einfluss hat dies auf die Gelder, die Migrant:innen in die Heimat schicken oder die Rückkehr in die Heimatländer? Welche langfristigen Auswirkungen wird dies auf die Migration haben?

Dimensionen

Es gibt verschiedene Arten von Migration, u.a. auch Arbeitsmigration von Deutschen in die Schweiz. Wir sprechen insgesamt von 250 Mio. Menschen, die sich von ihrem Heimatort in ein anderes Land wegbewegt haben, aus persönlichen oder arbeitstechnischen Gründen. Ein Grossteil ist in irgendeiner Art und Weise von Covid-19 betroffen. Zusätzlich gibt auch noch interne Migrant:innen. In Indien z. B. gab es im Frühling letzten Jahres auch furchtbare Bilder von Arbeitsmigrant:innen aus Nord- und Ostindien, die nach Mumbai oder Delhi gegangen sind und plötzlich abgeschnitten waren von ihren Familien und nicht mehr zurückkehren konnten.

Paul Marquardt, Internationale Organisation für Migration

Politisierung der Migration

Ein Beispiel, wie Staaten die aktuelle Situation ausnutzen oder manipulieren, ist auch die südliche Grenze von Mexiko zu Guatemala. Dort stigmatisiert die mexikanische Regierung die Migrant:innen als öffentliches Gesundheitsrisiko und hat letztes Jahr auch die Armee hingeschickt, um Migrationskarawanen mit Gewalt aufzubrechen. Da wird klar die Situation ausgenutzt, um schon existierende repressive Migrationspolitiken noch weiter voranzutreiben.

Rahel Kunz, Dozentin Sozial- und Politikwissenschaften, Universität Lausanne

Auswirkung auf Rücküberweisungen

Die Prognosen der Weltbank über einen Rückgang der Rücküberweisungen (Gelder, die zurück in die Heimat geschickt werden) von 14 – 20% haben sich nicht bewahrheitet, z. B. weil Migrant:innen ihre Ersparnisse angezapft haben, eher formelle statt informelle Rücküberweisungen geschickt haben und ihr Möglichstes getan haben, um die Rücküberweisungen nicht fallen zu lassen und ihre Familien zu unterstützen. [...] Was interessant ist, ist das ein prognostizierter Rückgang von Rücküberweisungen in der internationalen Gemeinschaft solche Panik auslöst. Ich glaube, das zeigt auf, wie wichtig die Rücküberweisungen mittlerweile in der Idee der Entwicklungsfinanzierung und für die Länder geworden sind.

Rahel Kunz, Dozentin Sozial- und Politikwissenschaften, Universität Lausanne

Belastende Rückkehr

Die prozentuale Rückkehreranzahl ist auf demselben Niveau geblieben. Aber in absoluten Zahlen gab es im letzten Jahr weniger Rückkehrer, das liegt z. T. auch daran, dass weniger Personen nach Europa gekommen sind. Für die Schweiz und die EU sind die Zahlen der Asylsuchenden um ca. 30% eingebrochen und das spiegelt sich auch in den Reintegrationsprojekten von IOM Schweiz wieder. Gleichzeitig gab es auch Hindernisse, die durch die Pandemie verursacht wurden und eine Rückkehr erschwert haben, das sind zum einen die geschlossenen Grenzen, fehlende Verbindungen, verschärfte Einreisebestimmungen mit Tests oder Quarantänebestimmungen.

Paul Marquardt, Internationale Organisation für Migration

Paul Marquardt, Internationale Organisation für Migration

Rahel Kunz, Sozial- und Politikwissenschaftlerin Uni Lausanne

Belastung für Seele und Psyche
18. März 2021

Die Angst vor dem Virus, die Unsicherheit bezüglich der Dauer der Pandemie, aber auch die Einschränkungen und Veränderungen unseres Alltags durch die Massnahmen haben Auswirkungen auf das Wohlbefinden. Insbesondere in der zweiten Welle haben Stress und psychische Belastung zugenommen. Welche Folgen hat dies? Gibt es Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Welle oder je nach Alter oder sozialer Stellung?

Ausmass der Belastung

Es wird annähernd dramatisch, ich hätte das vor einem Jahr auch nicht gedacht, dass das solche Auswirkungen haben wird. Gerade unser Notfallzentrum, unser Akutstation ist also weit über den Kapazitätsgrenzen belegt, weil wir hier natürlich immer aufnehmen, man muss sich das so vorstellen, dass wir regelmässig auch immer wieder Betten auf dem Flur oder Matratzen liegen haben, wir sind wirklich weit über die Kapazitätsgrenzen gefordert und das hat sicherlich mit dieser Zunahme psychischer Krisen und psychischer Erkrankungen, besonders bei jungen Leuten, zu tun.
Michael Kaess, Direktor und Chefarzt Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie

Man merkt auch, dass je länger es geht auch strukturell gesunde, so genannte «normale Leute», unter den Folgen so leiden, dass sie krank werden. Das hängt von verschiedenen Sachen ab, das ist einerseits das Homeoffice, ich habe Patienten, die schon ein Jahr lang keine Kollegen mehr gesehen haben. […] Und ich glaube man merkt jetzt, je länger das Ganze geht, dass sich die Hoffnungen, das sich das schnell beruhigt, zerschlagen haben. Frank Marohn, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie und ärztlicher Leiter einer Polyklinik

Psychische Krise der Jungen?

Diese Corona Stress Study aus Basel hat einerseits diesen Anstieg, vor allem auch in der zweiten Welle gezeigt, aber andererseits auch diesen sehr starken Alterseffekt. Es ist ja interessant, bei den 65-jährigen und älter gibt es fast keinen Effekt auf die psychische Gesundheit, obwohl die körperlich die sogenannte Risikogruppe darstellen, und in der Gruppe der jungen Menschen, für die die Erkrankung per se kein so grosses Risiko darstellt, gibt es eben diese sehr starken Auswirkungen auf die psychische Gesundheit.
Michael Kaess, Direktor und Chefarzt Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie

Remote Therapy

Wir haben in der ersten Welle angefangen ein Videokonferenzsystem aufzubauen, was auch eine ausreichende Datensicherheit haben musste. Das Problem bei vielen dieser Systeme ist, dass man sie für den Patientenkontakt nicht nutzen kann. Das haben wir dann gemacht, obwohl dann die erste Welle vorbei war, da wir angenommen haben, da kommt noch mal eine. Das muss ich sagen, läuft ganz gut. Wir haben jetzt wirklich ein sicheres Videokonferenzsystem und machen mit relativ vielen Kinder und Jugendlichen Videokontakte. Die können das meistens gut, das grösste Problem war, dass unser Personal das lernen musste, für die Kinder und Jugendlichen ist das tatsächlich nicht so schwierig.
Michael Kaess, Direktor und Chefarzt Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie

Langfristige Folgen

Aus Japan wurde kürzlich eine Studie publiziert, die ganz klar auch in der zweiten Welle, obwohl die in Japan gar nicht so dramatisch war, starken Anstieg an Suiziden, also wirklich erfolgten Suiziden, zeigt, vor allem auch bei jungen Menschen. Also damit muss man rechnen. Also damit muss man jetzt sogar im nächsten Jahr rechnen, weil meistens dieser Anstieg der Suizidraten grösseren gesellschaftlichen Krisen nachhinkt.
Michael Kaess, Direktor und Chefarzt Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie

Michael Kaess,
Direktor und Chefarzt

Frank Marohn,
Facharzt

Nur eine Krise?
24. März 2021

Die Coronakrise ist nicht die einzige Krise, die unserer Gesellschaft zu schaffen macht. Die Klimakrise, der zunehmende Artenschwund, die zunehmende Ungleichheit: Das sind Themen, die uns auch während diesem Ausnahme-Zustand beschäftigen. Wie hängen diese Krisen zusammen? Welche Rückkopplungseffekte verschärfen die Probleme? Welche tragen zu Lösungen bei?

Zusammenhänge der Krisen

Es gibt bestimmt Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Krisen, aber sie sind nicht offensichtlich. Die Zerstörung von Regenwälder und das Vordringen des Menschen in Lebensräum von ganz vielen Tierarten hat eben auch den Kontakt mit diesen Tieren erhöht und damit auch die Chance, dass mal wieder ein Krankheitserreger von einem Tier auf den Menschen übertragen wird, ähnlich wie bei Corona. Das kommt aber dann auch auf die genaue Definition drauf an, ob das nur ein Ausnahmefall ist, oder eben ein regelmässiges Überspringen von Erreger zwischen Tier und Mensch, aber solche Prognosen werden natürlich wahrscheinlicher, wenn da mehr Begegnungen stattfinden.

Raffael Ayé, Geschäftsleiter Birdlife Schweiz

Das verbindende Thema zwischen diesen Krisen ist wirklich die Frage, wie der Mensch auf Natur einwirkt. Der Klimawandel ist ein starker Ausdruck dafür, dass der menschliche Einfluss auf den Planeten so gross ist, wie nie zuvor. Wir sprechen vom Anthropozän, ein Konzept, das in der Wissenschaft zwar immer noch umstritten ist. Es wurde vom Chemie Nobelpreisträger Paul Crutzen in die Diskussion eingebracht und schlägt vor, dass wir jetzt an der Schwelle zu dieser neuen Epochestehen, eigentlich sind wir noch im Holozän, in dieser Epoche sind wir seit 12'000 Jahren. Dieser Wechsel zum Anthropozän, der sagt, dass der Mensch die prägendste Kraft auf die Natur ist, die den Planeten ebenso stark verändern wird, wie wir das sonst nur von Eiszeiten oder von einem Kometeneinschlag, also von früheren Schwellen kennen.

Sabin Bieri, Direktorin des Centre for Development and Environment, Universität Bern

Kapitalismus

Welches wirtschaftliche System ist zielführend dafür, wo wir letztlich hin wollen oder dann auch hin müssen? Da braucht es ein grundsätzliches Überdenken darüber, ob die Märkte immer noch das richtige System sind oder die richtige Struktur sind, um uns das zu ermöglichen, was wir anstreben, ob die Märkte im Sinne einer gemeinschaftlichen, lebenswerten Zukunft sind, im Sinne von Entfaltungsmöglichkeiten sind. Während der Aufklärung waren die Märkte genau das, was das Ziel, also die Befreiung aus dem feudalen System, ermöglichte. Das passte in die bürgerliche Gesellschaft. Da war der Markt und der Wettbewerb genau das, was gebraucht wurde. Und die Frage ist jetzt: Sind wir heute an einem anderen Punkt?

Sabin Bieri, Direktorin des Centre for Development and Environment, Universität Bern

Warum tun wir nicht mehr?

Als einzelner Konsument kann ich nicht sehr viel machen. Klima und Biodiversität sind klassische Allgemeingüter. Wenn ich mehr investiere, um klimaneutrale Produkte zu kaufen oder indem ich biodiversitätsverträgliche Produkte kaufe, aber mein Nachbar nicht davon überzeugen kann, dass er/sie dasselbe tun soll, dann ändert sich an der Krise nicht viel, dann geht es dem Klima nicht besser, wenn nur einer von 10 Millionen Menschen Bioprodukte kauft. Das erhöht die Schwelle für das Handeln. Es ist nicht besonders rational, wenn ich aus idealistischen Überlegungen ein Bioprodukt oder ein klimafreundliches Produkt und ein Biodiversität-freundliches Produkt kaufe. Zum Glück sind Menschen nicht immer rational. Das Schönste an den Menschen ist, dass wir nicht nur Homo oeconomicus sind, sondern manchmal auch darüber hinaus treten können und auch irrational handeln.

Raffael Ayé, Geschäftsleiter Birdlife Schweiz

Raffael Ayé,
Geschäftsleiter Birdlife Schweiz

Sabin Bieri,
Direktorin CDE

Impressum

Herausgeber:
Polit-Forum Bern
Marktgasse 67
3011 Bern
info@polit-forum-bern.ch

Design:
FRESCH Identity
Sandrainstrasse 3
3007 Bern
www.fresch-identity.ch

Fotos der Podiumsteilnehmer:innen:
Susanne Goldschmid Photography
Wisenhausplatz 30, Atelier 357
3011 Bern
www.susannegoldschmid.ch

2. Auflage / 2021